

# **Sicherheit 1999**

**Aussen-, Sicherheits- und  
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Jonathan Bennett, Tibor Szvircsev

**Hrsg.: Karl W. Haltiner, Kurt R. Spillmann, Andreas Wenger**

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und  
Militärische Führungsschule an der ETH Zürich



# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	1
Executive Summaries	3
Kurzfassung und Fazit der Studie „Sicherheit 1999“	5
Sécurité 1999 – Résumé des courants actuels	15
Security 1999 – Summary and Conclusion	25
<b>1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse im Jahre 1999</b>	<b>33</b>
<b>2 Untersuchungsdesign</b>	<b>37</b>
<b>3 Datenbasis</b>	<b>39</b>
<b>4 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden</b>	<b>41</b>
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	41
4.2 Spontane Assoziationen zum allgemeinen Begriff „Sicherheit“	43
4.3 Assoziationen zum staatlich-gesellschaftlichen Sicherheitsbegriff	48
4.4 Zur Wahrnehmung von „Sicherheit“	51
4.5 Die Suche nach charakteristischen Assoziationsmustern	52
<b>5 Wahrnehmung der Schweiz und der Welt</b>	<b>55</b>
5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz	55
5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	55
5.3 Bedrohungswahrnehmung und Einstellung zur Landesverteidigung	57
<b>6 Vertrauen in Behörden und Institutionen</b>	<b>59</b>
6.1 Vertrauensindex	59
6.2 Institutionenvertrauen und Sicherheitsempfinden	60
<b>7 Internationale Öffnung versus nationale Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen</b>	<b>61</b>
7.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	61
7.2 Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend	62

7.3	Internationale Kooperation durch Bindung und Annäherung: EU, EWR und die Frage der europäischen Armee	64
7.4	Das Bilaterale Abkommen mit der EU	66
7.5	Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die NATO bzw. die UNO	68
7.6	Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	70
7.7	Beibehaltung der Neutralität	71
7.8	Betonung der nationalen Autonomie	72
7.9	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993-1999	73
7.10	Die Kooperationstypen nach soziodemographischen Merkmalen politischer Selbsteinstufung	75
7.11	Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt	77
7.12	Mögliche Gründe für die aussenpolitische Grundhaltung und die Meinungsbildung gegenüber der EU	78
<b>8</b>	<b>Die Neutralität</b>	<b>83</b>
8.1	Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen	83
8.2	Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993-1999	84
8.3	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	90
8.4	Die Schweizer Neutralität während des Zweiten Weltkrieges – Exkurs zur aktuellen Diskussion um das Geschichtsbild	98
<b>9</b>	<b>Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation</b>	<b>103</b>
9.1	Abkommen mit der NATO: „Partnership for Peace“ (PfP)	103
9.2	Internationale Kooperationsbereitschaft nach Kooperationstypen und Neutralitätstypen	105
9.3	Sicherheitspolitische Kooperation mit der UNO	107
9.4	Einstellung zu einer allfälligen Blauhelm-Vorlage	110
9.5	Akzeptanz der NATO-Operation in Jugoslawien	111
9.6	Exkurs: Swisscoy – Der Einsatz der Schweizer Armee im Kosovo	113
9.7	Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration	116

9.8 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie	118
<b>10 Landesverteidigung und Rüstungsausgaben</b>	<b>121</b>
10.1 Einschätzung der Verteidigungsausgaben	121
10.2 Abstimmungsverhalten bei der Initiative zur Halbierung der Rüstungsausgaben	122
10.3 Armeekzeptanz und -umfang	123
10.4 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	125
10.5 Gesellschaftlicher Stellenwert der Milizarmee	127
<b>11. Sicherheitspolitisches Interesse</b>	<b>129</b>
Literaturverzeichnis	131
<b>ANHANG I</b>	<b>133</b>
1 Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	133
2 Kategorisierung und Clustering der Sicherheitsassoziationen	142
<b>ANHANG II</b>	<b>145</b>
1 Die Qualität der Variablen	145
2 Korrelationen und Koeffizienten	145
3 Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels $\chi^2$ -Test	146
4 Die Clusteranalyse	147
<b>ANHANG III</b>	<b>149</b>
Sicherheit 1999 Fragebogen und Prozentuale Häufigkeiten	149



# VORWORT

Die Frage der Zielsetzung und der wünschbaren Marschrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik hat seit der grossen Wende von 1989/90 eine neue Dringlichkeit erfahren. Die alte Tradition der bewaffneten Neutralität und der eigenständigen Landesverteidigung ab Grenze musste nach dem Ende des Kalten Krieges neu überdacht werden. Welche Entwicklungslinien und Trends zeichnen sich in dieser Hinsicht bei den Schweizerinnen und Schweizern ab? Dieser Fragestellung widmete sich seit 1991 eine Reihe von Studien, die an der Militärischen Führungsschule an der ETH und an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH in enger Zusammenarbeit entstanden. Das ständig wachsende Interesse an den Ergebnissen dieser Untersuchungen im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Übergang zu einer kooperativen Sicherheitspolitik und einer entsprechend neu konfigurierten Armee XXI haben uns bewogen, diese Studien in einer eigenen, jährlich wiederkehrenden Publikationsreihe zu präsentieren und ihnen damit mehr Sichtbarkeit, Kontinuität und Gewicht zu geben.

Zielsetzung und Methodik der Studien bleiben unverändert, d.h. es werden im jährlichen Rhythmus Befragungen unter der Schweizer Bevölkerung durchgeführt, die die Entwicklung von Tendenzen und längerfristigen Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung aufzeigen und verständlich machen sollen. Dabei werden zentrale Themenkreise zwecks Vergleichbarkeit über längere Dauer von Jahr zu Jahr unverändert übernommen, andererseits werden zu aktuellen Themenkreisen vertiefende Spezialfragen hinzugefügt. Insgesamt wird damit angestrebt, einen über längere Zeit vergleichbaren, solid abgesicherten Bestand an sozialwissenschaftlichen Daten zur Meinungsentwicklung in der schweizerischen Öffentlichkeit aufzubauen.

Neu an dieser Publikationsreihe sind nicht nur das Erscheinungsbild und die Zusammenführung von Einzelpublikationen aus der Militärischen Führungsschule und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, sondern auch die Ergänzung durch eine „Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse“, durch ein Executive Summary in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch und durch eine mehrsprachige Kurzfassung der Studie und ihrer Ergebnisse vor dem Haupttext. Damit hoffen wir, für alle, die sich mit der öffentlichen Meinung im Umfeld aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischer Themen befassen, eine nützliche Dienstleistung zu erbringen und einen Beitrag zur zeitgemässen Weiterentwicklung dieser zentralen Politikgebiete zu leisten.

Die Herausgeber und Autoren danken Silvia Rüesch von der Militärischen Führungsschule für die Erstellung der Abbildungen sowie Christoph Breitenmoser und Marco Zanoli von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse für die Datenbeschaffung zur Chronologie und die Herstellung des Layouts.

Zürich, im November 1999

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Forschungsstelle für  
Sicherheitspolitik und  
Konfliktanalyse

Dr. Karl W. Haltiner

Militärische  
Führungsschule

Prof. Dr. Andreas Wenger

Forschungsstelle für  
Sicherheitspolitik und  
Konfliktanalyse



## Abstract Deutsch

Der Trend zur Befürwortung einer aussen- und sicherheitspolitischen Öffnung der Schweiz hält an.

Die bilateralen Verträge mit der EU haben gute Chancen angenommen zu werden. Die UNO steht weiterhin im Aufwind.

Die Neutralität wird als Prinzip unvermindert hoch gutgeheissen. Gleichzeitig werden aber ihre einzelnen Funktionen stärker als je zuvor in Frage gestellt. Eine pragmatische Sicht der Neutralität verdrängt zunehmend den Neutralitäts-Traditionalismus.

Der Jugoslawienkrieg hat ein zwiespältiges NATO-Bild hinterlassen. Trotzdem ist aber die Zustimmung zur Annäherung und zur Kooperation im Rahmen der PfP (Partnership für Peace) zwischen Januar 1999 und August 1999 weiter angestiegen. Offensichtlich wächst die Einsicht in der Bevölkerung in die Unvermeidlichkeit einer intensivierten sicherheitspolitischen Kooperation. Die Swisscoy wird hoch bejaht. Ebenso befürwortet eine klare Mehrheit eine Bewaffnung zum Selbstschutz.

Die Zustimmungsraten zur Armee und zu den Rüstungsausgaben liegen im Bereich der Vorjahre. Sie haben sich zwischen Januar und August tendenziell verbessert. Von einem „Bellasi“-Effekt ist nichts zu spüren.

## Bref Résumé

La tendance à l'ouverture de la Suisse en matière de politique extérieure et de politique de sécurité se maintient. Les accords bilatéraux avec l'UE ont bien des chances d'être acceptés. L'ONU bénéficie d'une attitude de plus en plus favorable.

La neutralité en tant que principe continue de jouir d'un taux d'approbation élevé. Mais certaines de ses fonctions sont plus fortement qu'autrefois remises en question. Une vue pragmatique de la neutralité fait de plus en plus reculer l'attitude traditionaliste envers la neutralité.

La guerre en Yougoslavie a laissé une image ambivalente de l'OTAN. Mais malgré tout, le taux d'approbation relatif au rapprochement et à la coopération dans le cadre du Partenariat pour la Paix a continué d'augmenter entre janvier 99 et août 99. De toute évidence, un sentiment d'inéluctabilité face à une intensification de la coopération en matière de politique de sécurité se développe au sein de la population. Le contingent „Swisscoy“ jouit d'une haute estime. Une importante majorité approuve aussi un armement pour l'autodéfense.

Les taux d'approbation relatifs à l'armée et aux dépenses d'armement avoisinent ceux des années précédentes. Une tendance montre qu'ils se sont améliorés entre janvier et août. Un effet „Bellasi“ est inexistant.

## Riassunto Breve

Continua la tendenza di una Svizzera sempre più aperta per ciò che concerne la politica estera e la politica di sicurezza.

I contratti bilaterali con l'UE hanno buone possibilità di venire accettati. La popolarità dell'ONU è sempre ancora in crescita.

Il principio della neutralità continua ad essere sostenuto da una chiara maggioranza. Contemporaneamente però le sue singole funzioni vengono messe in questione come mai fino ad ora. Una visione pragmatica della neutralità sembra potere sempre più spodestare l'idea tradizionale di neutralità.

La guerra in Jugoslavia ha lasciato un'immagine ambigua della NATO. Malgrado ciò, fra il gennaio e l'agosto del 1999 il numero di persone favorevoli ad un avvicinamento e ad una cooperazione nell'ambito del partenariato per la pace è aumentato. Evidentemente aumenta la presa di coscienza da parte della popolazione dell'ineluttabilità di una più intensa cooperazione per ciò che concerne la politica di sicurezza. La Swisscoy viene chiaramente accettata. La maggioranza dei cittadini è inoltre favorevole a che i volontari possano disporre delle armi per la difesa personale.

I tassi d'approvazione per l'esercito e per le spese di difesa rimangono stabili, al livello dell'anno precedente. Fra il gennaio e l'agosto del 1999 i sì sono leggermente aumentati. Non si può quindi parlare di un „effetto Bellasi“.

## Executive Summary

The trend towards an opening of Switzerland in foreign and security policy is continuing. Both the attitudes towards the EU and towards UNO have further improved.

The principle of neutrality is now as before held in high regard by the Swiss population. At the same time some of its functions are being questioned more than ever before. A pragmatic approach towards neutrality seems to be replacing the traditional view.

The war in Yugoslavia has left the Swiss with an ambiguous image of NATO. Nevertheless, approval rates to further approach the alliance and co-operate by way of the *Partnership for Peace* have continued to mount between January and August of 1999. Obviously, the understanding of the inevitability of an intensified security policy cooperation is growing. Swisscoy, the unit of Swiss soldiers sent to Kosovo, is strongly supported. An armament of this unit of soldiers for self-defense is also viewed favorably.

The approval rates for the military in general and for national defense spending are roughly the same as in the previous years.

# **KURZFASSUNG UND FAZIT DER STUDIE „SICHERHEIT 1999“**

## **Ziele und Datenbasis**

Die Jahresstudien „Sicherheit“ der Militärischen Führungsschule an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahres- oder Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung. Aufgrund des Krieges in Jugoslawien wurde 1999 die von anfangs Januar bis anfangs Februar telefonisch bei 1201 Personen in allen Sprachregionen durchgeführte Erhebung im Monat August zu grossen Teilen wiederholt. Dies aufgrund der Vermutung, dass sich der Kosovo-Konflikt auf die sicherheitspolitische Meinungsbildung ausgewirkt haben könnte. Die August-Befragung erfolgte mittels telefonischer Befragung bei 1009 Personen.

Die +/- Prozentzahlen in der Klammer geben die Differenz zum Vorjahr bzw. zur vorangehenden Erhebung an. Wo nicht ausdrücklich anders vermerkt, beziehen sich die Zahlen von 1999 auf die Januar/Februar-Befragung.

In der vorliegenden Befragung liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei +/- 3%. Differenzen von weniger als +/- 3% zur vorgängigen Erhebung müssen als zufällig bzw. als nicht signifikant eingestuft werden.

## **Trends und Tendenzen**

**Sicherheits- und Bedrohungsempfinden:** Ist in der Januarbefragung im Vergleich zu 1998 praktisch kein Unterschied im allgemeinen Sicherheitsempfinden festzustellen (acht von zehn Schweizerinnen und Schweizer fühlten sich „in unserer heutigen Zeit“ eher oder sehr sicher) so wächst im August der Prozentsatz der sich sicher Fühlenden um 5% auf 86%. Hier darf zur Begründung wohl die noch einmal deutlich verbesserte Wirtschaftslage herangezogen werden. Die doch recht deutliche Zunahme dieses Anteils ist deshalb bemerkenswert, weil es sich beim Sicherheitsempfinden ansonsten um eine sehr stabile Variable handelt.

Nachdem 1997 nur knapp über die Hälfte der Befragten der näheren Zukunft der Schweiz mit Optimismus entgegen gesehen hatte, (53%), waren es 1998 bereits 60% und 1999 neigen 68% zur Zuversicht (+8%). Der nach dem Einbruch von 1996 zu beobachtende Erholungstrend in der Zukunftsstimmung hält an.

Im Vergleich zum Vorjahr sind nennenswerte Veränderungen bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage zu verzeichnen, und zwar in der August-Befragung. 56% der Befragten gehen von einer Verbesserung und Entspannung in den nächsten fünf Jahren oder von einer gleichbleibenden Lage aus (1998: 49%). Noch in der Januarbefragung waren es lediglich 48% gewesen. Hier dürfte wohl die Erleichterung über das Ende des Jugoslawienkriegs mit zum Emporschnellen dieses Wertes beigetragen haben.

Zwischen der Einschätzung der Zukunft der Schweiz und der Entwicklung der politischen Weltlage besteht ein relativ enger statistischer Zusammenhang ( $\gamma = 0.53$ ). Keine Zusammenhänge bestehen jedoch zwischen der Einschätzung der Binnenbefindlichkeit sowie der Weltlage und verschiedenen Einstellungen zur Landesverteidigung (Armeeakzeptanz, Wehrstruktur, Verteidigungsausgaben). Es kann also nicht gesagt werden, dass sich Personen, welche die Zukunft der Schweiz oder die Entwicklung der weltpolitischen Lage pessimistischer einschätzen, durch eine höhere Armeeakzeptanz auszeichnen. Nicht die Bedrohungswahrnehmung, sondern das innenpolitische Geschehen bestimmt in erster Linie den Grad an Armeeakzeptanz.

**Vertrauen in Behörden und Institutionen:** Befragt nach dem Vertrauen, das sie sechs verschiedenen Institutionen schenken (Bundesrat, Parlament, Polizei, Armee, Medien, Schweizer Wirtschaft), verteilen Schweizerinnen und Schweizer wie in den vergangenen Jahren den höchsten Wert an die Polizei. Der seit 1997 zu verzeichnende Vertrauenszuwachs in den Bundesrat (6.45, +.65) und das eidgenössische Parlament (5.90, +.53) setzt sich 1999 fort. Ebenfalls deutlich an Vertrauen dazugewonnen hat zudem die Schweizer Wirtschaft (6.26, +.61). Weiterhin geniessen von allen erfragten Institutionen die Medien das geringste Vertrauen.

**Internationale Kooperationsbereitschaft:** Die seit jeher hohe *Annäherungsbereitschaft an die EU* liegt auch 1999 mit einem Anteil von 69% der Befragten hoch (+2%). Einen *EU-Beitritt* befürworten im Januar 1999 53%, was bereits dem höchsten Stand seit 1997 entspricht (1998: 50%). Im August sind es gar 57%, die einen EU-Beitritt wollen. Wird die Beitrittsfrage auf einen fiktiven Abstimmungszeitpunkt in 10 Jahren verlegt, so prognostizieren 79% – 10% mehr als 1997! – eine Mehrheitszustimmung für einen EU-Beitritt. Offenbar wächst in der schweizerischen Bevölkerung das Gefühl für die Unausweichlichkeit beim Mitmachen bei der europäischen Integration.

Stetig wachsender Beliebtheit erfreut sich die *UNO*. Im Januar 1999 würden es 62% gerne sehen, wenn die Schweiz der Weltorganisation angehören würde (+3%), ein halbes Jahr später sind es 66%. 69% der Schweizer Bevölkerung befürworten

schweizerische UNO-Friedenstruppen (+3%). Wenn „am nächsten Sonntag“ noch einmal über die gleiche Blauhelm-Vorlage wie 1994 abgestimmt würde, würden 66% der Befragten sie annehmen. Allerdings glauben nach wie vor nur 40%, dass die Vorlage vom Schweizervolk angenommen würde. Insgesamt kann die UNO seit 1995 einen anhaltenden Sympathieanstieg verzeichnen.

Einer Annäherung an die *NATO* stehen 47% positiv gegenüber. Auch hier besteht seit 1995 ein Aufwärtstrend (1998:45%; 1997:43%). Dieser Anteil hat sich zwischen Januar und August nicht verringert, sondern im Gegenteil auf 50% erhöht. Von einem negativen Einfluss der Nato-Operationen im Kosovo auf die Annäherungsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung ans Nordatlantische Bündnis kann deshalb nicht die Rede sein. Bestätigt wird dieser Trend auch durch die öffentliche Meinung zu einem eigentlichen Nato-Beitritt. Diesen wollen im Januar 1999 25%, im August 1999 30% (1998: 28%).

Drei von vier Schweizerinnen und Schweizern wünschen sich die Schweiz in einer aktiveren Rolle bei internationalen Konferenzen, ein ähnlicher Anteil wie schon in den letzten beiden Erhebungen von 1997 und 1998. Ebenfalls auf Anklang stösst die Vorstellung einer häufigeren Konfliktvermittlung durch die Schweiz, die im Januar von 61% gutgeheissen wird (-3%), im August von zwei Dritteln der Befragten (67%).

Auf wenig Sukkors in der Bevölkerung kann dagegen eine Erhöhung der Entwicklungshilfe in der Januarbefragung zählen. Nur 43% finden daran Gefallen, während es 1998 noch mehr als die Hälfte der befragten Personen gewesen war (-9%). Im August dagegen sprechen sich wieder 50% der Befragten für eine derartige Erhöhung aus. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Befürwortung einer erhöhten Entwicklungshilfe in der Regel Hand in Hand mit optimistischen Zukunftserwartungen geht.

Gewisse Unterschiede zwischen den beiden 99er Befragungen zeigen sich auch im auf 19 Fragen basierenden *Index der internationalen Kooperationsbereitschaft*. Zu beachten ist diesbezüglich, dass sich rund ein Viertel der Befragten nicht exakt einem der drei Kooperationsstypen zuordnen lässt. Die Prozentanteile der verschiedenen Typen beziehen sich deshalb nicht auf die Grundgesamtheit, sondern auf die Gesamtheit der „zu typologisierenden Personen“. Die eigentlichen Anteile der Bevölkerung, die einem bestimmten Typ zugeordnet werden können, sind in eckigen Klammern angefügt. Im Januar ist erstmals eine harte aussenpolitische Öffnung der Schweiz, d.h. mit institutionellen Bindungen und Souveränitätseinbussen, die am stärksten favorisierte Art internationaler Kooperation („harte“ Öffnung: 35% [27%]) (1998:29%; 1996: 34%). Die „weiche“, autonome Form der Öffnung findet im Januar etwas weniger Zuspruch als noch 1998 („weiche“ Öffnung: 34% (-3%) [27%]). Der Anteil jener Personen, die auf eine autonomistische Politik unter Verzicht auf jeglichen Ausbau internationaler Bindungen pochen, hat sich weiter verringert („Autonomisten“: 31% (-3%) [24%]). Im August nun haben die Befürworter einer „harten“ aussenpolitischen Öffnung wie die Vertreter der „weichen“ Öffnungsform anteilmässig etwas zugelegt und liegen nun bei je 37% [28% bzw. 27%]). Weiter an Boden verloren hat die

autonomistische Haltung, für die sich im August nur noch ein gutes Viertel der Befragten ausspricht (26% [20%]).

Gesamthaft befürwortet folglich eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer (74% [55%]) eine Intensivierung der internationalen Kooperation und der Öffnung des Landes. Allerdings verbirgt sich hinter dieser Zahl bezüglich der Art dieser Öffnung kein homogenes Bild: So nahm zwischen 1996 und 1998 konstant der Anteil jener Personen zu, welche eine „weiche“, d.h. autonome und unverbindliche Öffnung der Schweiz gutheissen, während der anteilmässige Zuwachs bei den Personen, die eine „harte“ aussenpolitische Öffnung fordern, erst 1998 einsetzte. Klar ist der Trend bei den Autonomisten: Seit 1994 verringert sich die Zahl der Personen, die keinerlei internationale Bindungen wollen. Ihr Anteil ist nur noch etwa halb so gross wie noch 1994 (-22%).

**Bilaterales Abkommen mit der EU vom Dezember 1998:** Käme „am nächsten Sonntag“ das im Dezember 1998 mit der EU ausgehandelte Paket mit den *bilateralen Verträgen* zur Abstimmung, so würden 67% der Befragten dieses „ganz sicher“ oder „eher“ annehmen. 22% würden bei dieser Abstimmung „eher“ oder „ganz sicher“ ein „Nein“ in die Urne legen. Bei dieser vermeintlich eindeutigen Meinungsverteilung ist allerdings Vorsicht geboten: Nur 44% sind sich bezüglich ihrer Zustimmung ganz sicher. 34% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verteilen sich auf die Antwortkategorien „eher annehmen“ und „eher ablehnen“, was darauf hindeutet, dass der Meinungsbildungsprozess dieser Personen noch nicht abgeschlossen ist. Ein ähnliches Bild zeigt sich bezüglich der Einschätzung der Volksmeinung durch die einzelnen Befragten: So glauben 66%, dass das bilaterale Abkommen durch die Mehrheit der Urnengänger(innen) „ganz sicher“ oder „eher“ angenommen würde. 28% schätzen die Volksmeinung diesbezüglich als „eher“ oder „ganz sicher“ ablehnend ein. Wiederum ist zu beachten, dass nur 13% von einer ganz sicheren Annahme ausgehen, während die grosse Mehrheit der Befragten (77%) die Volksmeinung als „eher annehmend“ oder „eher ablehnend“ einschätzt.

Insgesamt ist das Dezember-Abkommen mit der EU im Januar 1999 wenig bekannt. 61% geben an, es „wenig“, 10% es überhaupt nicht zu kennen. Die Frauen schätzen dabei ihren Wissensstand als deutlich schlechter ein als die Männer. 79% kennen nach eigenen Aussagen das bilaterale Abkommen wenig oder überhaupt nicht (Männer: 63%). Nur 21% der Frauen bezeichnen ihren diesbezüglichen Wissensstand als gut (Männer: 36%). Insgesamt dürfte das bilaterale Abkommen an der Urne gute Aussichten haben, angenommen zu werden. Dafür spricht unter anderem, dass 97% der „harten“ und 78% der „weichen“ Öffnungsbereiten derzeit ein „Ja“ zum Abkommen mit der EU in die Urne legen würden. Auf Ablehnung stösst es indes bei den Autonomisten („eher“ und „ganz sicher“ Nein: 55%). Anders als beim EWR-Abkommen von 1992, als die Bruchlinie zwischen „harten“ Öffnungsbereiten auf der einen sowie den „weichen“ und den Autonomisten auf der anderen Seite verlief,

scheint den bilateralen Verträgen Opposition einzig aus den Reihen der Autonomisten zu erwachsen. Zu leisten bleibt aber noch eine erhebliche Aufklärungsarbeit.

**Neutralität:** Unverändert hoch ist die Zustimmung zur Neutralität als Prinzip schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik. Seit 1991 beträgt sie im Mittel 80%. Auch 1999 ist (zu beiden Befragungszeitpunkten) keine Abnahme zu verzeichnen (80%, +1%). Veränderungen sind allerdings bei den einzelnen Neutralitätsfunktionen festzustellen: So sind im August 1999 nur noch 65% der Befragten der Meinung, die Neutralität solle auch in Zukunft ein vorrangiges Mittel der Schweizer Aussenpolitik bleiben (1998: 72%, Januar 1999: 70%). Nur 33% (35% im August) sind indes der Ansicht, unsere Neutralität stünde einem EU-Beitritt im Wege (1998: 38%). Auch stimmt 1999 erstmals weniger als die Hälfte der Befragten der Vorgabe zu, die bewaffnete Neutralität trage zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei (46%, -6%). Unvermindert hoch ist dagegen die Meinung, dank der Neutralität könne die Schweiz „bei Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten“ (86%, +1%).

Seit 1993, als sich beinahe die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer zu einer traditionellen Neutralitätsauffassung bekannte (48%), hat diese Haltung stetig an Anhängern eingebüsst. Traditionalisten betonen vor allem den Ziel- und Identitätscharakter der Neutralität. Nur noch etwas über ein Viertel (27% [20%])<sup>1</sup> der Befragten gehört nach unserer *Typologie der Neutralitätsauffassungen* zu den Traditionalisten (Januar 1999: 30%, 1997: 29%, 1995: 42%). Weiter zugenommen (vor allem bei den jüngeren Befragten) hat hingegen der Anteil von Personen, die eine pragmatische Neutralitätsauffassung vertreten. Er liegt im August 1999 bei 28% [21%] (+7% seit 1993). Auf etwa gleichem Niveau wie 1997 bewegt sich der Anteil derer, die der Schweizer Neutralitätspolitik kritisch bis ablehnend gegenüberstehen (Januar 1999: 17%, August 1999: 19% [14%], 1997: 15%). Die übrigen Befragten zeigen eine diffus widersprüchliche Neutralitätsauffassung (26%, [19%]) oder lassen sich keinem der vier Typen zuordnen [25%].

**Geschichtsbild zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg:** Mit der Aussage, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg vor allem aufgrund ihrer militärischen Abwehrbereitschaft verschont worden sei, erklären sich im Januar 1999 34% der Befragten einverstanden. 1997 hatten sich noch 40% dieser Auffassung angeschlossen. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der Personen, die die Ursachen der Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten sehen auf 68% (+8%). Die unregelmässig erhobene Datenreihe seit 1983 lässt darauf schliessen, dass die Veränderung in der Wahrnehmung der Gründe für die Verschonung der Schweiz nicht allein mit der

<sup>1</sup> Nicht alle Personen lassen sich eindeutig einem Neutralitätstypus zuordnen. Die erstgenannte Prozentzahl nennt deshalb den Anteil eines Typus an allen Personen, die einem Typus zugeordnet werden können. In eckigen Klammern wird der Anteil eines Typus an der Gesamtstichprobe von 1009 Personen angegeben.

aktuellen Auseinandersetzung um die Rolle unseres Landes im Zweiten Weltkrieg zu erklären ist. Sie hat, insbesondere unter den jüngeren Generationen, schon vorher eingesetzt. Nachweislich hat die Diskussion um die bewaffnete Neutralität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg massgeblich zum Abbau der oben skizzierten traditionalistischen Neutralitätsauffassung beigetragen (vgl. Studie „Sicherheit 1997“, S. 37 ff.).

**Sicherheitspolitische internationale Kooperation:** Allgemein scheint die Einsicht in die Begrenztheit autonomer Sicherheitsschaffung zuzunehmen. 64% (+5%) teilen die Meinung, unsere nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt. Dass ein dauerhafter Friede in Europa nur zu haben sei, wenn sich alle europäischen Staaten „vereinigen“, vermag allerdings nur eine Hälfte aller Befragten zu überzeugen (50%, -1%). Der Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten einer europäischen Einigung steht man kritisch gegenüber (Ablehnung: 62%, +2%).

Seit 1993 bewegt sich der Anteil derer, die sich einen unterstützenden Einsatz von Soldaten ausserhalb der Schweiz vorstellen können, um mindestens 40% (1999: 44%). Zugenommen hat dagegen seit 1997 die Zahl der Schweizerinnen und Schweizer, die Auslandseinsätze mit zum Selbstschutz bewaffneten Soldaten für friedenssichernde Aufgaben befürworten (38%; 1997: 27%; 1998: 35%). Die weitreichendste Form des Auslandseinsatzes, nämlich Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens, findet im Vergleich zum Vorjahr wieder weniger Unterstützung (6%; -6%). Zusammenfassend kann damit festgehalten werden, dass sich annähernd neun von zehn Schweizerinnen und Schweizern mit einer der drei Formen des Auslandseinsatzes von Schweizer Soldaten anfreunden können. Es bestehen hingegen unterschiedliche Meinungen darüber, in welcher Form ein solcher Einsatz zu erfolgen hätte.

Den Entscheid des Bundesrates, 160 freiwillige und unbewaffnete Soldaten der Schweizer Armee in den Kosovo zu entsenden, begrüessen 81% sehr bzw. eher. Nur 17% sprechen sich dagegen aus. Auch zur heftig diskutierten Frage der Bewaffnung dieses Truppenkontingents scheint in der Bevölkerung eine klare Haltung zu herrschen: 72% würden eine Bewaffnung zum Selbstschutz unterstützen, nur 24% sind der Meinung, die Schweizer Soldaten sollten unbewaffnet bleiben.

Waren im Januar bloss 11% der Auffassung, ein Einsatz von Schweizer Militärangehörigen im Kosovo könne bewirken, dass es in der Schweiz „weniger Asylsuchende aus dieser Gegend“ gäbe, so erklären im August sich 23% der Befragten mit der Aussage völlig oder eher einverstanden, dass „durch den Einsatz des Schweizer Militärs im Kosovo weniger Asylsuchende aus dieser Gegend in die Schweiz kommen“.

Bezüglich des Ausmasses friedenssichernder Einsätze sind Meinungsveränderungen vor allem zwischen der Januar- und der Augustbefragung zu konstatieren. 43% sind im August für einen Ausbau solcher Einsätze (Januar: 36%, 1998: 36%). 47% sprechen sich dafür aus, Einsätze im „heutigen Masse“ beizubehalten (Januar: 51%,



1998: 52%), während nur noch 8% für eine Reduktion der friedenssichernden Einsätze eintreten (Januar: 11%, 1998: 9%).

Bei den Zusammenarbeitsformen mit ausländischen Armeen, wie sie die *Partnerschaft für den Frieden (PfP)* vorsieht, liess sich zwischen 1995 und 1997 allgemein ein markanter Zustimmungszuwachs feststellen. 1999 werden in der Januarbefragung fast alle Formen der Zusammenarbeit umfangmässig etwa gleich wie 1997 gutgeheissen. In der Augustbefragung liegen die Zustimmungsraten durchwegs noch einmal höher. Signifikant zugenommen hat insbesondere die Zustimmung zur Anpassung der Armee, so „dass sie besser mit anderen europäischen Armeen zusammenarbeiten könnte“ (August 1999: 72%, Januar 1999: 67%, 1997: 63%). Auch die Akzeptanz „bewaffneter Einsätze für die Friedenssicherung gemeinsam mit Soldaten anderer europäischer Staaten“, welche sich in der Januarbefragung unter dem Wert von 1997 befunden hatte (35%, 1997: 40%), liegt im August bei 46%. Von den möglichen Kooperationsformen mit Armeen anderer europäischer Länder werden gemeinsame Manöver (August 1999: 66%, Januar 1999: 61%, 1997: 60%), Einsätze bei Grosskatastrophen (92%, +3%), Ausbildung (August 1999: 70%, Januar 1999: 62%, 1997: 63%) und – wie erwähnt – selbst grössere Anpassungen der Schweizer Armee zu Zwecken der besseren Zusammenarbeit (72%) relativ deutlich gutgeheissen. Auch eine Planung der militärischen Verteidigung in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten findet 1999 eine Mehrheit (August: 62%, Januar: 57%, 1997: 54%).

Im Vergleich zur letzten Befragung kritischer wird hingegen eine Zusammenarbeit mit der NATO aus neutralitätspolitischer Sicht betrachtet. Nur noch knapp über die Hälfte der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (53%) ist heute der Meinung, dass die Neutralität auch eine Zusammenarbeit mit der NATO zulasse (-20%). Die Abnahme dürfte allerdings *in erster Linie* mit der im Vergleich zu 1997 schärferen Fragestellung zu erklären sein. War in früheren Befragungen von einer Zusammenarbeit „in gewissen Bereichen“ die Rede, so wurde 1999 diese Einschränkung aufgehoben. Ob und wie sich das Bild der NATO seit dem Kriegseinsatz verändert hat, soll im folgenden Abschnitt erörtert werden.

Mit der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO erklären sich in der Augustbefragung 56% völlig oder zumindest eher einverstanden. Die Hälfte der Befragten gibt zudem an, dass die NATO-Luftoperationen ihre Meinung über die Nato nicht verändert hätten, 28% haben nun ein schlechteres Bild von der Allianz, für 16% hat sie an Ansehen gewonnen. Insgesamt hat das NATO-Bild durch die Luftoperationen gegen Jugoslawien somit eher gelitten. Umso erstaunlicher ist deshalb die (oben) konstatierte Annäherungsbereitschaft im August. Wie anders lässt sich das erklären als mit einer zunehmenden Einsicht in die Unvermeidbarkeit einer stärkeren sicherheitspolitischen Kooperation mit dem Ausland?

**Rüstungsausgaben:** Wie stets ist eine Mehrheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger der Auffassung, die Schweiz gebe zu viel für ihre Verteidigung aus. 1999 ist indes mit 53% der tiefste Wert seit Beginn der Erhebungsreihe 1986 festzustellen

(im August lag der Wert gar bei nur noch 50%, 1998: 56%). In diesem Zusammenhang ist natürlich die im August erhobene Einstellung zur Halbierungsinitiative von Interesse: Auf die Frage, wie sie „am nächsten Sonntag“ stimmen würden, geben 49% an, sie würden sie ganz sicher oder eher annehmen, 42% würden die Initiative ganz sicher oder eher ablehnen. Deutlich anders schätzen die befragten Personen aber das Abstimmungsverhalten der Mehrheit ein: Nur gerade 21% glauben daran, dass das Volk die Initiative „am nächsten Sonntag“ gutheissen würde, während 74% von einem Nein der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne ausgehen.

**Militärische Landesverteidigung:** Wie in den letzten beiden Jahren vertreten auch 1999 sieben von zehn Schweizerinnen und Schweizern die Auffassung, die Armee sei notwendig (Januar 1999: 69%, -1%; August 1999: 73%). Allerdings ist diese Auffassung stark altersabhängig: Bei den 18-29-Jährigen sinkt der Anteil jener, welche die Armee für notwendig halten im Vergleich zu den beiden Vorjahren unter die 50%-Marke (46%, -11%).

**Miliz und Wehrpflicht:** Wie im Vorjahr zieht auch im Januar 1999 die Hälfte der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Milizarmee einer Berufsarmee vor, im August kommt dieser Wert dann etwas tiefer zu liegen (46%). Nach dem stetigen Anstieg der Befürworter(innen) einer Berufsarmee von 1995 bis 1998 liegt 1999 deren Anteil im Januar erstmals wieder leicht unter dem des Vorjahres (42%, -2%). Wiederum ist hier ein Zusammenhang mit dem Alter der Befragten von Bedeutung: So finden die 18-29-Jährigen mehr Gefallen an der Vorstellung einer Berufsarmee (Januar 1999: 61%; August 1999: 53%).

**Sicherheitspolitisches Interesse:** Keine Veränderungen sind bezüglich des Interesses an Sicherheitspolitik zu verzeichnen. Wie in den Vorjahren interessiert sich nur etwa die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer aktiv für diese Thematik.

**Fazit:** Alles in allem gilt für 1999 dasselbe wie für 1998 und 1997. Es besteht ein gesteigener Handlungsspielraum für eine sicherheitspolitische Öffnung.

Der Wille zur internationalen Kooperation in sicherheitspolitischen Belangen überwiegt in der öffentlichen Meinung noch immer, wie schon in den beiden Vorjahren, den Willen zur politischen Integration in Europa. Das bilaterale Abkommen mit der EU hat eine intakte Aussicht, an der Urne eine Mehrheit zu finden. Selbst weitergehende, mit Souveränitätseinbussen verbundene Schritte Richtung Europa scheinen inzwischen denkbar, nachdem die Einsicht in die Unumgänglichkeit eines EU-Beitritts auf längere Sicht zu steigen scheint.

Noch grösserer Spielraum besteht bei der UNO. Sie steht seit zwei Jahren ununterbrochen hoch im Kurs. Die Haltung gegenüber der NATO scheint pragmatischer Art zu sein: Trotz durchaus vorhandener Kritik am Vorgehen im Kosovo haben weder die Annäherungs- noch die Beitrittsbereitschaft anteilmässige Einbussen erlitten. Bei einer Bevölkerungsmehrheit besteht offenbar die Einsicht in die grundsätzliche Notwendigkeit, die internationale sicherheitspolitische Kooperation zu intensivieren.

Die im Rahmen der PfP vorgesehenen Aktivitäten stossen wie schon 1997 auf ungebrochen hohe Akzeptanz. Dabei gilt, dass die Zustimmungsrate in der Masse abnimmt, in dem der kombattante Charakter von Aktionen und Partizipationsformen zunimmt. Hingegen besteht für militärische Kooperationsformen im Bereich der Interoperabilität, der Ausbildung und Planung eine gestiegene Zustimmung. Der Sicherheitspolitische Bericht 2000 liegt trendmässig richtig im Wind.

Bei der seit Mitte der neunziger Jahre angestiegenen Zustimmung für eine Berufsarmee handelt es sich offensichtlich nicht um ein Strohfeder. Die Spaltung in zwei ungefähr gleich grosse Lager der Milizanhänger(innen) auf der einen und der Verfechter(innen) einer Berufsarmee auf der anderen Seite hat sich verfestigt. Gründe dafür dürften einerseits eine gewisse „Ja-aber-ohne-mich“-Haltung bei der wehrtragenden jungen Generation sein. Zum anderen stellen aber auch jene die bestehende Wehrform häufiger in Frage, die auf eine Intensivierung der internationalen Sicherheitskooperation setzen, und solche, die sich von der Abkehr von der Milizmassenarmee eine deutliche Kostenreduktion bei den Verteidigungsausgaben erhoffen. Die Meinungsdivergenzen über den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Öffnung werden sich in der Diskussion um die Struktur der Armee XXI“ bemerkbar machen. Der Ausbau an freiwilligem Personal, sei es als Durchdiener oder als Zeitsoldaten, dürfte in der öffentlichen Meinung kaum auf nennenswerten Widerstand stossen.



## **SECURITE 1999 – RESUME DES COURANTS ACTUELS**

Effectuées par l'Ecole militaire supérieure à l'EPF de Zurich, en collaboration avec le centre de recherche sur la politique de sécurité et la polémologie, EPF de Zurich les études annuelles „Sécurité“ servent à déterminer les tendances dans l'opinion publique suisse en matière de politique de sécurité et de défense. Basées sur des enquêtes représentatives ces études sont menées annuellement ou bisannuellement. Les relevés 1999 ont eu lieu du début janvier au début février dans le cadre d'une enquête effectuée par téléphone dans toute la Suisse auprès de 1201 personnes ayant le droit de vote. Ils ont été répétés en grande partie au mois d'août en raison de la guerre en Yougoslavie, car on pouvait supposer que le conflit au Kosovo aurait pu avoir des incidences sur l'opinion publique en matière de politique de sécurité. L'enquête du mois d'août a été effectuée par téléphone auprès de 1009 personnes.

La présente vue d'ensemble se base sur un dépouillement sommaire des données et fait ressortir des tendances générales sous réserve d'une analyse détaillée des corrélations et de la ventilation selon les caractéristiques socio-démographiques. Les pourcentages +/- entre parenthèses indiquent la différence par rapport à l'année précédente. Sauf remarque explicite, les chiffres de 1999 se rapportent à l'enquête de janvier/février.

L'erreur d'échantillonnage possible du présent sondage est, dans le cas le plus défavorable, de +/- 3% pour un degré de fiabilité de 95%. Les différences de moins de +/- 3% par rapport aux relevés précédents doivent être considérées comme fortuites et donc insignifiantes.

### **La perception de la sécurité et de la menace ainsi que l'opinion quant à l'avenir de la Suisse (illustrations 4.1 et 5.1)**

Alors que pratiquement aucune différence dans la perception globale de la sécurité n'était constatée dans l'enquête de janvier par rapport à 1998 (huit Suisses sur dix se sentaient „aujourd'hui“ plutôt en sécurité ou très en sécurité), le pourcentage des personnes se sentant en sécurité a augmenté de 5% en août et atteint 86%. Cela se justifie par une situation économique qui s'est encore bien améliorée. L'accroissement significatif est d'autant plus remarquable que la perception de la sécurité est habituellement une variable très stable. En 1997 seulement à peine plus de la moitié des personnes interrogées se montraient optimistes quant au proche avenir de la Suisse

(53%), en 1998 il s'agissait déjà de 60% et en 1999 ce taux atteint 68% (+8%). La tendance à l'optimisme observée depuis 1996 se poursuit.

Comparé à l'année précédente d'importants changements sont enregistrés dans l'appréciation de la situation politique internationale, cela surtout dans le sondage d'août. 56% des Suisses s'attendent soit à une amélioration et une détente dans les cinq prochaines années, ou à une situation inchangée (1998: 49%). Dans l'enquête de janvier ce n'était encore que de 48% des personnes interrogées. Le soulagement éprouvé par la fin de la guerre en Yougoslavie serait responsable de la montée en flèche de cette valeur.

Une corrélation statistique relativement étroite apparaît entre l'appréciation de l'avenir de la Suisse et le développement de la situation politique internationale ( $\gamma=0.53$ ). Mais aucune relation n'existe entre l'appréciation de la situation nationale et internationale d'une part et les diverses opinions relatives à la défense nationale (acceptation de l'armée, structure de l'armée et dépenses d'armement) d'autre part. On ne peut donc conclure que des personnes ayant une opinion plus pessimiste en ce qui concerne l'avenir de la Suisse ou le développement de la situation politique internationale se distinguent par une acceptation de l'armée plus élevée. Ce n'est pas la perception de la menace mais les facteurs marquant la politique intérieure qui déterminent le degré d'acceptation de l'armée.

### **Confiance dans les autorités et les institutions publiques (sur une échelle de 10 points; tableau 6.1)**

Questionnés quant à la confiance accordée à six institutions publiques différentes (Conseil fédéral, Parlement, police, armée, médias, économie suisse) les Suissesses et Suisses octroient, comme les années précédentes, les valeurs maximales à la police. La confiance croissante dans le Conseil fédéral (6.45, +.65 pts) et le Parlement (5.90, +0.53 pts) enregistrée depuis 1997 se poursuit en 1999. En outre, la confiance accordée à l'économie suisse a sensiblement augmenté (6.26, +.61pts). De toutes les institutions publiques dont il était question dans l'enquête les médias inspirent le moins de confiance.

### **La volonté de coopération au niveau international (illustrations 7.2-7.4)**

*La volonté de rapprochement de l'UE*, depuis toujours élevée, atteint aussi en 1999 un haut niveau avec 69% des personnes questionnées (+ 2%). En janvier 1999, 53% sont partisans d'une *adhésion à l'UE*, ce qui correspond au niveau le plus élevé depuis 1997 (1998: 50%). En août ce sont même 57% qui sont en faveur d'une adhésion à l'UE. Si la question de l'adhésion faisait l'objet d'une votation à une date fictive,

soit dans 10 ans, 79% (20% de plus qu'en 1997) seraient en faveur d'une adhésion à l'UE. De toute évidence le sentiment d'inéluctabilité quant à la coopération au sein de l'intégration européenne croît au sein de la population suisse.

L'ONU jouit d'une cote de popularité croissante. En janvier 1999, 62% auraient aimé voir la Suisse membre de l'organisation internationale (+3%); six mois plus tard ce sont 66%. Les troupes suisses onusiennes de maintien de la paix sont approuvées par 69% de la population suisse (+3%). Si la votation sur la création d'un bataillon de casques bleus de 1994 était répétée „dimanche prochain“, 66% (1998: 66%, +/-0%) des personnes interrogées approuveraient la proposition. Cependant, seulement 40% (1998: 38%, + 2%) continuent de croire que la proposition serait acceptée par le peuple suisse. En général, l'ONU voit croître le sentiment de sympathie à son égard depuis 1995.

Quant au rapprochement de l'OTAN, 47% adoptent une attitude positive ce qui se traduit par une tendance allant croissant depuis 1995 (1998: 45%; 1997: 43%). Ce taux d'approbation n'a d'ailleurs pas diminué entre janvier et août, bien au contraire, malgré la guerre en Yougoslavie, il a atteint 50%. C'est pourquoi, on ne peut parler d'une influence négative des opérations de l'OTAN au Kosovo sur la volonté de rapprochement entre la population suisse et les membres de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. Cette tendance se trouve confirmée dans l'opinion publique relative à une adhésion à l'OTAN qui serait approuvée en août par 30% (janvier 1999: 25%, 1998: 28%).

Trois Suissesses et Suisses sur quatre se déclarent favorables à un engagement accru de la Suisse dans le cadre des conférences internationales; chiffre que nous retrouvons dans les deux derniers relevés de 1997 et 1998. Une intensification du rôle de médiation de la Suisse dans les conflits est approuvée par 61% (-3%) des questionnés en janvier et par deux tiers en août (67%).

Par contre, l'enquête de janvier montre qu'une augmentation de l'aide au développement est peu soutenue par la population. Seuls 43% l'ont approuvée alors qu'en 1998 encore plus de la moitié des personnes interrogées y étaient favorables (-9%). En août, par contre, 50% des personnes consultées sont de nouveau en faveur d'une telle augmentation. A ce sujet, il faut considérer qu'en général l'approbation d'une augmentation de l'aide au développement est liée à l'optimisme face à l'avenir.

Certaines différences entre les deux enquêtes de 1999 apparaissent aussi dans *l'index de volonté de coopération internationale* basé sur 19 questions. A ce sujet, il faut considérer qu'environ un quart des personnes questionnées ne peuvent être assimilées à un type de coopération bien défini. C'est pourquoi les pourcentages des différents types ne se réfèrent pas à l'ensemble de toutes les personnes interrogées mais au total des personnes à classer selon les principes de la typologie. Les pourcentages réels de la population qui peuvent être assimilés à un type bien défini, sont mentionnés entre crochets. En janvier, „l'ouverture dure“, c'est-à-dire une ouverture de la Suisse en

matière de politique extérieure avec des liens institutionnels et des restrictions de souveraineté, était pour la première fois la forme préférée de coopération internationale (ouverture „dure“: 35% [27%] (1998: 29%; 1996: 34%). La notion „d'ouverture autonome douce“ sous forme de rapprochements à des institutions internationales et supranationales (UE, OTAN) recueille, en janvier, un peu moins d'avis favorables qu'en 1998 ( „ouverture douce“: 34% (-3%) [27%]). Le nombre des supporters d'une politique autonomiste renonçant à tisser des liens internationaux a continué de diminuer („autonomistes“: 31% (-3%) [24%]). En août, aussi bien les partisans d'une „ouverture dure“ en matière de politique extérieure que les représentants de la forme „d'ouverture douce“ ont légèrement augmenté. Chaque groupe atteint 37% en ce moment [28% et 27%]. L'attitude autonomiste représentée en août par encore plus d'un quart des personnes interrogées a continué de perdre du terrain (26%, [20%]).

Par conséquent, une majorité des Suissesses et Suisses (55%) approuve une intensification de la coopération internationale et de l'ouverture du pays. Toutefois, aucune image homogène quant à la forme de cette ouverture ne se cache derrière ce chiffre. Ainsi, entre 1996 et 1998 le nombre de personnes en faveur d'une „ouverture douce“ de la Suisse, c'est-à-dire autonome et non contractuelle, s'est accru de manière constante alors que l'augmentation du pourcentage des personnes exigeant une ouverture dure en matière de politique extérieure ne s'est manifestée qu'en 1998. La tendance chez les „autonomistes“ est claire. Depuis 1994 le nombre des personnes ne désirant pas développer les liens internationaux a diminué de moitié environ par rapport à 1994 (-22%).

## **Les accords bilatéraux avec l'UE de décembre 1998<sup>2</sup>**

Si „dimanche prochain“ l'ensemble des *accords bilatéraux* conclus en décembre 1998 avec l'UE faisait l'objet d'une votation, 67% des personnes interrogées l'approuveraient „certainement“ ou l'approuveraient „plutôt“. Lors de cette votation, 22% déposeraient dans l'urne „plutôt“ un non ou „certainement“ un non. Toutefois cette soi-disant répartition claire de l'opinion incite à la prudence. Seuls 44% sont absolument sûrs d'approuver la proposition. 34% des citoyennes et citoyens sont répartis dans les catégories de réponses „plutôt accepter“ et „plutôt refuser“ ce qui signifie que le processus décisionnel de ces personnes est encore en cours. L'appréciation de l'opinion publique par les personnes interrogées présente une image semblable. Ainsi, 66% croient que les accords bilatéraux seraient „certainement“ ou „plutôt“ approuvés par la majorité des votant(e)s. 28% estiment que les citoyennes et citoyens refuseraient „plutôt“ ou „certainement“ l'accord. A nouveau, il faut considérer que seuls

<sup>2</sup> La question concernant les accord bilatéraux avec l'UE n'a été posée qu'en janvier. Il est possible qu'à la suite de la discussion au Parlement les opinions aient (légèrement) changé.



13% pensent que l'accord serait certainement accepté, alors que la grande majorité des personnes interrogées (77%) estiment que la population „accepterait plutôt“ ou „refuserait plutôt“.

En général, l'accord de décembre avec l'UE est peu connu. 61% disent le connaître „peu“, 10% pas du tout. A ce sujet, les femmes estiment leurs connaissances en la matière bien inférieures à celles des hommes: selon leurs dires 79% connaissent peu ou pas du tout l'accord bilatéral (hommes: 63%). Seules 21% des femmes estiment bien connaître cet accord (hommes: 36%). En général, l'accord bilatéral aurait de bonnes chances d'être accepté aux urnes. Cela entre autres parce que 97% des partisans d'une „ouverture dure“ et 78% des partisans d'une „ouverture douce“ déposeraient dans l'urne un „oui“ à l'accord avec l'UE. Cependant, les autonomistes refuseraient („plutôt“ et „certainement“ non: 55%). Alors que, lors de l'accord sur l'EEE en 1992, la ligne de démarcation était située entre les partisans d'une „ouverture dure“ d'une part et les partisans d'une „ouverture douce“ ainsi que les autonomistes d'autre part, les accords bilatéraux semblent susciter l'opposition uniquement de la part des autonomistes. Mais un important travail d'explication reste à faire.

### **Neutralité (illustration 7.5)**

La neutralité en tant que principe de la politique étrangère suisse et de la politique de sécurité jouit, de manière inchangée, d'une cote de popularité élevée. Depuis 1991 elle est en moyenne de 80%. En 1999 aussi (lors des deux enquêtes) aucune baisse n'est enregistrée (80%, +1%).

Toutefois, des changements en partie significatifs sont constatés en ce qui concerne certaines fonctions de la neutralité. Ainsi, en août 1999 ce ne sont plus que 65% des personnes interrogées qui sont d'avis que la neutralité doit rester un moyen prioritaire de la politique étrangère suisse (1998: 72%, janvier 1999: 70%). Depuis cette date, seuls 33% (35% en août) pensent que notre neutralité empêcherait une adhésion à l'UE (1998: 38%). De plus, pour la première fois moins de la moitié des personnes questionnées sont d'avis en 1999 que la neutralité armée contribue à la sécurité et stabilité en Europe (46%, -6%). Par contre, inchangée et élevée est l'opinion de ceux qui considèrent la neutralité en tant qu'instrument permettant à la Suisse de „jouer un rôle de médiateur dans les conflits et d'offrir ses bons offices sur la scène internationale“ (86%, +1%).

Jusqu'en 1993, près de la moitié des Suissesses et Suisses avaient une perception traditionnelle de la neutralité (48%). Cette attitude n'a depuis cessé de perdre de son crédit auprès de ses partisans. Les traditionalistes mettent surtout l'accent sur la fonction de finalité et d'identité de la neutralité. Un peu plus d'un quart seulement (27%

[20%])<sup>3</sup> des personnes interrogées appartient encore aux traditionalistes selon notre *typologie des perceptions de la neutralité* (jan. 1999: 30%, 1997: 29%, 1995: 42%). Par contre, le nombre des personnes (surtout parmi les jeunes interrogés) qui sont en faveur d'une perception pragmatique de la neutralité a continué d'augmenter. Il s'agit de 28% en août 1999 [21%] (+7% depuis 1993). Le pourcentage de ceux qui ont une attitude critique, voire de refus, envers la politique de neutralité suisse stagne à peu près au même niveau qu'en 1997 (jan. 1999: 17%, août 1999: 19% [14%], 1997: 15%). Les autres personnes questionnées ont une perception diffusément contradictoire de la neutralité (26%) [19%] ou ne peuvent être classés dans aucun des quatre types [25%].

### **L'image de la Suisse quant à son rôle dans la Deuxième Guerre mondiale (illustrations 8.8-8.9)**

34% des personnes questionnées pensent que la Suisse a été épargnée durant la Deuxième Guerre mondiale surtout à cause de sa volonté de défense militaire. En 1997, 40% partageaient encore cette opinion. Par contre, le nombre des personnes pensant que la Suisse a été épargnée pendant la Deuxième Guerre mondiale à cause de sa collaboration économique avec l'Allemagne et ses alliés s'élève à 68% (+ 8%). Les données relevées irrégulièrement depuis 1983 permettent de conclure que le changement constaté dans la perception des raisons ayant permis à la Suisse d'être épargnée ne s'explique pas uniquement à travers les débats actuels sur le rôle de notre pays durant la Deuxième Guerre mondiale. Ce changement s'opère déjà depuis un certain temps en particulier parmi les jeunes générations. Comme il a déjà été démontré ultérieurement (voir étude „sécurité 1997“, p. 37 ss.) la discussion relative à la neutralité armée de la Suisse durant la Deuxième Guerre mondiale a contribué massivement à l'érosion de la perception traditionaliste de la neutralité.

### **Coopération internationale en matière de politique de sécurité (illustrations 9.1, 9.4 et tableau 9.1)**

En général, l'opinion quant aux limites de l'autonomie en matière de sécurité s'accroît. 64% (+5%) sont d'avis que notre sécurité nationale est de plus en plus déterminée par d'autres Etats et de moins en moins par nous-mêmes. Toutefois, seule-

<sup>3</sup> Toutes les personnes ne peuvent être classées dans un type de neutralité. C'est pourquoi le premier pourcentage mentionné cite le pourcentage d'un type correspondant à toutes les personnes pouvant être attribuées à un type. Le pourcentage d'un type correspondant à l'échantillon global de 1009 personnes est indiqué entre crochets.

ment la moitié des personnes interrogées sont convaincues qu'il ne peut y avoir de paix durable en Europe que si tous les Etats européens „s'unissent“ (50%, -1%). On se montre critique quant au renoncement à la souveraineté nationale en faveur d'une unification européenne (refus: 62%, +2%).

Depuis 1993, le nombre des personnes qui peuvent s'imaginer un engagement de soldats à l'étranger dans le cadre de missions d'appui avoisine les 40% (1999: 44%). Par contre, depuis 1997 le nombre des Suissesses et Suisses approuvant des engagements à l'étranger pour le maintien de la paix avec des soldats armés pour leur autodéfense a augmenté (38%; 1997: 27%; 1998: 35%). Comparé à l'année passée, le soutien apporté à la forme la plus fréquente d'engagements à l'étranger, soit les engagements au combat pour rétablir la paix est moins significatif (6%; -6%). En résumé on peut conclure que près de neuf Suissesses et Suisses sur dix sont favorables à une des trois formes d'engagement de soldats suisses à l'étranger. Par contre, les opinions divergent quant à la forme d'un tel engagement.

La décision du Conseil fédéral d'envoyer au Kosovo 160 soldats suisses volontaires et non armés („*Swisscoy*“) est approuvée par 81% (très ou plutôt d'accord). Seuls 17% sont contre. Aussi en ce qui concerne l'armement de ce contingent une attitude claire semble prévaloir au sein de la population: 72% soutiendraient un armement pour l'autodéfense, seuls 24% sont d'avis que les soldats suisses devraient restés non armés.

En janvier, seulement 11% étaient d'avis qu'un engagement de soldats suisses au Kosovo pourrait faire „diminuer le nombre de requérants d'asile de cette région“. Puis, en août, 23% des personnes questionnées se déclarent tout à fait ou plutôt d'accord avec l'affirmation suivante: „moins de requérants d'asile de cette région viennent en Suisse grâce à l'engagement de soldats suisses au Kosovo“.

En ce qui concerne l'importance des engagements de maintien de la paix des changements au sein de l'opinion sont constatés surtout entre l'enquête de janvier et celle d'août. 43% sont pour une augmentation de ces engagements (janvier: 36%, 1998: 36%). 47% approuvent le maintien des engagements dans „les proportions actuelles“ (janvier: 51%, 1998: 52%) alors que 8% seulement sont pour une réduction des engagements de maintien de la paix (janvier: 11%, 1998: 9%).

En ce qui concerne les formes de coopération avec les armées étrangères, telles que le prévoit le „*Partenariat pour la paix*“ une approbation croissante et significative est constatée en général entre 1995 et 1997. Lors de l'enquête de janvier 1999 presque toutes les formes de coopération sont approuvées dans les mêmes proportions qu'en 1997. L'enquête d'août enregistre des taux d'approbation encore plus élevés. La proposition d'adapter notre armée de telle manière „qu'elle puisse mieux coopérer avec les autres armées européennes“ recueille un taux d'approbation qui a augmenté de manière significative (août 99: 72%, janvier 99: 67%, 1997: 63%). Le taux d'acceptation relatif aux „engagements armés pour le maintien de la paix en

coopération avec des soldats d'autres Etats européens" qui était située en janvier en dessous de la valeur de 1997 (35%, 1997: 40%) est de 46% en août. Parmi les formes de coopération possibles avec des armées d'autres pays européens une approbation relativement claire se manifeste pour les manoeuvres conjointes (août 1999: 66%, janvier 99: 61%, 1997: 60%), des engagements lors de grandes catastrophes (92%, + 3%), l'instruction (août 1999: 70%, janvier 1999: 62%, 1997: 63%) et – comme déjà mentionné – même pour d'importantes adaptations de l'Armée suisse en vue d'une coopération meilleure (72%). Une majorité (août 1999: 62%, janvier: 57%, 1997: 54%) est aussi en faveur d'une planification en matière de défense dans la perspective d'une coopération avec d'autres Etats européens.

Par contre, comparé à la dernière enquête une coopération avec l'OTAN est commentée de manière plus critique en raison de la politique de neutralité. Seulement un peu plus de la moitié des citoyennes et citoyens suisses (53%) sont aujourd'hui encore d'avis que la neutralité est compatible avec une coopération avec l'OTAN (-20%). Toutefois, cette diminution s'expliquerait *avant tout* par une énoncée plus restrictive de la question par rapport à celle de 1997. Dans les enquêtes précédentes il était question d'une coopération „dans certains domaines“. En 1999 cette restriction a été levée. Le paragraphe suivant montre si l'image de l'OTAN a changé depuis l'engagement militaire et de quelle manière.

Lors de l'enquête d'août, 56% se déclarent tout à fait ou au moins plutôt d'accord avec le bombardement de la Yougoslavie par l'OTAN. De plus, la moitié des personnes interrogées indiquent que les opérations aériennes de l'OTAN n'ont pas changé leur opinion envers l'OTAN, pour 28% l'image de l'OTAN s'est ternie, pour 16% l'OTAN a gagné en estime.

### **Dépenses d'armement (illustration 10.1 et tableau 10.1)**

Comme les années précédentes, une majorité des citoyennes et citoyens suisses pensent que la Suisse dépense trop pour sa défense. Cependant, 53%, en 1999, représente la valeur la plus basse enregistrée depuis le début de la série de relevés, soit en 1986 (en août cette valeur était même seulement de 50%, en 1998: 56%). Dans ce contexte, il est intéressant d'analyser la réponse obtenue en août à la même question que l'année précédente concernant la réduction de moitié des dépenses pour la défense. A la question comment voteriez-vous „dimanche prochain“, 49% (1998: 47%) indiquent qu'ils accepteraient l'initiative „certainement“ ou „plutôt certainement“, 42% (1998: 48%, -6%) la refuseraient „certainement“ ou „plutôt“. Mais les personnes interrogées ont une appréciation clairement différente du comportement de la majorité du peuple suisse face à cette votation. Seulement 21% (1998: 23%) croient que les citoyennes et citoyens approuveraient l'initiative „dimanche prochain“, alors que 74% (1998: 75 %) pensent qu'ils déposeraient un „non“ dans l'urne.

### **Défense nationale (illustration 10.2)**

Comme ces deux dernières années, sept Suissesses et Suisses sur dix approuvent aussi en 1999 la nécessité d'avoir une armée (janvier 1999: 69%, -1%; août 1999: 73%). Une légère, mais importante, hausse est enregistrée dans le courant du premier semestre. Toutefois, cette opinion dépend largement de l'âge des personnes interrogées. En janvier, le taux d'approbation chez les jeunes de 18 à 29 ans se situe en dessous de 50% par rapport aux deux dernières années (46%; -11%). Mais, jusqu'en août, ce taux remonte de manière significative pour atteindre 60%: conséquence probable de la guerre en Yougoslavie. Comme dans les enquêtes précédentes et dans d'autres enquêtes il ressort que, chez les jeunes, l'appréciation de l'armée dépend fortement de l'actualité.

### **Milice et obligation de servir (illustration 10.4)**

Comme l'année précédente, aussi en janvier 1999 la moitié des citoyennes et citoyens suisses préfèrent une armée de milice à une armée de métier. En août cette valeur est un peu plus basse (46%). Après avoir assisté de 1995 à 1998 à une augmentation continue du nombre des partisan(ne)s d'une armée de métier, ce nombre est à nouveau légèrement en dessous de celui de l'année précédente (42%; -2%). La corrélation entre l'âge des personnes interrogées et les résultats obtenus est importante. Ainsi les jeunes de 18 à 29 ans sont davantage en faveur d'une armée de métier (janvier 1999: 61%; août 1999: 53%). Ce pourcentage croissant de sympathisants parmi les jeunes adultes est important. Il atteignait déjà 8% l'année passée.

### **L'intérêt pour la politique de sécurité**

Comme les années précédentes, l'intérêt porté à la politique de sécurité reste inchangé. Seulement environ la moitié des citoyennes et citoyens s'y intéressent activement.



# **SECURITY 1999 – SUMMARY AND CONCLUSION**

## **Aims of the survey and basis of data**

The annual survey „Security“, carried out by the Swiss Military College at the Federal Institute of Technology in cooperation with the Center for Security Studies and Conflict Research at the Federal Institute of Technology, helps determine trends in the shaping of public opinion on security and foreign policy in Switzerland. The research studies are based on representative annual and biannual polls. Because of the war in Yugoslavia the poll that was taken between January and February 1999 by telephone (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) was in large part repeated in August. This decision was based on the assumption that the Kosovo conflict may have influenced the public opinion on a number of issues. The January/February survey was carried out by questioning 1201 persons entitled to vote and chosen at random in every linguistical area of Switzerland. The August survey included 1009 persons.

The +/- percentages in parentheses show differences in comparison to figures given in the 1998 survey.

## **Trends Regarding the Shaping of Opinion in Security and Foreign Policy**

### **General Feelings Regarding Security and Threats (fig. 4.1 and fig. 5.1)**

Eight out of ten Swiss citizens feel rather secure or very secure nowadays (January 1999: 81%, August 1999: 86%, 1998: 79%). The feeling of security is characterized by a high stability over the course of time, yet the increase in the period between January and August (+5%) is significant. It can be assumed that the further improved economic situation contributed to this increase in general security.

Since 1997, when only 53% were very or rather optimistic with regard to Switzerland's future, optimism has become clearly predominant again in the assessment of the near future of Switzerland (1998: 60%, 1999: 68%, cf. fig. 5.1).

Compared to 1998 notable changes are mainly observable in the August-survey. 56% of the people polled expect an improvement or at least stability of the situation (1998: 49%). In January the same opinion was only held by 48%.

Traditionally, there is a statistically close link between the expected future for Switzerland and for the world situation. Several indicators support the view that the assessment of the home situation is projected onto the world situation. Currently, there are only weak links between the perception of external threats (evaluation of the world situation) and the various attitudes on national defense issues (acceptance of the army, defense structure, defense budget). This means that domestic factors influence the judgment on national defense stronger than do the international factors such as external threats.

### **Confidence in Authorities and Institutions**

The guardians of domestic security (police/justice) and the federal council (Switzerland's seven-member government), in this order, obtain top values in a comparison of 6 questioned institutions (Federal Council, Federal Parliament, courts, police, army, media and economy). Between 1995 and 1997, a slight loss of confidence in all institutions was noted. In 1998 and 1999 confidence in all institutions except the media has risen again, significantly for the Federal Council and the Parliament. There is a parallel between confidence in the authorities, the general security feeling and the evaluation of Switzerland's future: a strong feeling of security and growing confidence in the future go together with a higher trust in the authorities.

### **Willingness for International Cooperation (fig. 7.2-7.4)**

In comparison to the previous year, the willingness to approach the EU remains at the same high level (69%, +2%). After a decline in 1997, the willingness to join the EU is growing steadily (+15% since 1997), (1997: 42%, 1998: 50%, January 1999: 53%, August 1999: 57%). Yet, this variable is apt to undergo short-term variations, i.e. it seems to be relatively strongly influenced by current events (successful or unsuccessful negotiations, evaluations of the consequences of the Euro currency). Simultaneously, these fluctuations prove an increased sensibility of the Swiss voters for questions related to the European Union.

As far as European security policy is concerned a participation of Switzerland in a European army is approved by roughly 40% of voters (37% in January, 44% in August).



The change of attitude towards the UN and NATO since 1995 is generally holding on. The proportion of supporters of UN membership is up to about two thirds of Swiss voters (66% in August 1999, 62% in January 1999, 1998: 59%) and Swiss UN troops are approved by a steadily growing number of people as well (January 1999: 69%, August 1999: 72%, 1998: 66%). There is a growing sympathy for NATO since 1995: 50% (47% in January) are in favor of approaching the North Atlantic alliance (+7% since 1997). Interestingly, these figures have not declined between January and August. A negative influence of NATO operations in Kosovo on the willingness of the Swiss to approach NATO cannot be observed. This fact is further confirmed by the public opinion on an actual joining of NATO. According to the August poll the latter would be approved by 30% (January 1999: 25%, 1998: 28%).

There is a widely shared wish for a more active foreign policy involvement of Switzerland in international conferences (78%, +/-0%) and for more Swiss involvement as an intermediary to solve conflicts (January 1999: 61%, August 1999: 67%, 1998: 64%). The consent to the extension of support to developing countries, which had declined massively after 1990, is, after another lapse in January 1999 (43%, -9%), on the rise again (August 1999: 50%). This may be interpreted as the expression of a better economic mood.

Certain differences between the two polls of 1999 can also be observed in the *index of willingness for international cooperation*,<sup>4</sup> which is based on 19 questions. The proportion of those who agree on an autonomous opening up of Switzerland, i.e. without institutional connections (for example as an international go-between or through continuing support of the ICRC) is stable („Cautious“ opening: 37%, +/-0%). On the other hand, the proportion of people who demand an autonomous policy, renouncing any extension of international connections has been declining steadily since 1994, when this trend in political opinion reached its peak with 48%. The proportion of autonomists is currently less than one third (31% in January 1999, 26% in August 1999, 34% in 1998). Supporters of an opening up touching on national sovereignty by joining international institutions (in particular the EU) have hovered around three tenths in the past (29% in 1998). In 1999 a sharp increase in the number of people supporting this unambiguous opening up has taken place: In January 1999 they make for 35%, in August 1999 even 37% (+8% since 1998). On the whole, the people in favor of more international cooperation and an opening of the country have a majority which has been growing slightly, but steadily ever since 1994. However, this majority is now as before divided over the course of policy to follow, which makes it difficult to reach a clear majority in Switzerland as far as actual projects in foreign policy and security policy are concerned. For this reason, up to the present, the proponents of a „cautious“ opening of Switzerland (i.e. not involving any formal commitment and to

<sup>4</sup> Percentages given for this typology are based on those people who could be allocated to a certain type of attitude on international cooperation. This is not the case for 26% of the original sample.

be defined autonomously) have had the lead over those who support „unambiguous“ (i.e. formal) relationships (e.g. wishing to join the EU). In 1999, for the first time, supporters of the „unambiguous“ opening up are equally numerous than those supporting the „cautious“ way of international cooperation. The uncertainty which is to be felt all over Europe with regard to the currency union as well as the attitude of the EU towards Switzerland, which fluctuates between openness and hegemonic pressure in the bilateral negotiations, are assumed to influence the general attitude towards the EU fairly directly.

### **Neutrality (fig. 7.5)**

The support of neutrality as a basic principle of Swiss foreign and security policy is high, now as before. Eight out of ten Swiss citizens want neutrality to be kept up. The number of people wanting to give up neutrality is not quite as stable but has as yet never passed the mark of 20% (1998). In January of 1999 12% pleaded for giving up neutrality, in August 18% did. The maxim of Swiss foreign and security policy stands now as before as a symbol on a firm pedestal; but here and there, some first fine breaches can be recognized.

Only 33% consider joining the European union incompatible with neutrality (-5%). For the first time in 1999, less than half of the Swiss people agree that Swiss neutrality contributes to the security and stability of Europe as a whole (46%, -6%). In a typology of neutrality attitudes<sup>5</sup> (an index composed of several items) a traditional attitude towards neutrality has been losing support since 1993 when almost half of the Swiss people could be considered neutrality traditionalists. In 1999 this figure is down to only 27%. For the traditionalists neutrality is the great symbol of national identification and foreign political orientation. Neutrality to them is the main ingredient of „Swissness“. The loss of support for the traditional attitude is mirrored by an increased number of people dealing with the issue of neutrality in a pragmatic way. The pragmatists are in favor of the possibility for international good services provided by Switzerland's neutral status while being rather critical of the security policy functions of neutrality. However, they do not see neutrality as an obstacle for international cooperation. The neutrality pragmatists make for 28% (+7% since 1993). The percentage of people taking a wholly critical attitude towards neutrality is on the rise as well: Roughly twenty percent (19% in the August poll) belong to this group (January 1999: 17%, 1997: 15%). The other people questioned show a self-contradictory pattern of opinions on neutrality (26%).

<sup>5</sup> Percentages given for this typology are based on those people who could be allocated to a certain type of neutrality attitude. This is not the case for 25% of the original sample.

## **International Cooperation in Security Policy (fig. 9.1, fig. 9.4, table 9.1)**

Generally speaking, the understanding of the limits of autonomous creation of security is growing. Roughly eight out of ten citizens have no trouble with the idea that Swiss soldiers might be involved abroad (January 1999: 82%, August 1999: 78%, 1998: 75%). The number of people supporting the involvement of Swiss soldiers abroad „for unarmed support missions“ (approved in August 1999 by 44%) or „as long as the operations consist of peace missions and weapons are only used for self-defense“ is more or less stable (approval rate in August 1999: 35%). Supporters of „fighting missions to reestablish peace“, however, are fewer than in 1998 (January 1999: 6%, August 1999: 8%, 1998: 12%). It can therefore be concluded that nearly nine out of ten Swiss are in favor of one of the three possible forms of foreign missions for Swiss soldiers. However, there are still different opinions as to which form should be realized.

The decision of the Swiss federal council to send 160 unarmed volunteer soldiers of the Swiss army to Kosovo („Swisscoy“) is supported by 81% (completely agree or rather agree). Only 17% of the people questioned contest that decision. There also seems to be a clear opinion as to the question of armament of this contingency : 72% would support an armament for self defense, only 24% believe that the Swiss soldiers should remain unarmed.

As far as the extent of peace support activities is concerned, shifts in opinion can be observed especially between the January and August polls of this year: 43% are in favor of further extending these activities (January 1999: 36%, 1998: 36%). 47% believe that activities of this kind should be „kept up at the present level“ (January 1999: 51%, 1998: 52%). A mere 8% want peace support activities to be reduced (January 1999: 11%, 1998: 9%).

The forms of cooperation with foreign armies such as they are proposed by the *Partnership for Peace* have been met with rising approval rates between 1995 and 1997. In the January poll of 1999 almost all forms of cooperation are approved by roughly similar percentages of people as in 1997. In the August 1999 poll all forms of PFP cooperation are approved even more strongly.

The only cooperation not favored by a majority is „an armed peace support mission together with soldiers of other European nations“ (approved by 46% in August 1999, 1997: 40%).

Would the 1994 vote about setting up a battalion of Blue Helmets be repeated today, 66% (-1%) of the people questioned would support the project (table 9.1). However, they do not assess the voting population the same way: Only 40% (+2%) believe that a majority of the voting population would accept the project.

Thus, public opinion concerning military involvement with lightly armed personnel generally appears more favorable today than a few years ago.

The NATO bombing of Yugoslavia is approved by 56% of the Swiss (August poll). In addition, half of the people questioned claim that the air-operations did not change their opinion on NATO while 28% now have a worse image of the North Atlantic alliance. For 16% NATO has gained a better reputation.

### **Defense Budget (fig. 10.1 and table 10.1)**

As opposed to previous years in August of 1999 only 50% are of the opinion (January 1999: 53%, 1998: 56%) that Switzerland spends too much on its national defense. This is the lowest percentage since 1986. Criticism of military expenditure was strongest during the period 1988-1991. In 1999 38%, the highest figure since 1986, say that the expenditure is „just right“.

Should a referendum to halve the defense budget be submitted for a vote „next Sunday“, about half of the questioned voters (49%, +2%) would probably vote in favor of it (table 10.1). As many as 74% (-1%), however, believe that the majority of the people would reject such a referendum. The public opinion is obviously considered less critical towards defense expenditure than the personal opinion. Current attitudes towards military spending are not so negative, however, as that a vote on the subject might necessarily result in acceptance of such a referendum. People are aware that a steady cost reduction process already started in the military in the early nineties. Opinions differ as to whether these efforts have been sufficient, and whether or not the credibility of the national military defense is at stake.

### **Acceptance of Military Defense (fig. 10.2)**

Seven out of ten interviewees, the same proportion as last year, agree on the necessity of the army (January 1999: 69%, August 1999: 73%). However, in January 1999 less than half of the arms-bearing age group of 18-29 year-olds considered the army necessary (46%, -11%). Already in August this rate was up to 60% again, possibly because of the war in Yugoslavia. This shows as was stated in earlier surveys that the young population's judgment of the army is strongly influenced by current affairs.

### **Format of the Armed Forces (fig. 10.4)**

While the number of people in favor of a professional army was on the rise between 1995 and 1998 this figure has now come to a standstill around 44% (+/-0%). More than half of the 18-29 year-olds (January 1999: 61%, August 1999: 53%) would prefer a professional army. It is doubtful, however, whether basic reflections on the best

defense structure really stand behind this trend towards approving a professional army. The high proportion (above the average) of supporters among men in the age group concerned with military defense, and among men in general, indicates rather what could be called „Yes, but without me!“-motives at the root of the growing interest in volunteer armed forces. Sympathy for a volunteer army is also widespread among supporters of a Swiss Blue Helmet battalion, as well as among those who agree to approach NATO.

The armed forces as an institution are uncontested by the majority. What is discussed more often than in the past is its future organizational format. As to that, public opinion seems to be divided into two parties. The first party, wishing for a professional force, is currently (according to the August poll) equally strong as the one supporting the militia. The traditional bond with the militia form of defense has weakened. National defense is considered a state task of second or third importance, and is met with a certain „Yes, but without me!“-attitude. The proposition to reduce clearly the size of the army, cut resources, and to leave military tasks to specialists and volunteers is attractive to this party. A few structural trends, such as the need for a higher availability of army troops for special and foreign missions, seem to validate its point of view.

The second party, which shows a tendency to becoming smaller, clings to the militia. For these people a different form of defense than the militia format is inconceivable; further-reaching steps towards a professionalisation of the army would only be considered reluctantly. The militia is seen in close connection with neutrality.

This division of opinions concerning the format of the forces has grown deeper over the last five years.

## **Interest in Security Policy**

For many years, active interest in security policy has appeared markedly in only about one half of the citizens entitled to vote. This has remained unchanged in 1999.

## **Conclusion**

All things considered, the same can be said in 1999 as in the two previous years. The possibilities of international security policy cooperation have risen.

The willingness for international cooperation in the area of security policy still prevails over the readiness for political integration in Europe. However, in 1999 even

far-reaching steps towards Europe (i.e. touching on Swiss sovereignty) are conceivable. For a growing number of people joining the EU seems inevitable in the long run.

Prospects seem good concerning the UNO. Its acceptance rates have been rising for several years now. The attitude towards NATO seems to be of a more pragmatical nature. A certain ambiguity in the public image of NATO after the bombing of Yugoslavia notwithstanding, the Swiss' willingness to further approach NATO has not suffered. As a matter of fact, the opposite is true: The understanding of the basic necessity of security policy cooperation seems to have grown under the impression of the war in Yugoslavia. Activities as they are supposed to take place in the course of the *Partnership for Peace* programme continue to be met with great approval. However, it remains to be noted that approval declines as the forms of participation become more combative in nature. Nevertheless, there is higher acceptance for the areas of interoperability, training, and planning. The armament of military units sent abroad would currently have a good chance of passing a potential public vote as long as it would only serve collective self-defense.

# **1 CHRONOLOGIE POTENZIELL MEINUNGSBILDENDER EREIGNISSE IM JAHRE 1999**

Wie sich in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der Schweizerinnen und Schweizer an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft wie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind (vgl. Abschnitt 1.1). Der Analyse der wichtigen Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb in diesem Jahresband erstmals eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, die die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auf dem Internet unterhält (<http://www.spn.ethz.ch/>).

## **1.1 Jahresbeginn: Hoffnungsvolle Zeichen – Vorboten neuer Krisen**

Der Jahresbeginn war von widersprüchlichen Ereignissen geprägt. Es gab durchaus hoffnungsvolle Zeichen. So nahm der aussenpolitische Druck auf die Schweiz in zweierlei Hinsicht ab: Erstens konnten die wichtigen bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der Europäischen Union nach über vierjährigen intensiven Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden (11.12.98). Zweitens regelten die Schweizer Banken nach sechsmonatigen Verhandlungen die letzten Details des Vergleiches mit den Vertretern der jüdischen Sammelkläger und des World Jewish Congress (25.1.99). Die Einigung beruhigte die angespannte aussenpolitische Situation merklich. Die angedrohten Sanktionen und Boykotte konnten abgewendet werden.

Im Gegensatz zu diesen positiven Entwicklungen machten sich gleichzeitig die ersten Vorboten der sich rasch verschlechternden Lage im Kosovo bemerkbar. Der Flüchtlingsstrom begann bereits 1998 anzuschwellen: Die Anzahl Asylgesuche nahm im Vergleich zum Vorjahr um über 70% zu und die Zahl der an der Grenze angehaltenen Personen verdoppelte sich. Ebenfalls bereits Ende 1998 wurden erste dringende asylpolitische Massnahmen ergriffen. Nachdem die zivilen Kapazitäten erschöpft waren, beschloss der Bundesrat, die Armee für die Betreuung der grossen Zahl von Asylsuchenden aus dem Kosovo im Sinne eines befristeten Assistenzdienstes einzusetzen. Damit hatten sich die bestimmenden Themen der ersten Jahreshälfte bereits Anfang Jahr angekündigt.

## **1.2 Erste Jahreshälfte: Gewaltaktionen der Kurden in der Schweiz – Krieg im Kosovo**

Im Verlaufe des ersten Halbjahres 1999 verschlechterte sich die sicherheitspolitische Stimmungslage in der Schweiz in rascher Folge. Rückten die Gewaltaktionen und Demonstrationen der Kurden in Bern, Genf und Zürich das Thema der inneren Sicherheit in den Brennpunkt der öffentlichen Debatte, so intensivierte der Krieg im Kosovo die Diskussionen im Spannungsfeld zwischen Neutralität und internationaler Kooperation. Die Rückwirkungen beider Ereignisse führten zu einem Aufflammen der Diskussion über die Asylproblematik und damit der Thematik, die die öffentliche Debatte am nachhaltigsten prägen sollte.

Nach der Verhaftung des Führers der kurdischen Arbeiterpartei, Abdullah Öcalan, in Nairobi (Kenia) durch türkische Sicherheitskräfte und Mutmassungen über eine griechische Beteiligung an der Aktion kam es in verschiedenen Städten der Schweiz zu gewaltsamen Protesten der Kurden (16./17.2.99), die sich in den darauffolgenden Wochen wiederholten. Nach Eingang entsprechender Gesuche der Kantonsregierungen beschloss der Bundesrat, die Polizeikräfte im Hinblick auf weitere mögliche Gewaltakte von kurdischen Extremisten durch einen subsidiären Sicherungseinsatz der Armee zu unterstützen (5.3.99). In der Folge bewachten 600 Armeeangehörige 50 Gebäude wie Konsulate und Sitze von internationalen Organisationen. Daneben seien auch die subsidiären Hilfeleistungen der Armee in den Katastrophengebieten der Schweizer Alpen erwähnt, die das Militär in Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz nach wochenlangen Schneefällen, Lawennenniedergängen und Überschwemmungen leistete (1.2.-1.3.99). Diese wurden in der breiten Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Auch das Spektrum der inneren Sicherheit wurde noch einmal aus einer anderen Perspektive beleuchtet: Der diplomatische Eklat anlässlich des Besuchs des Präsidenten der Volksrepublik China, Jiang Zemin, in Bern (25.3.-27.3.99) verdeutlichte, wie heikel sich dieses Thema im Spannungsfeld der internationalen Menschenrechtssituation präsentiert.

Mit der Evakuierung der 35 Schweizer OSZE-Beobachter aus Mazedonien (21.3.99) und dem Beginn der NATO-Luftangriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien (23.3.-10.6.99) rückten schlagartig die Ereignisse im Kosovo in das Zentrum des öffentlichen Interesses. Der Konflikt überschattete nicht nur das Jubiläumstreffen der NATO in Washington (23.4.-25.4.99), an dem auch eine schweizerische Delegation teilnahm, er polarisierte gleichzeitig das sicherheitspolitische Meinungsspektrum in der Schweiz. Die Diskussionen wurden dabei vor dem Hintergrund der grössten humanitären Katastrophe in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und der Tatsache geführt, dass in der Schweiz aufgrund der massiven Zunahme der Flüchtlingsströme proportional am meisten Opfer der Kosovo-Krise lebten.



Die Reaktionen der Bundesbehörden auf die Krise im Kosovo fielen gemischt aus: Kurz nach Beginn der Luftangriffe der NATO leistete die Schweizer Armee im Auftrag des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) mit drei Super-Puma Helikoptern einen Hilfseinsatz bei der Flüchtlingsbetreuung in Albanien. Zum ersten Mal überhaupt wurde eine militärische Einheit – teilweise zum Selbstschutz bewaffnet – während eines Konfliktes im betroffenen Gebiet eingesetzt (5.4./26.7.99). Die diplomatischen Reflexe entsprachen dagegen ganz den traditionellen Mustern und bedeuteten in einigen Fällen gar einen Rückfall in konzeptionelles Denken vor dem aussenpolitischen Bericht 1993. Mit der Verweigerung der Transiterlaubnis für NATO-Verbände sowohl zur Luft als auch am Boden (1.4.99), der Aufrechterhaltung des „courant normal“ gegenüber allen Kriegsparteien (19.4.99) sowie der überraschenden Übernahme von Schutzmandaten für Frankreich und die USA in Jugoslawien (20.4.99) folgte man weitgehend überholten Konzepten. Erst in der Schlussphase des Kosovo-Konfliktes fand eine leichte Kurskorrektur statt, indem die Sanktionen der EU gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mitgetragen wurden (19.5.99) – jedoch nur unter Vorbehalt des Neutralitätsrechtes.

### **1.3 Zweite Jahreshälfte: Abflauen der Konflikte - konzeptionelle Neuausrichtung**

Gleichzeitig mit dem Abflauen der Konflikte Mitte des Jahres präsentierte der Bundesrat den sicherheitspolitischen Bericht 2000 „Sicherheit durch Kooperation“ (10.6.99). Der Bericht kommt einer konzeptionellen Neuausrichtung von der autarken zur kooperativen Sicherheitspolitik gleich. Die Isolation wird darin nicht mehr als eine realistische Option dargestellt. Angesichts der Tatsache, dass die neuen transnationalen Risiken am besten im multilateralen Rahmen angegangen werden können, rät der Bericht zu einer stärkeren Einbindung der Schweiz in die für Europas Sicherheit relevanten Institutionen. Auch postuliert das Grundlagendokument eine Prioritätenverschiebung von den defensiven zu den präventiven sowie von den militärischen zu den zivilen Massnahmen.

War damit die öffentliche Diskussion über einen Paradigmawechsel in der Sicherheitspolitik lanciert, so erlaubte die Beruhigung der internationalen Lage in den Sommermonaten der Landesregierung, ihren Willen zur Umsetzung einer auf die internationale Kooperation ausgerichteten Strategie zu unterstreichen. Im Zentrum stand dabei eine Ausweitung des internationalen Engagements. Auf aussenpolitischer Ebene wurden die Aktivitäten zur langfristigen Stabilisierung der Lage und zum Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft im Kosovo und den umliegenden Ländern deutlich ausgebaut. Zu nennen sind etwa die Teilnahme am Ministertreffen (10.6.99) und am Gipfeltreffen (30.7.99) zum Stabilitätspakt für Südosteuropa, die Erteilung einer

Überflugsbewilligung für die internationale Friedenstruppe für den Kosovo KFOR (14.6.-17.6.99), die Verstärkung der schweizerischen Finanzhilfe im Kosovo (23.6.99) sowie die Umsetzung zusätzlicher Massnahmen der EU gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien. Weiter stellte die Schweiz verschiedenen UNO-Minenzentren Experten zur Verfügung und wurde auf Ersuchen der KFOR das von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich im Auftrag des Genfer Zentrums für Humanitäre Minenräumung entwickelte „Information Management System for Mine Action“ (IMSMA) im Kosovo installiert (20.6.99). Schliesslich besetzte mit der ehemaligen Bundesanwältin Carla del Ponte eine Schweizerin den wichtigen Posten der Chefanklägerin der Vereinten Nationen beim Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (11.8.99).

Auch auf militärischer Ebene wurden die Zeichen vermehrt auf internationale Kooperation gestellt, sei dies im Rahmen bilateraler Übungen und Ausbildungsprogramme der Armee mit anderen europäischen Staaten oder anlässlich der Besuche des britischen und deutschen Verteidigungsministers in der Schweiz. Entscheidend war mit Blick auf den Bereich der Armee aber die Beteiligung an der KFOR. Mit der Entsendung der Swiss Company (Swisscoy) – einem Verband von rund 150 freiwilligen, unbewaffneten Armeeingehörigen – nimmt die Schweiz im Rahmen der multinationalen Kosovo-Force an der Befriedung und am Wiederaufbau des Kosovo teil. Konkret unterstützt die Swisscoy mit Logistik und anderen Dienstleistungen das österreichische Bataillon, welches im Rahmen der deutschen Brigade eingesetzt wird. Analog der Praxis aus der Operation ALBA bleibt das Gros des schweizerischen Kontingentes unbewaffnet (23.6.99).

## 2 UNTERSUCHUNGSDESIGN

Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt führen die Dozentur für Soziologie an der Militärischen Führungsschule an der ETH und die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich zusammen in regelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Befragungen zur Wahrnehmung von Fragen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen mit Bezug auf

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und die verschiedenen Auffassungen von Neutralität,
- die Einschätzung der Verteidigungsausgaben,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung,
- das sicherheitspolitische Interesse und den sicherheitspolitischen Informationsstand.

Aufgrund des Krieges in Jugoslawien (März-Juni 1999) wurde die von anfangs Januar bis anfangs Februar durchgeführte Jahreserhebung im Monat August zu grossen Teilen wiederholt. Dies aufgrund der Vermutung, dass sich der Kosovo-Konflikt auf die sicherheitspolitische Meinungsbildung ausgewirkt haben könnte.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themata gestellt. Dieses Jahr betreffen diese.

- das selbstdeklarierte Abstimmungsverhalten im Fall einer Wiederauflage der „Blauhelm-Vorlage“ vom Juni 1994,
- das selbstdeklarierte Abstimmungsverhalten bei der Initiative zur Halbierung der Rüstungsausgaben,
- im August: Fragen zum NATO-Bild und zur Beurteilung der Luftoperationen der Allianz,
- im August: Fragen zur „Swisscoy“ und zur Bewaffnung des Schweizer Kontingents im Kosovo.



### 3 DATENBASIS

Soweit nichts anderes angegeben, handelt es sich um eigene Erhebungen. Auf von Dritten erhobene Daten wird verwiesen.

Die Daten 1999 beruhen auf zwei telefonischen Repräsentativbefragungen (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von zufällig ausgewählten stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizern der deutschen, französischen und italienischen Schweiz.

- Anfangs Januar bis anfang Februar 1999: 1201 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Befragung durch das Institut IPSO, Dübendorf (im Text als „Januar“-Befragung bezeichnet, in Tabellen und Abbildungen häufig als 99/I abgekürzt).
- Mitte bis Ende August 1999: 1009 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Befragung durch das Institut DEMOSCOPE, Adligenswil (im Text als „August“-Befragung bezeichnet, in Tabellen und Abbildungen häufig als 99/II abgekürzt).

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen mit Aufschlüsselung für die Januar- bzw. Augustbefragung sind im *Anhang III* aufgeführt.

Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall in beiden Befragungen  $\pm 3\%$ . In beiden Befragungen sind Personen mit hoher Bildung leicht übervertreten, weil Telefoninterviews von Angehörigen unterer Bildungsschichten i.d.R. überdurchschnittlich häufig verweigert werden.

Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen *Zusammenhangsgrößen* mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant. Ohne nähere Hinweise bezieht sich eine angegebene Prozentgrösse auf die Befragung vom Januar 1999.

Zusätzliche Informationen zu den verwendeten Einstellungstypologien und zur Methodik finden sich im *Anhang I* bzw. im *Anhang II*.

Die +/- Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur Erhebung von 1998 an.



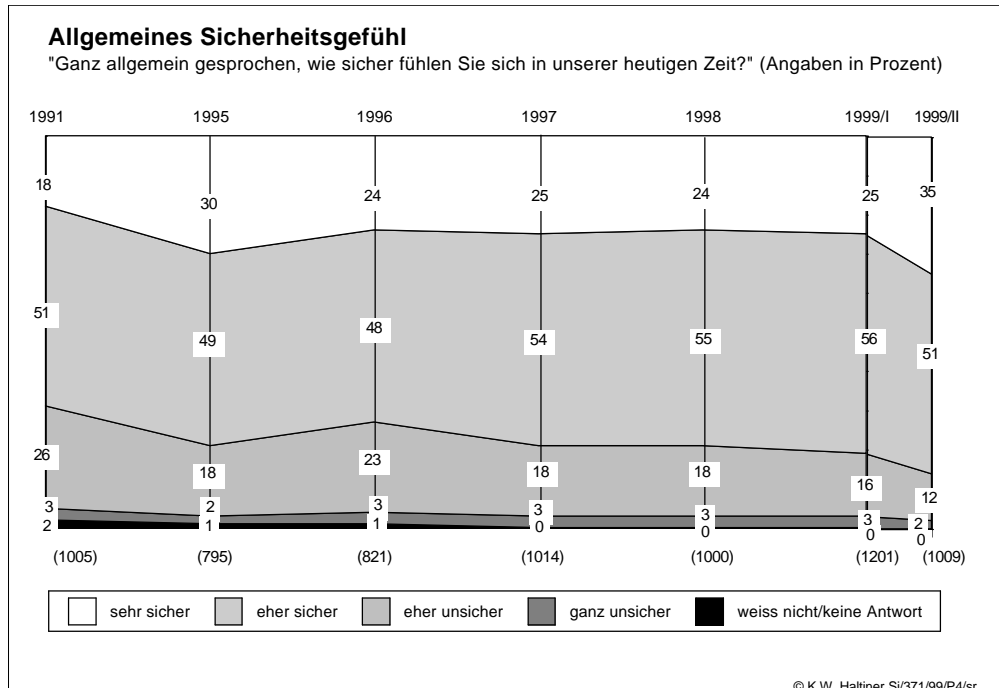
## 4 SICHERHEITS- UND BEDROHUNGSEMPFINDEN

### 4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Das allgemeine Sicherheitsempfinden der Schweizer Bevölkerung ist eine im Zeitverlauf sehr stabile Grösse: Auch im Januar 1999 fühlen sich acht von zehn Schweizerinnen und Schweizern „in unserer heutigen Zeit“ eher oder sehr sicher. Deshalb ist bemerkenswert, dass in der Augustbefragung der Anteil von Personen, die sich sehr oder eher sicher fühlen, um fünf Prozentpunkte höher liegt als im Januar. Vergleicht man nur diejenigen, die angeben, sich sehr sicher zu fühlen, so ist deren Anteil im August 1999 gar um zehn Prozent grösser. Zur Begründung dieses Sicherheitszuwachses dürfen wohl die noch einmal deutlich verbesserte Wirtschaftslage und möglicherweise das Ende des Jugoslawienkrieges herangezogen werden. Die bekundete persönliche Sicherheit hängt jedenfalls mit der Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage (August 1999:  $\gamma = 0.29$ ) und der Zukunft der Schweiz zusammen (Januar 1999:  $\gamma = 0.40$ ; vgl. auch Kapitel 5).

Männer fühlen sich zu einem etwas grösseren Anteil sehr oder eher sicher als Frauen, wengleich der Unterschied in der Augustbefragung geringer ausfällt als noch im Januar (84% der Männer versus 78% der Frauen, August 1999: 88% der Männer versus 85% der Frauen). Vergleicht man die verschiedenen Landesregionen miteinander, so wähen sich im Januar 1999 im Tessin weniger Personen sicher (73%) als in der französischen (83%) und deutschen Schweiz (81%). Diese Differenzen zwischen den Landesteilen können in der Augustbefragung allerdings nicht mehr konstatiert werden. Personen mit tieferer Bildung fühlen sich zudem zu einem geringeren Anteil sicher (Januar 1999: 69%, August 1999: 82%) als Personen mit mittlerem (Januar 1999: 82%, August 1999: 86%) oder hohem Bildungsgrad (Januar 1999: 86%, August 1999: 90%). Des Weiteren gilt: je älter, desto unsicherer. Befragte im Alter von über 60 Jahren verfügen über ein unterdurchschnittliches allgemeines Sicherheitsgefühl (Januar 1999: 74% fühlen sich sehr oder eher sicher, August 1999: 77%) genauso wie Nichterwerbstätige (Januar 1999: 73%) und Erwerbslose (Januar 1999: 65%).

Abbildung 4.1:



Die grosse Zahl von Schweizerinnen und Schweizern mit hohem Sicherheitsgefühl erweist sich im internationalen Vergleich keineswegs als selbstverständlich. 1995 gab in Deutschland beispielsweise die Hälfte der Bevölkerung (49.6%) an, sich bezüglich der sozialen und politischen Situation unsicher zu fühlen (Kolodziejczyk, 1998, S. 238).

Die soziodemographischen Unterschiede stehen hingegen in ziemlich gutem Einklang mit Ergebnissen aus Deutschland, Polen und Tschechien. So wurde der in der Schweiz konstatierte Geschlechtsunterschied im Sicherheitsempfinden in allen drei genannten Ländern ebenfalls gefunden. Zudem fühlen sich junge Tschechen und Deutsche sicherer als ältere (in Polen verhält es sich indessen genau umgekehrt!). Auch das höhere Sicherheitsgefühl der besser Gebildeten zeigte sich in allen drei Ländern (Kolodziejczyk, 1998, S. 261).



## 4.2 Spontane Assoziationen zum allgemeinen Begriff „Sicherheit“

Bereits 1991 wurde in einer repräsentativen Stichprobe von Deutsch- und Welschschweizern und –schweizerinnen die Frage gestellt, woran sie beim Begriff „Sicherheit“ dächten (zum genauen Wortlaut der Frage s. Tabelle 4.1). Vor allem zwei markante Veränderungen sind im Vergleich zu den Daten vom Januar 1999 festzustellen: Während vor acht Jahren noch die Verkehrs- und Strassensicherheit am häufigsten genannt wurde (von 22% der Befragten), nimmt dieser Aspekt 1999 nur noch eine nachgeordnete Stellung ein (lediglich 9% der Schweizerinnen und Schweizer assoziieren diesen Bereich mit Sicherheit). Abgelöst als vordringlichste Assoziation zum Begriff Sicherheit wurde die Verkehrs- und Strassensicherheit von der Kriminalität, an die 1999 beinahe jeder und jede Dritte dachte. Zum Vergleich: 1991 waren es nur 15% der Befragten gewesen, die auf dieselbe Fragestellung mit dem „Schutz vor Verbrechen“ antworteten. Seltener als vor acht Jahren wurde 1999 an die soziale Sicherheit (inkl. Alterssicherung/AHV) gedacht (13%, -7%). Ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten ergeben sich bezüglich der Nennung von Armee und Militär, welche 1991 noch von immerhin 13% der Befragten, 1999 jedoch lediglich noch von 4% vorgenommen wurde. Auch „Frieden“ bzw. „kein Krieg“ wurde 1991 (14%) noch deutlich öfter genannt als 1999 (6%). In Bezug auf die beiden letztgenannten Diskrepanzen ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Daten noch vor dem Krieg in Jugoslawien (März bis Juni) erhoben wurden. Es ist zumindest denkbar, dass die Assoziationen „Krieg/Frieden“ und „Armee/Militär“ zum jetzigen Zeitpunkt wieder deutlich häufiger gemacht würden.

Von ähnlich grosser Wichtigkeit wie schon 1991 – sofern die Häufigkeit der Assoziation als Indikator der Wichtigkeit gelten kann – sind 1999 die finanzielle Sicherheit (19%, -2%), der Bereich „Geborgenheit, Familie, Zuhause“ (13%, -2%), die Polizei als Garantin der inneren Sicherheit (17%, +3%) sowie die Sicherheit des Arbeitsplatzes (16%, +3%).

Unterteilt man die Assoziationen von 1999 zum Begriff „Sicherheit“ in zwei Kategorien, nämlich die persönliche, materielle Sicherheit auf der einen und die kollektive Sicherheit auf der anderen Seite (s. Tabelle 4.2) so fällt Folgendes auf: Von den zehn häufigsten Assoziationen stammen nicht weniger als sechs aus dem Bereich der persönlichen und materiellen Sicherheit. Innerhalb dieses Bereichs wiederum ist die Angst vor Kriminalität vorherrschend, erst mit einigem Abstand folgen Aspekte der materiellen Sicherheit. In der Gruppe der kollektiven Sicherheit dominiert mit der Nennung „Polizei“ der Gedanke der inneren Sicherheit gegenüber Anliegen einer auch nach aussen gerichteten Sicherheitspolitik (Armee, Militär, Frieden).

Vergleicht man verschiedene soziodemographische Gruppen, so lassen sich folgende Unterschiede feststellen: Die insgesamt am häufigsten erfolgte Assoziation „Kriminalität in der Schweiz“ wurde im Tessin (10%) deutlich seltener vorgenommen als in

Tabelle 4.1: Spontane Assoziationen zum Begriff „Sicherheit“ 1991 und 1999 (in Prozent der befragten Personen; in Klammern Anzahl Nennungen)

„Woran denken Sie beim Begriff „Sicherheit“? Können Sie spontan einige Stichwörter nennen?“			
1991		1999	
Assoziation	Häufigkeit	Assoziation	Häufigkeit
1. Verkehrs-, Strassen-sicherheit	22% (224)	1. Kriminalität in der Schweiz	32% (389)
2. Finanzielle, materielle Sicherheit	21% (215)	2. Finanzielle, materielle Sicherheit	19% (227)
3. Soziale Sicherheit, Alterssicherung/AHV	20% (197)	3. Polizei, innere Sicherheit	17% (198)
4. Geborgenheit, Familie, Zuhause	15% (155)	4. Arbeitsplatzsicherheit	16% (194)
5. Frieden, kein Krieg	14% (145)	5. Geborgenheit, Familie, Zuhause	13% (161)
6. Polizei	14% (141)	6. Soziale Sicherheit, Alterssicherung/ AHV	13% (150)
7. Persönliche Sicherheit, Schutz vor Verbrechen	14% (136)	7. Gewalt im Allgemeinen/ Gewaltabwehr	10% (125)
8. Arbeitsplatzsicherheit	13% (133)	8. Verkehr, Strassensicherheit	9% (112)
9. Armee, Militär	13% (131)	9. Politische Stabilität	9% (102)
10. Gesundheit	9% (88)	10. Frieden, kein Krieg	6% (71)
11. Schutz, keine Bedrohung	7% (74)	11. Überfremdung, Ausländer	5% (60)
12. Umweltschutz	7% (72)	12. Armee, Militär	4% (53)
13. Helm, Sicherheitgurten	7% (72)	13. Freiheit, Demokratie	4% (52)
14. Haus, Wohnung, Dach	7% (70)	14. Umweltschutz	4% (44)
N=1005 Total Nennungen= 2757		N=1201 Total Nennungen= 2325	

den beiden anderen Landesteilen (Deutschschweiz: 34%, französische Schweiz: 32%). Dagegen wird der wirtschaftlichen Sicherheit im Tessin und der Deutschschweiz hohe Priorität eingeräumt (Deutschschweiz: 22%, Tessin: 18%, frz. Schweiz: 9%). Die Sicherheit des Arbeitsplatzes wiederum assoziieren vor allem die Deutschschweizer (18%, frz. Schweiz: 13%, Tessin: 8%), während das Stichwort „Polizei/innere Sicherheit“ (27%, frz. Schweiz: 19%, Deutschschweiz: 15%) genauso wie die politische Stabilität (15%, Deutschschweiz: 10%, frz. Schweiz: 2%) im Tessin überdurchschnittlich häufig genannt wurde.

Zudem zeigen sich folgende Differenzen zwischen den Geschlechtern: Frauen nennen häufiger die Familie (16% versus 11% der Männer) und bezeichnenderweise die Abwehr von allgemeiner Gewalt (13% versus 8%). Männern fällt dagegen öfter das Militär ein (7% versus 2%).

Auch einige Altersunterschiede sind zu nennen: Personen im Alter von über 60 Jahren geben seltener die Stichwörter Arbeitsplatz (18-29 Jahre: 16%, 30-59 Jahre: 19%, 60+ Jahre: 9%) und finanzielle Sicherheit an (18-29 Jahre: 19%, 30-59 Jahre: 21%, 60+ Jahre: 13%), dafür hat bei ihnen die Kriminalität höhere Priorität (18-29 Jahre: 26%, 30-59 Jahre: 32%, 60+ Jahre: 40%).

Schliesslich seien noch die unterschiedlichen Gewichtungen entsprechend der politischen Einstellung der Befragten genannt: Wer sich politisch eher nach rechts orientiert, assoziiert zur Vorgabe Sicherheit häufiger die Kriminalität (38%, Mitte: 34%, links: 26%). Personen, die sich links positionieren, ist die soziale Sicherheit ein grösseres Anliegen (20%, Mitte: 10%, rechts: 10%) sowie die Verhinderung von Krieg bzw. Förderung von Frieden (9%, Mitte: 5%, rechts: 4%).

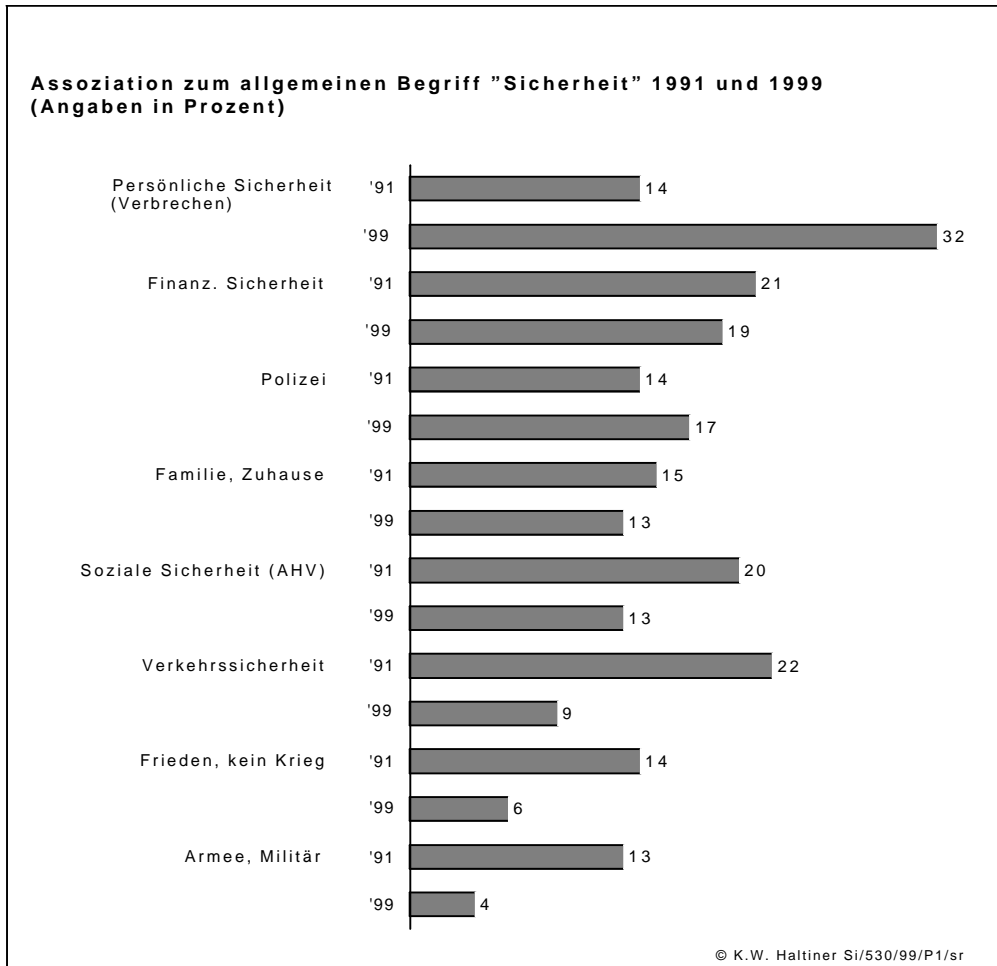
Zusammenfassend kann Folgendes festgehalten werden: Die verschiedenen „Sicherheitsthemen“ scheinen im Zeitverlauf unterschiedlich starken Schwankungen zu unterliegen (s. Abbildung 4.2). So wurden die Assoziationen „finanzielle Sicherheit“, „Arbeitsplatzsicherheit“ und „Geborgenheit“ aus dem individuellen Bereich sowie die Assoziation „Polizei“ aus dem kollektiven Bereich 1991 und 1999 in ähnlichem Ausmass gemacht. Andere Themen wie die Verkehrssicherheit, deren Nennungshäufigkeit 1999 deutlich geringer ist, oder die Kriminalität, welche 1999 das aktuelle Sicherheitsthema schlechthin zu sein scheint, sind offenbar stärkeren Veränderungen ausgesetzt.

Der Begriff „Sicherheit“ löst bei Schweizerinnen und Schweizern in erster Linie Assoziationen zur persönlichen Sicherheit (physisch oder materiell) aus. Assoziationen zur kollektiven Sicherheit bleiben häufiger auf die innere Sicherheit (Polizei) beschränkt, als dass sie einen internationalen Zusammenhang herstellen würden (Armee, Frieden).

*Tabelle 4.2: Spontane Assoziationen zum Begriff „Sicherheit“ 1999 unterteilt in die Kategorien persönlich-materielle und kollektive Sicherheit*

„Woran denken Sie beim Begriff „Sicherheit“. Können Sie mir spontan einige Stichwörter nennen?“ (Die erste Ziffer nennt den Rang der Assoziation; in Klammern Anzahl Nennungen)		
1. Kriminalität	} <b>Persönliche materielle Sicherheit</b>	(389)
2. Finanzielle, materielle Sicherheit		(227)
4. Arbeitsplatzsicherheit		(194)
5. Geborgenheit, Familie, Zuhause		(161)
6. Soziale Sicherheit, Alterssicherung/AHV		(150)
8. Verkehr, Strassensicherheit		(112)
3. Polizei, innere Sicherheit	} <b>kollektive Sicherheit</b>	(198)
7. Gewalt im Allgemeinen/Gewaltabwehr		(125)
9. Politische Stabilität		(102)
10. Frieden, kein Krieg		(71)
11. Überfremdung, Ausländer		(60)
12. Armee, Militär		(53)
13. Freiheit, Demokratie		(52)
14. Umweltschutz		(44)

Abbildung 4.2:



In Zusammenhang mit der offensichtlichen Aktualität des Themas Kriminalität interessiert, ob sie ihr reales Gegenstück in einer tatsächlich erhöhten Kriminalitätsrate findet. Zu diesem Zweck kann die polizeiliche Kriminalstatistik herangezogen werden (Bundesamt für Polizeiwesen, 1998). Ein Vergleich der beiden Jahre 1991 und 1998 weist eine höhere Gesamtzahl an erfassten Straftaten für das Jahr 1991 aus (359'000 versus 332'000 im Jahre 1999). Auch ist in dem für die Befragung von 1991 relevanten Zeitraum 1989-1990 ein Anstieg der Gesamtzahl erfasster Straftaten von 7% zu registrieren, während zwischen 1997 und 1998 eine Abnahme zu verzeichnen ist. Herausgegriffen seien die zwei häufigsten erfassten Straftaten: Fahrzeugdiebstahl (1989-1990: Zunahme um +1753 versus 1997-1998: Abnahme um -5750) und

Einbruch (1989-1990: Zunahme um +6712 versus 1997-1998: Zunahme um +857). Die Spitzenstellung der Assoziation „Kriminalität“ im Jahre 1999 lässt sich also nicht durch eine tatsächlich höhere erfasste Kriminalitätsrate im Vergleich zu 1991 erklären.

### **4.3 Assoziationen zum staatlich-gesellschaftlichen Sicherheitsbegriff**

Im Anschluss an die Frage „Woran denken Sie beim Begriff Sicherheit?“ wurde die Frage „Wie ist denn das für unsere Gesellschaft, unseren Staat als Ganzes?“ „Was bedeutet hier für Sie Sicherheit?“ gestellt. Diese zweite Frage zielt darauf ab, die befragten Personen gedanklich von den stärker persönlich gefärbten zu den allgemeingültigen Sicherheitsthemen zu führen. Tabelle 4.3 zeigt die Ergebnisse dieser Fragestellung für die Jahre 1991 und 1999.

Während 1991 noch die Armee klar an erster Stelle figuriert und von über einem Viertel der befragten Personen genannt wird, sind es 1999 nur noch 11%, die zur gesellschaftlichen bzw. staatlichen Sicherheit die Armee assoziieren. Mit Blick auf die Tatsache, dass der Kalte Krieg 1991 ein Jahr, 1999 aber beinahe ein Jahrzehnt zurückliegt, vermag dieser Sachverhalt kaum zu erstaunen. Neu ist 1999 auch die prominente Stellung der politischen Stabilität als Sicherheitsspenderin (von 18% genannt). Sie ist wohl am ehesten mit der 1991 an achter Stelle liegenden Assoziation „gute Regierung“ zu vergleichen, die damals aber nur für 8% eine Rolle spielte. Seltener erwähnt werden 1999 die Stichwörter „Frieden bzw. kein Krieg“, dies wohl ein Spiegel der geringeren Assoziationshäufigkeit „Armee/Militär“. Die weiter oben bereits gemachte Einschränkung den Erhebungszeitpunkt betreffend – vor dem Krieg in Jugoslawien – gilt auch hier.

Im Vergleich zu 1991 ist die Polizei im Zusammenhang mit der staatlich-gesellschaftlichen Sicherheit von unveränderter Bedeutung (19%, +2%). Auch die Wirtschaftslage wird zu beiden Befragungszeitpunkten am dritthäufigsten genannt, genau gleich wie die soziale Sicherheit, die auf Rang vier liegt. In beiden Jahren finden auch die Arbeitsplatzsicherheit und das Leben in einer freiheitlichen Demokratie in ähnlichem Ausmass Erwähnung.

*Tabelle 4.3: Assoziationen zur staatlich-gesellschaftlichen Sicherheit, die von mindestens fünf Prozent der befragten Personen in den Jahren 1991 und 1999 gemacht wurden (Mehrfachnennungen möglich)*

„Wie ist das für unsere Gesellschaft, unseren Staat als Ganzes? Was bedeutet da für Sie 'Sicherheit'? Können Sie mir wieder einige Stichwörter nennen?“					
1991			1999		
Assoziation	Häufigkeit		Assoziation	Häufigkeit	
1. Armee, Militär	27%	(267)	1. Polizei	19%	(231)
2. Polizei	17%	(171)	2. Politische Stabilität	18%	(220)
3. Gute Wirtschaftslage	14%	(141)	3. Wirtschaftliche Sicherheit	18%	(212)
4. Soziale Sicherheit	11%	(111)	4. Soziale Sicherheit	16%	(186)
5. Frieden/kein Krieg	10%	(108)	5. Armee, Militär	11%	(132)
6. Neutralität	10%	(105)	6. Kriminalität	9%	(112)
7. Gute Regierung	8%	(80)	7. Arbeitsplatzsicherheit	7%	(87)
8. Arbeitsplatzsicherheit	7%	(74)	8. Freiheit/ Demokratie	6%	(69)
9. Demokratie	7%	(69)	9. Frieden/kein Krieg	5%	(64)
10. Schutz nach aussen	6%	(60)			
11. Datenschutz	5%	(50)			
12. Umweltschutz	5%	(64)			
N=1005			N=1201		
Total der Nennungen= 2328			Total der Nennungen= 2325		

Tabelle 4.4 gibt uns die Möglichkeit, die allgemeinen Spontanassoziationen zum Begriff Sicherheit mit den Assoziationen zur staatlich-gesellschaftlichen Sicherheit zu vergleichen. Einige Verschiebungen sind hierbei festzustellen: So nimmt die Assoziation Kriminalität in Bezug auf die staatlich-gesellschaftliche Sicherheit eine weit weniger prominente Position ein als in der Rangreihe der zuerst gemachten Assoziationen zum allgemeinen Begriff der Sicherheit. Zum allgemeinen Sicherheitsbegriff werden auch die Arbeitsplatzsicherheit, die Abwehr von Gewalt, die Verkehrs- und Strassensicherheit sowie erwartungsgemäss der Aspekt „Familie, Geborgenheit, Zuhause“ deutlich häufiger genannt. Genau umgekehrt verhält es sich mit der politischen Stabilität: Diese wird weit häufiger im Zusammenhang mit der staatlich-gesellschaftlichen Sicherheit erwähnt, was so auch für die Assoziation „Armee/Militär“ festgehalten werden kann. Interessanterweise nimmt dagegen die Polizei

sowohl bei den Assoziationen zum allgemeinen, stärker persönlich gefärbten, wie zum staatlich-gesellschaftlichen Sicherheitsaspekt eine Spitzenstellung ein. Die individuelle, finanziell-materielle Sicherheit findet ihre Entsprechung in der Assoziation „wirtschaftliche Sicherheit“. Auch die soziale Sicherheit wird bei beiden Sicherheitsbegriffen etwa gleich häufig erwähnt. Allerdings muss einschränkend festgehalten werden, dass dem Vergleich, wie ihn Tabelle 4.4 darstellt, eine gewisse Künstlichkeit

*Tabelle 4.4: Rangreihe der Assoziationen zum allgemeinen Begriff Sicherheit und zur Sicherheit in Bezug auf die Gesellschaft und den Staat (in Prozent der befragten Personen) 1999*

„Woran denken Sie beim Begriff Sicherheit?“			„Wie ist das für die Gesellschaft, den Staat als Ganzes? Was bedeutet hier für Sie Sicherheit?“		
Assoziation	Häufigkeit		Assoziation	Häufigkeit	
	%	absolut		%	absolut
1. Kriminalität	32%	(389)	1. Polizei	19%	(231)
2. Finanzielle, materielle Sicherheit	19%	(227)	2. Politische Stabilität	18%	(220)
3. Polizei, innere Sicherheit	17%	(198)	3. Wirtschaftliche Sicherheit	18%	(212)
4. Arbeitsplatzsicherheit	16%	(194)	4. Soziale Sicherheit	16%	(186)
5. Geborgenheit, Familie, Zuhause	13%	(161)	5. Armee, Militär	11%	(132)
6. Soziale Sicherheit, Alterssicherung/ AHV	13%	(150)	6. Kriminalität	9%	(112)
7. Gewalt im Allgemeinen/ Gewaltabwehr	10%	(125)	7. Arbeitsplatzsicherheit	7%	(87)
8. Verkehr, Strassen-sicherheit	9%	(112)	8. Freiheit/Demokratie	6%	(69)
9. Politische Stabilität	9%	(102)	9. Frieden/kein Krieg	5%	(64)
10. Frieden, kein Krieg	6%	(71)	10. Geborgenheit, Familie, Zuhause	5%	(59)
11. Überfremdung, Ausländer	5%	(60)	11. Gewalt im Allgemeinen/ Gewaltabwehr	5%	(57)
12. Armee, Militär	4%	(53)	12. Überfremdung/ Ausländer	5%	(55)
13. Freiheit, Demokratie	4%	(52)	13. Asylsuchende	3%	(41)
14. Umweltschutz	4%	(44)	14. Neutralität	3%	(37)



N=1201	N=1201
--------	--------

anhafte, da die Befragten zum Zeitpunkt des Assoziierens zur „Sicherheit im Allgemeinen“ nicht wissen, dass sie anschliessend noch zur staatlich-gesellschaftlichen Sicherheit befragt werden. Mit anderen Worten: Die Unterschiede in Tabelle 4.4 könnten bis zu einem gewissen Grad auch ein Effekt der Reihenfolge der Fragestellung sein.

Auch bei den Assoziationen zur staatlich-gesellschaftlichen Sicherheit sind einige Unterschiede nach soziodemographischen Gruppen auszumachen und zwar in erster Linie, was die drei Landesteile angeht: So werden Kriminalität (frz. Schweiz: 15%, Tessin: 13%, Deutschschweiz: 7%) und Polizei (frz. Schweiz: 25%, Deutschschweiz: 18%, Tessin: 5%) besonders häufig in der französischen Schweiz genannt. Auch die Arbeitsplatzsicherheit wird als Aspekt der staatlich-gesellschaftlichen Sicherheit im welschen Landesteil besonders oft assoziiert (13%, Deutschschweiz: 6%, Tessin: 2%). Die politische Stabilität dagegen nimmt in der deutschen und italienischen Schweiz eine wichtigere Stellung ein als in der französischen Schweiz (Tessin: 22%, Deutschschweiz: 22%, frz. Schweiz: 6%). An die Armee wiederum wird in der deutschen und französischen Schweiz häufiger gedacht als im Tessin (frz. Schweiz: 12%, Deutschschweiz: 11%, Tessin: 3%).

#### 4.4 Zur Wahrnehmung von „Sicherheit“

Eine weitere Möglichkeit, die Assoziationen zum Begriff Sicherheit zu gliedern, besteht darin, dass man die Teilbereiche „gesellschaftliche“ und „allgemeine“ Sicherheit zusammenfasst, d.h., als zwei Seiten ein und desselben Sicherheitsbegriffs betrachtet. Gleichlautende Assoziationen zum allgemeinen und zum gesellschaftlichen Sicherheitsbegriff werden somit zusammengezählt. Dabei ergibt sich die untenstehende Rangliste (Tabelle 4.5).

Tabelle 4.5 zeigt grosse Übereinstimmungen mit den in Tabelle 4.1 aufgelisteten Assoziationen zur allgemeinen Sicherheit. So stimmen die ersten vier Ränge exakt überein. Von grösserer Bedeutung sind in der zusammenfassenden Darstellung in Tabelle 4.5 die Assoziationen „politische Stabilität“ und „Militär, Armee“.

*Tabelle 4.5: Gesamthäufigkeit der Assoziationen zu den Stichwörtern „Sicherheit“ und „staatlich-gesellschaftliche Sicherheit“*

Rang	Assoziation	Anzahl Personen, die Assoziation mindestens einmal gemacht haben	Prozentsatz der Gesamtstichprobe von N=1201
1	Kriminalität	441	39%
2	Wirtschaftliche/ finanzielle Sicherheit	374	33%
3	Polizei	365	32%
4	Arbeitsplatzsicherheit/ Arbeitslosigkeit	301	27%
5	Soziale Sicherheit/ AHV/ Alterssicherung	296	26%
6	Politische Stabilität	285	25%
7	Familie	204	18%
8	Militär	166	15%
9	Gewalt	159	14%
10	Verkehr	133	12%
11	Krieg/ Frieden	124	11%
12	Freiheit/ Demokratie	112	10%
13	Überfremdung/ Ausländer	105	9%
14	Asylsuchende	63	6%

## **4.5 Die Suche nach charakteristischen Assoziationsmustern**

Als Methode zur Identifizierung von Personen mit ähnlichen Sicherheitsassoziationen bietet sich das Verfahren der Clusteranalyse an. Wir wählten ein zweistufiges Verfahren: In einem ersten Schritt wurde aufgrund der gemachten Assoziationen eine hierarchische Clusteranalyse (Ward-Methode) durchgeführt. Die dabei ermittelte Lösung wurde anschliessend noch mit der k-Means-Methode (Prozedur SPSS QUICK CLUSTER) verfeinert. Details zur methodischen Vorgehensweise finden sich im Anhang II. Als Basis der Clusteranalyse dienen die zusammengefassten Sicherheitsassoziationen (vgl. Abschnitt 4.4).

Als plausibelste Lösung zeigte sich eine Aufteilung der Stichprobe in vier Gruppen. Diese vier Gruppen unterscheiden sich jeweils durch charakteristische Assoziationen. Eine erste, relativ grosse Gruppe von Personen (n=390) assoziiert vor allem Kriminalität und Gewalt mit dem Begriff der Sicherheit. Auch die Überfremdung wird hier überdurchschnittlich häufig genannt. Von der soziodemographischen Zusammensetzung her sind in dieser Gruppe im Vergleich zur Gesamtstichprobe signifikant häufiger Personen im Alter von über 60 Jahren anzutreffen. Zudem finden sich unter diesen Personen überdurchschnittlich viele, die von ihrer politischen Orientierung her rechts stehen.

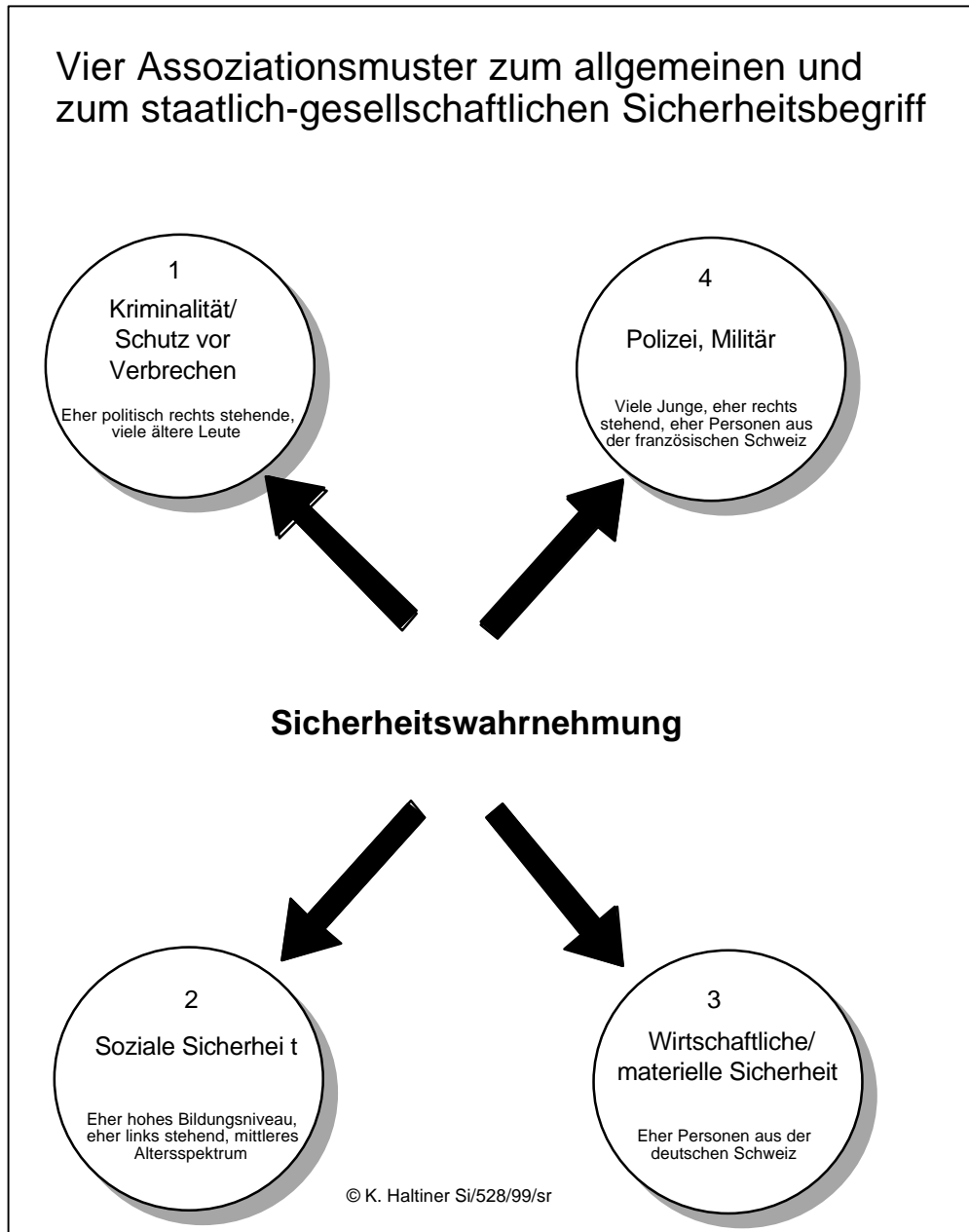
Den Personen der zweiten auszumachenden Gruppe (n=184) liegt vordringlich die soziale Sicherheit und ein sicherer Arbeitsplatz am Herzen. Wichtig ist ihnen aber auch die Familie als Sicherheitsspenderin. In dieser Gruppe sind relativ gut gebildete, politisch links stehende und Personen im mittleren Altersspektrum (30-59 Jahre) übervertreten.

Eine dritte Gruppe (n=256) ist vor allem an der materiellen Sicherheit interessiert. Hier steht im Gegensatz zur zweiten Gruppe die eigene finanzielle Absicherung und die Arbeitsplatzsicherheit im Vordergrund. In dieser Gruppe sind überproportional viele Deutschschweizer zu finden.

Eine letzte Gruppe (n=309) assoziiert mit dem Begriff Sicherheit in erster Linie die Polizei und in zweiter das Militär. In dieser Gruppe sind überdurchschnittlich viele der 18-29-Jährigen vertreten und ein überproportionaler Anteil von Personen aus der Romandie. Politisch orientieren sich überdurchschnittlich viele Personen dieser Gruppe nach rechts.

Hinter den Ranglisten, wie sie die Tabellen 4.1 bis 4.5 darstellen, verbergen sich also vier deutlich voneinander unterscheidbare charakteristische Assoziationsmuster zum Begriff der Sicherheit, was durch Abbildung 4.3 noch einmal verdeutlicht werden soll.

Abbildung 4.3:



## **5 WAHRNEHMUNG DER SCHWEIZ UND DER WELT**

### **5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz**

Nachdem noch 1997 nur knapp über die Hälfte der Befragten der näheren Zukunft der Schweiz mit Optimismus entgegensah, waren es 1998 bereits 60%. Im Januar 1999 neigen 68% (+8%) zu einer optimistischen Zukunftseinschätzung (Abbildung 5.1). Insgesamt hält also der seit dem Einbruch von 1996 zu beobachtende Erholungstrend in der optimistischen Zukunftseinschätzung an. Von diesem Mittelwert weichen Personen mit tieferem Bildungsgrad ab, welche deutlich weniger zuversichtlich, nämlich zu bloss 60% mit Optimismus in die Zukunft blicken. Im Vergleich zu den beiden anderen Landesteilen wird die Zukunft der Schweiz im französischen Landesteil von weniger Personen optimistisch eingeschätzt (60%). Es kann spekuliert werden, ob dies mit der schlechteren wirtschaftlichen Lage der welschen Schweiz zu tun hat oder mit den traditionell festzustellenden Differenzen zwischen Romands und Deutschschweizern hinsichtlich dem für die Schweiz nötigen Grad der Öffnung gegenüber dem Ausland.

### **5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage**

Im Vergleich zum Vorjahr sind nennenswerte Veränderungen bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage zu verzeichnen und zwar in der Augustbefragung (Abbildung 5.2). In dieser gehen 56% der Befragten von einer Verbesserung und Entspannung in den nächsten fünf Jahren oder von einer gleichbleibenden Lage aus (1998: 49%). Noch in der Januarbefragung waren es lediglich 48% gewesen. Hier dürfte wohl eine gewisse Erleichterung über das Ende des Jugoslawienkrieges zum Emporschnellen dieses Wertes beigetragen haben. Interessanterweise ist dieser Zuwachs an positiver Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage bei den Männern – 61% glauben an eine stabile oder sich bessernde Entwicklung – in stärkerem Ausmass zu konstatieren als bei den Frauen. Von letzteren glauben lediglich 51% an eine stabile oder sich verbessernde weltpolitische Lage ( $\chi^2$ -Test nach Pearson:  $\chi^2=7.48$ ,  $df=2$ ,  $p<.05$ ;  $\gamma=0.14$ ). Die Einschätzung der zukünftigen weltpolitischen Lage hängt zudem mit dem Bildungsniveau der befragten Personen zusammen: So sind beispielsweise im August 1999 62% der Personen mit hohem Bildungsniveau von einer Stabilisierung bzw. einer sich verbessernden weltpolitischen Lage überzeugt, gegenüber nur 49% der Personen mit tiefem Bildungsniveau ( $\chi^2$ -Test nach Pearson:  $\chi^2=16.01$ ,  $df=4$ ,  $p<.01$ ).

Abbildung 5.1:

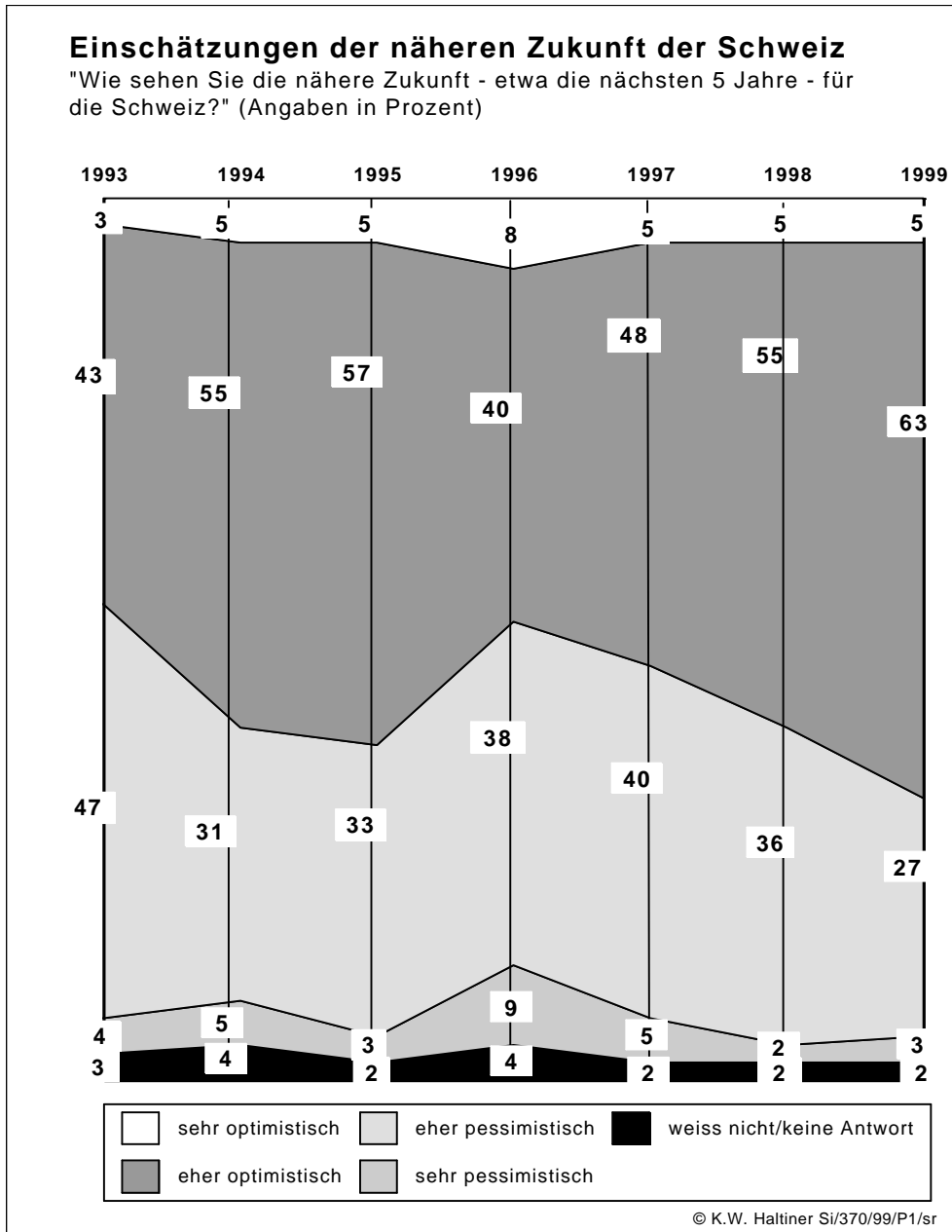
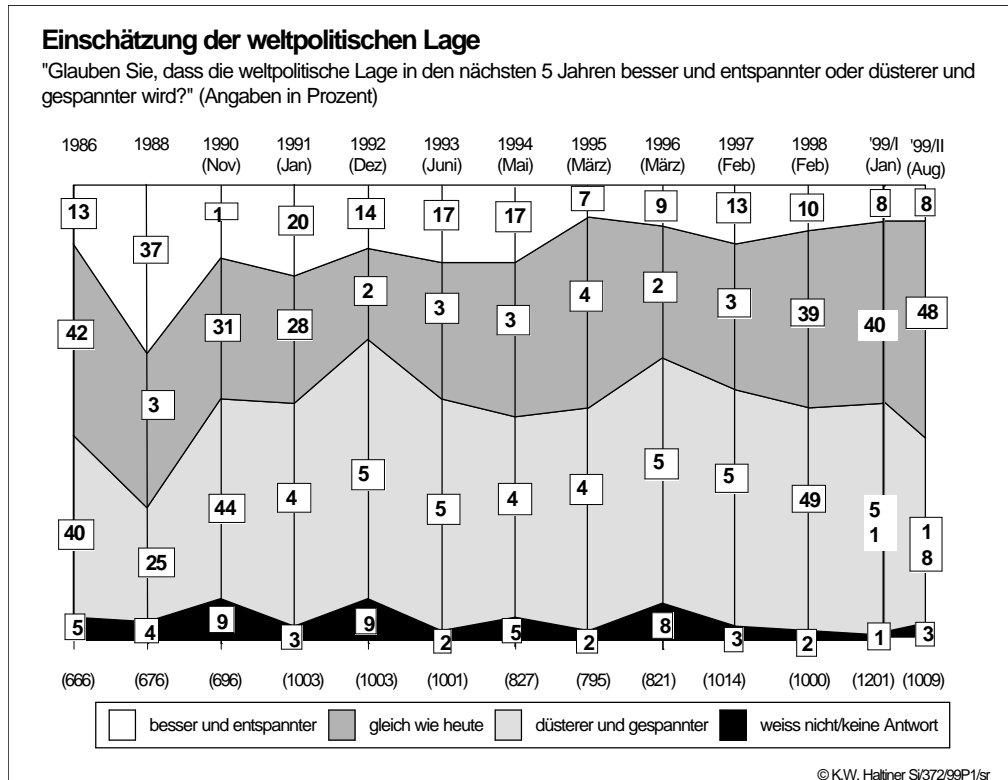


Abbildung 5.2:



### 5.3 Bedrohungswahrnehmung und Einstellung zur Landesverteidigung

Zwischen der Einschätzung der Zukunft der Schweiz und der Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage besteht ein enger statistischer Zusammenhang ( $\gamma = 0.53$ ). Keine Zusammenhänge bestehen jedoch zwischen der Einschätzung der Binnenbefindlichkeit sowie der Weltlage und verschiedenen Einstellungen zur Landesverteidigung (Armeeakzeptanz, Wehrstruktur, Verteidigungsausgaben). Es kann also nicht gesagt werden, dass Personen, welche die Zukunft der Schweiz oder die Entwicklung der weltpolitischen Lage pessimistischer beurteilen, sich durch eine höhere Armeeakzeptanz auszeichnen. Es gilt hier, was schon in früheren unserer Studien zu

konstatieren war: Nicht die Bedrohungswahrnehmung, sondern das innenpolitische Geschehen bestimmt in erster Linie den Grad an Armeeakzeptanz (vgl. Haltiner, 1995). Hingegen ist nicht auszuschliessen, dass der Krieg in Jugoslawien der Armeeakzeptanz ebenfalls Aufschub gegeben hat (vgl. Abschnitt 10.3).



## 6 VERTRAUEN IN BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN

### 6.1 Vertrauensindex

Der Vertrauensindex ermittelt die Vertrauensintensität auf einer von 1 bis 10 Punkten reichenden Skala (Tabelle 6.1). Der Wert 1 steht dabei für „überhaupt kein Vertrauen“, der Wert 10 für „volles Vertrauen“ in die jeweilige Institution. Der Index gibt den Mittelwert der Antwortenden wieder.

Befragt nach dem Vertrauen, das sie sechs verschiedenen Institutionen schenken (Bundesrat, Parlament, Polizei, Armee, Medien, Schweizer Wirtschaft), verteilen Schweizerinnen und Schweizer wie in den vergangenen Jahren hohe Werte an die Garanten der inneren (Polizei) und äusseren Sicherheit (Armee). Der seit 1997 nach dem Einbruch von 1995 wieder zu verzeichnende Vertrauenszuwachs in den Bundesrat und das eidgenössische Parlament setzt sich auch 1999 fort. Ebenfalls deutlich an Vertrauen dazu gewonnen hat zudem die Schweizer Wirtschaft. Weiterhin geniessen von allen erfragten Institutionen die Medien das geringste Vertrauen.

*Tabelle 6.1: Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1995-1999*

*Rangierung nach Mittelwerten auf einer Skala 1-10 (1=kein Vertrauen, 10=volles Vertrauen)*

	1995	1997	1998	1999	Saldo 98/99
Bundesrat	6.01	5.49	5.82	6.45	0.65
Eidg. Parlament	5.40	5.17	5.37	5.90	0.53
Gerichte allgemein	6.29	-	6.34	-	-
Polizei	6.95	6.47	6.54	6.70	0.14
Armee	6.20	6.13	6.18	6.14	-0.04
Medien	5.90	4.84	4.80	4.79	-0.01
Schweizer Wirtschaft	-	5.60	5.65	6.26	0.61

© K.W. Haltiner 397/99/sr

## 6.2 Institutionenvertrauen und Sicherheitsempfinden

Zwischen dem Vertrauen in die Behörden und dem allgemeinen Sicherheitsgefühl sowie der Zukunftseinschätzung der Schweiz besteht ein Parallelzusammenhang: Hohes Sicherheitsgefühl bzw. steigende Zukunftszuversicht und erhöhtes Institutionenvertrauen gehen Hand in Hand. Dies gilt gemessen an den Zusammenhangsstärken in erster Linie für den Bundesrat ( $\gamma = 0.29$  bzw.  $\gamma = 0.39$ ) und das eidgenössische Parlament ( $\gamma = 0.25$  bzw.  $\gamma = 0.28$ ; vgl. Tabelle 6.2). Gewisse Zusammenhänge bestehen auch zwischen dem Institutionenvertrauen und der Befürwortung eines EU-Beitritts und zwar in positiver Richtung vor allem beim Bundesrat und den Medien und in negativer Richtung beim Militär. Das heisst also, dass grosses Vertrauen in den Bundesrat und die Medien mit einer stärkeren Befürwortung eines EU-Beitritts einhergehen, während Personen, die dem Militär stark vertrauen, einen EU-Beitritt tendenziell eher ablehnen.

*Tabelle 6.2: Zusammenhangswerte zwischen dem Institutionenvertrauen, dem Sicherheitsgefühl, dem Zukunftsoptimismus und der Befürwortung eines EU-Beitritts (Gamma-Werte)*

	Sicherheitsgefühl	Zukunftsoptimismus	Befürwortung EU Beitritt
Bundesrat	.29	.39	.21
Eidg. Parlament	.25	.28	.14
Polizei	.11	.17	-.05*
Armee	-.02*	-.09	-.19
Medien	.15	.15	.25
Schweizer Wirtschaft	.15	.21	-.03

\*= $p > .05$

© K.W. Haltiner Si/418/99/sr

## **7 INTERNATIONALE ÖFFNUNG VERSUS NATIONALE AUTONOMIE – DIE WAHRNEHMUNG AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER OPTIONEN**

### **7.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage**

Für die Ermittlung des Grades an internationaler Kooperationswilligkeit in der schweizerischen Bevölkerung wurde 1993 ein Index entwickelt, der seither für die Trendermittlung in unseren Befragungsstudien „Sicherheit“ Verwendung findet (vgl. Haltiner & Spillmann, 1994). Ihm liegt die folgende Überlegung zugrunde:

Theoretisch ist ein Einstellungskontinuum in der Bevölkerung denkbar, das von einer maximalen Öffnungswilligkeit der Schweiz bis hin zu einer maximalen Autonomiebetonung reicht. Wer den Beitritt des Landes zu supra- bzw. internationalen Institutionen (in unserem Fall: EU, UNO, NATO) gutheisst, kann als maximal öffenungsbereit gelten. Umgekehrt: Wer die Meinung vertritt, die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen jeglicher Art fernhalten, kann als maximal autonomiebetonend gelten.

Zwischen diesen gegensätzlichen Extrempositionen sind sinnvolle mindere Grade an Öffnungsbereitschaft bzw. Autonomiebetonung denkbar. Ein geringerer Grad an Öffnungsbereitschaft manifestiert sich beispielsweise in der Bereitschaft, den Beitritt der Schweiz zu bestimmten Institutionen (z.B. der UNO, der EU oder der NATO) gutzuheissen, zu anderen hingegen nicht. Als noch geringer ist ein Grad an Öffnungsbereitschaft zu bezeichnen, der anstelle von Beitritten nur eine autonome Annäherung der Schweiz an Institutionen billigt (z.B. durch Nachvollzug von wirtschaftspolitischen Massnahmen, durch einseitige Anpassung von Recht).

Auf der anderen Seite unterscheidet sich eine mildere Autonomiebetonung von einer maximalen beispielsweise durch die Forderung, die Schweiz solle *möglichst* unabhängig bleiben, mit anderen Worten, die Beibehaltung nationaler Souveränität sei zu optimieren, nicht zu maximieren. Eine Annäherung oder gar ein Beitritt zu einzelnen supra- bzw. internationalen Institutionen wird dabei nicht ausgeschlossen.

Die Neutralitätsauffassung der Befragten – so die Hypothese – kann als eine Art Scharnier definiert werden, das den Winkel der Öffnungs- bzw. der Autonomieperspektive bestimmt. Zu erwarten ist, dass wer eine Öffnung der Schweiz fordert, eher den Verzicht auf die Neutralität oder eine differenzielle Neutralität (klare Stellungnahme der Schweiz bei politischen, nicht jedoch bei militärischen Konflikten) billigt,

als wer sich für das Festhalten an der nationalen Souveränität unter Verzicht auf internationale Bindungen ausspricht.

Mit anderen Worten: Das in der folgenden Abbildung 7.1 dargestellte Kontinuum geht von der Vermutung aus, dass die Frage „Öffnung versus Autonomie der Schweiz“ in der befragten Bevölkerung nicht Entweder-oder-, sondern Sowohl-als-auch-Charakter hat. Die Öffnungsbereitschaft der Bevölkerung lässt sich deshalb auch nicht mit einer Einzelfrage, beispielsweise nach der Willigkeit der EU beizutreten, angemessen erfassen und wiedergeben. Eine Öffnungsbereitschaft verschiedener Grade lässt sich mit unterschiedlichen Graden der Autonomie- und Neutralitätsbetonung vereinbaren.

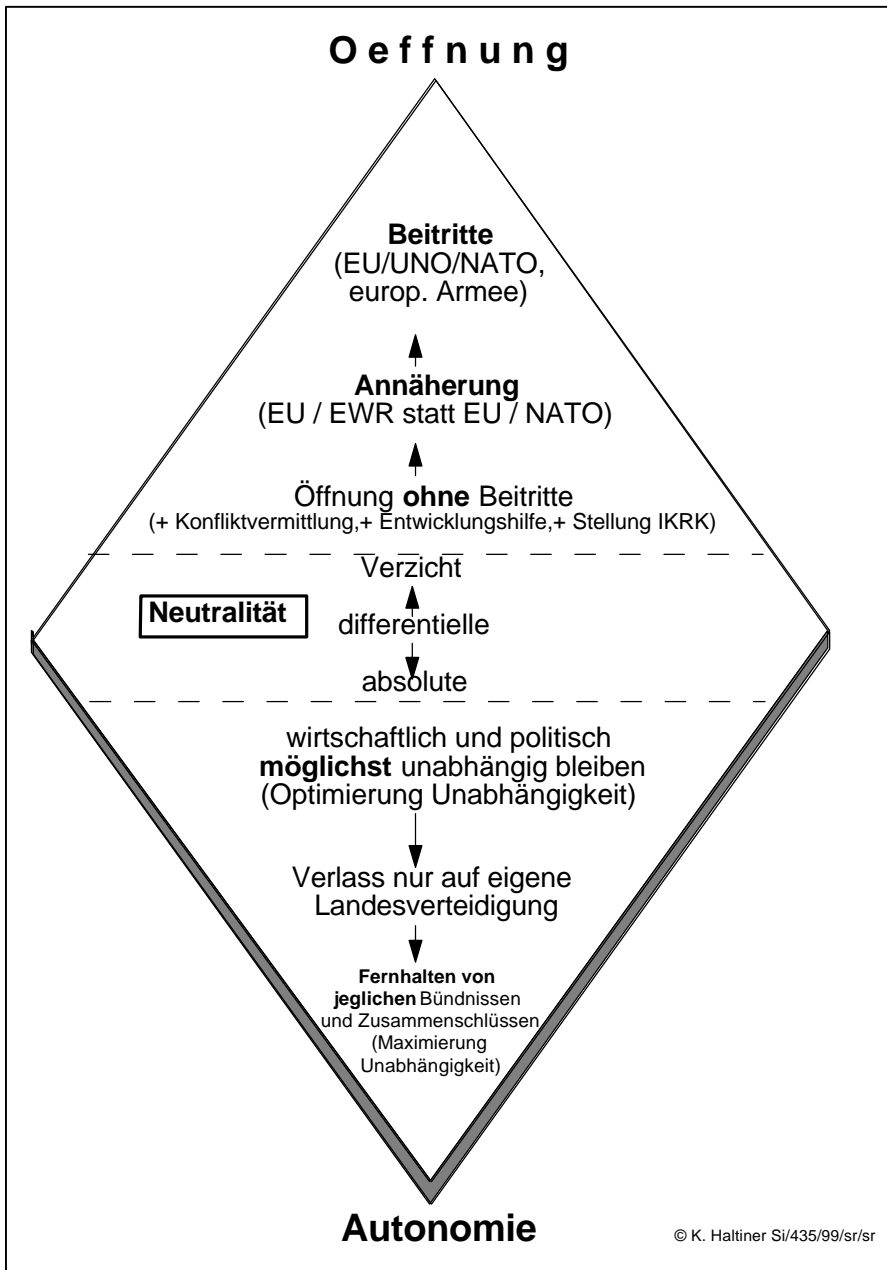
Der Ermittlung des Grades an Öffnungsbereitschaft bzw. Autonomiebetonung dienen seit 1993 insgesamt 19 Fragen, sogenannte Indikatoren. Sie alle sind als Zielvorgaben formuliert („Die Schweiz sollte...“). Sieben der 19 aussenpolitischen Postulate wurden bereits im Jahre 1989 und 1991 erfragt, die Vorgabe zur Beibehaltung der Neutralität schon 1983. Sie dienen als Grundlage für die Bildung einer Typologie der internationalen Kooperationswilligkeit. Die methodischen Grundlagen der Typologie finden sich im Anhang I.

## **7.2 Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend**

Die 19 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Willigkeit zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung bzw. Beitritt zur EU bzw. zum EWR (Abbildung 7.2) sowie zur NATO bzw. zur UNO (Abbildung 7.3),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (Abbildung 7.4),
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (Abbildung 7.5),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (Abbildung 7.6).

Abbildung 7.1: Einstellungskontinuum mit den beiden Polen „Öffnung“ und „Autonomie“



### **7.3 Internationale Kooperation durch Bindung und Annäherung: EU, EWR und die Frage der europäischen Armee**

Im Vergleich zu 1997 und 1998 bleibt die seit jeher hohe Annäherungsbereitschaft an die EU mit einem Anteil von 69% der Befragten in diesem Jahr mehr oder weniger stabil (+2%). Einen *EU-Beitritt* befürworten im Januar 1999 53%, was bereits dem höchsten Stand seit 1997 entspricht (1998: 50%). Im August 1999 sind es gar 57%, die einem EU-Beitritt zustimmen. Wird die Beitrittsfrage auf einen fiktiven Abstimmungszeitpunkt in 10 Jahren verlegt, so prognostizieren 79% – 10% mehr als 1997! – eine Mehrheitszustimmung für einen EU-Beitritt. Offenbar wächst in der schweizerischen Bevölkerung das Gefühl für die Unausweichlichkeit der Teilnahme an der europäischen Integration.

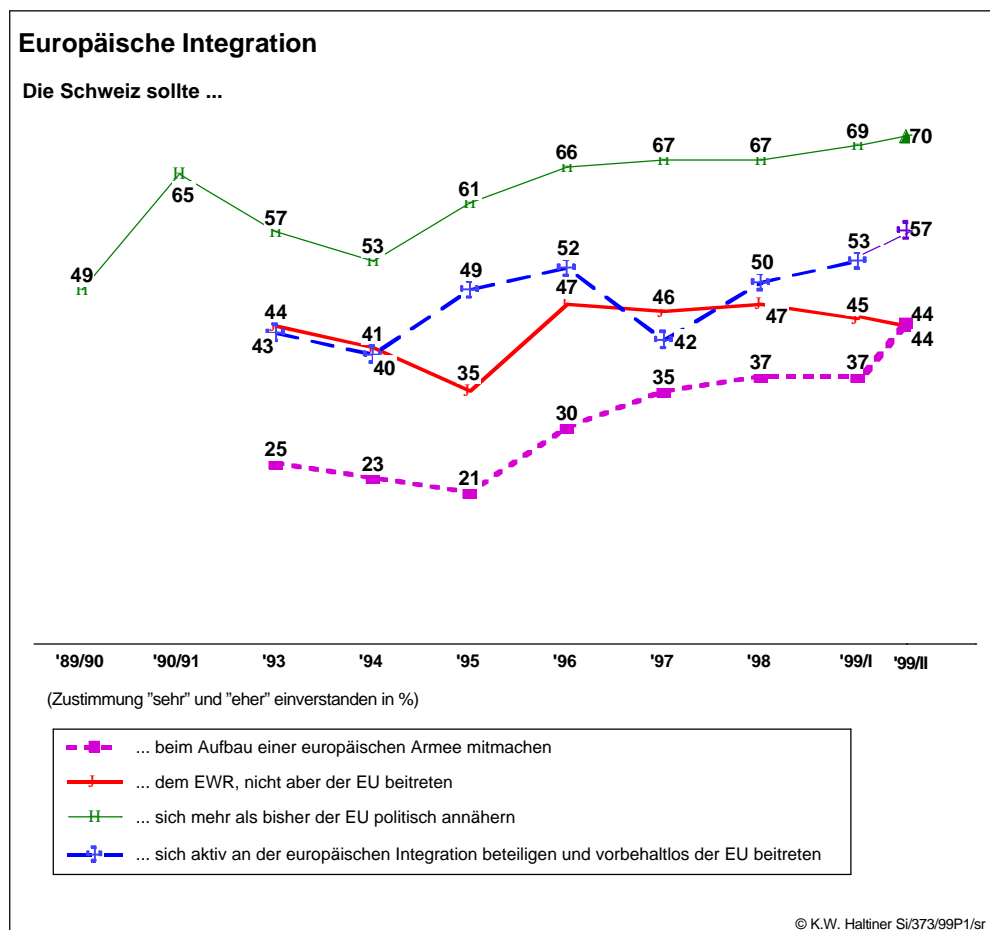
Wie immer in den letzten Jahren ist die Zustimmungsrate für einen EU-Beitritt in der welschen Schweiz mit 74% im Januar und 77% im August 1999 deutlich höher als in der deutschen (Januar 1999: 47%, August 1999: 50%) oder italienischen Schweiz (Januar 1999: 45%, August 1999: 56%). Im August 1999 sind Frauen wie Männer einem EU-Beitritt gegenüber mehrheitlich positiv eingestellt (Frauen: 57%, Männer: 56%). Im Januar hatten sich ebenfalls schon 56% der Frauen, aber nur 50% der Männer für einen EU-Beitritt ausgesprochen. Letzteren wünschen sich auch überdurchschnittlich häufig Personen, die sich zum linken politischen Spektrum zählen (Januar 1999: 71%, August 1999: 78%) sowie Personen mit einem hohen Bildungsgrad (Januar 1999: 57%, August 1999: 63%), während insbesondere die Beitrittsbereitschaft der Rechten (Januar 1999: 43%, August 1999: 41%) deutlich geringer ist. Veränderlich zeigen sich die Meinungen der Personen, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen: Noch im Januar 1999 konnte sich unter diesen Personen keine Mehrheit mit einem EU-Beitritt anfreunden (47%). Ein halbes Jahr später sprechen sich nun Personen aus dem selben politischen Lager zu 57% für einen Beitritt aus. Während die Haltung der politischen Linken und Rechten in der EU-Beitrittsdebatte gemacht scheint, deuten die beträchtlichen Schwankungen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten daraufhin, dass die Meinungsbildung jener, die sich der politischen Mitte verbunden fühlen, noch im Gange ist. Demgegenüber wäre die jüngste befragte Bevölkerungsgruppe, die der 18-29-Jährigen, zu einem überdurchschnittlich grossen Anteil mit einem EU-Beitritt einverstanden (Januar 1999: 60%, August 1999: 63%).

Leicht rückläufig ist der Befürworteranteil eines EWR-Beitritts (Januar 1999: 45%, August 1999: 41%; insgesamt -6%). Im August 1999 findet diese Option in keinem der drei Landesteile eine Mehrheit (Deutschschweiz: 41%, frz. Schweiz: 40%, italienische Schweiz: 34%).

Wie im Vorjahr liegt der Anteil der Personen, die im Januar 1999 eine Mitwirkung der Schweiz beim Aufbau einer europäischen Armee befürworten, bei 37%. Im August 1999 ist in dieser Frage eine erhöhte Zustimmung zu registrieren (44%). Eine

Mehrheit findet eine diesbezügliche Kooperation in der Westschweiz (Januar 1999: 51%, August 1999: 60%). Zudem wird ein Schweizer Beitrag zum Aufbau einer europäischen Armee überdurchschnittlich stark von Personen des linken politischen Spektrums (Januar 1999: 43%, August 1999: 54%), Personen mit hohem Bildungsgrad (Januar 1999: 42%, August 1999: 47%) und den 18-29-Jährigen unterstützt (Januar 1999: 39%, August 1999: 54%).

Abbildung 7.2:



Der gewachsene Goodwill gegenüber einer europäischen Armee deckt sich mit den Meinungstrends zur Schweizer Beteiligung an UNO-Friedenstruppen und zu einer weiteren Annäherung der Schweiz an die NATO (vgl. Abschnitt 7.5).

## 7.4 Das Bilaterale Abkommen mit der EU

Wenn „am nächsten Sonntag“ das im Dezember 1998 vereinbarte Abkommen mit der EU als Paket zur Abstimmung stünde, so würden im Januar 1999<sup>6</sup> 67% der Befragten dieses ganz sicher oder eher annehmen. 22% würden bei dieser Abstimmung eher oder ganz sicher ein „Nein“ in die Urne legen. Bei dieser vermeintlich eindeutigen Meinungsverteilung ist allerdings Vorsicht geboten: Nur 44% sind sich bezüglich ihrer Zustimmung völlig sicher. 34% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verteilen sich auf die Antwortkategorien „eher annehmen“ und „eher ablehnen“, was darauf hindeutet, dass der Meinungsbildungsprozess dieser Personen noch nicht abgeschlossen ist. 11% der Schweizerinnen und Schweizer würden das Abkommen mit der EU ganz sicher ablehnen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bezüglich der Einschätzung der Volksmeinung durch die einzelnen Befragten: So glauben 66%, dass das bilaterale Abkommen vom Volk ganz sicher oder eher angenommen würde. 28% schätzen die Volksmeinung diesbezüglich als eher oder ganz sicher ablehnend ein. Wiederum ist zu beachten, dass nur 13% von einer ganz sicheren Annahme ausgehen, während die grosse Mehrheit der Befragten (77%) die Volksmeinung als „eher annehmend“ oder „eher ablehnend“ einschätzt. Der Prognosewert dieser Zahlen ist trotzdem als relativ günstig zu beurteilen: Die Chancen für eine Annahme bzw. Ablehnung einer Vorlage sind bekanntermassen dann hoch, wenn sich die selbstdeklarierte Stimmabsicht mit der Einschätzung der Mehrheitsverhältnisse deckt (sog. Bandwagon-Effekt, vgl. Haltinger, 1998, S. 56).

Am seltensten hätten im Januar 1999 die Befragten aus der italienischen Schweiz dem Abkommen mit der EU zugestimmt (58%), schon deutlich häufiger die Deutschschweizer (66%) und überdurchschnittlich häufig Personen aus der französischen Schweiz (71%). Unterschiedlich fällt hingegen die Beurteilung des Abstimmungsverhaltens der Bevölkerungsmehrheit durch die einzelnen Befragten aus: Deutschschweizer und Tessiner schätzen die Volksmeinung im Vergleich zu ihrer eigenen Stimmabsicht als ähnlich ein. 68% bzw. 58% glauben, dass das bilaterale Abkommen mehrheitsfähig ist. Im Vergleich zur eigenen Einstellung deutlich pessimistischer wird das Abstimmungsverhalten der Mehrheit durch Personen in der französischen Schweiz eingeschätzt. Dort glauben nur 61%, die bilateralen Verträge mit der EU würden vom Schweizervolk angenommen. Möglicherweise wirken hier die Erfahrungen vieler Westschweizer anlässlich der verlorenen EWR-Abstimmung nach.

<sup>6</sup> Etwas aktueller als unsere Januarzahlen sind die Zahlen einer repräsentativen Befragung, die vom Umfrageinstitut GfS durchgeführt und im September in der Tageszeitung *Le Temps* (Ausgabe vom 17.9.1999) publiziert wurde. Danach sind 65% der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber den bilateralen Verträgen sehr oder eher positiv eingestellt, ein Prozentsatz, der nur geringfügig tiefer liegt als jener unserer Januarbefragung.



Frauen würden das bilaterale Abkommen zu einem geringeren Anteil annehmen (64%) als Männer (71%). Im Vergleich zu Personen jüngeren Alters geben zudem weniger Personen im Alter von über 60 Jahren an, das bilaterale Abkommen annehmen zu wollen (62%; 18-29-Jährige: 68%; 30-59-Jährige: 69%). Unterdurchschnittlich ist die Annahmefähigkeit von Personen mit tiefem Bildungsgrad (56%), während sie bei Befragten mit mittlerer Bildung durchschnittlich (65%) und bei Befragten mit hohem Bildungsgrad (78%) überdurchschnittlich gross ist.

Das Dezemberabkommen mit der EU ist insgesamt in der Bevölkerung noch wenig bekannt. 61% geben im Januar 1999 an, es „wenig“, 10% es überhaupt nicht zu kennen. Die Frauen schätzen dabei ihren Wissensstand als deutlich schlechter ein als die Männer. 79% kennen nach eigenen Aussagen das bilaterale Abkommen wenig oder überhaupt nicht (Männer: 63%). Nur 21% der Frauen bezeichnen ihren diesbezüglichen Wissensstand als gut (Männer: 36%). Insgesamt dürfte das bilaterale Abkommen an der Urne gute Aussichten haben, angenommen zu werden. Dafür spricht unter anderem, dass 96% der „harten“ und 78% der „weichen“ Öffnungsbereiten derzeit ein „Ja“ zum Abkommen mit der EU in die Urne legen würden. Auf Ablehnung stösst es indes bei den Autonomisten („eher“ und „ganz“ sicher Nein: 55%). Anders als beim EWR-Abkommen von 1992, als die Bruchlinie zwischen „harten“ Öffnungsbereiten auf der einen sowie den „weichen“ und den Autonomisten auf der anderen Seite verlief, scheint den bilateralen Verträgen Opposition einzig aus den Reihen der Autonomisten zu erwachsen. Zu leisten bleibt aber noch eine erhebliche Aufklärungsarbeit. In diesem Zusammenhang ist Tabelle 7.1 aufschlussreich: Sie zeigt die Zusammenhänge zwischen der eigenen Stimmabsicht bezüglich der bilateralen Verträge und drei anderen Grössen: den vermuteten Auswirkungen einer Annahme der Verträge auf die eigene Person, der eingeschätzten persönlichen Kenntnissen der Verträge und der Einschätzung der öffentlichen Meinung zum bilateralen Abkommen. Bei der Betrachtung von Tabelle 7.1 wird deutlich, dass neben den vermuteten persönlichen Auswirkungen einer Annahme der bilateralen Verträge durch das Stimmvolk und der eingeschätzten öffentlichen Meinung auch der inhaltliche Kenntnisstand zur Meinungsbildung beiträgt: So ist der Anteil an Unentschlossenen (Kategorie „weiss nicht“) bei Personen mit geringen Kenntnissen des Abkommens viermal so gross wie bei Personen mit guten Kenntnissen.

*Tabelle 7.1: Persönliches Stimmverhalten zum bilateralen Abkommen nach vermuteten persönlichen Auswirkungen einer Annahme, eingeschätztem Kenntnisstand des Abkommens und eingeschätzter öffentlicher Meinung zum Abkommen*

Personengruppen	Eigenes Stimmverhalten		
	eher annehmen	eher ablehnen	weiss nicht
Annahme des Abkommens hätte positive persönliche Auswirkungen (n=584)	94%	3%	3%
Annahme des Abkommens hätte negative persönliche Auswirkungen (n=203)	18%	76%	6%
Annahme des Abkommens hätte keine persönlichen Auswirkungen (n=322)	63%	24%	13%
Eigene Kenntnisse des Abkommens werden als gut eingeschätzt (n=388)	81%	16%	3%
Eigene Kenntnisse des Abkommens werden als gering eingeschätzt (n=856)	63%	24%	13%
Öffentliche Meinung wird als zustimmend eingeschätzt (n=790)	84%	11%	5%
Öffentliche Meinung wird als ablehnend eingeschätzt (n=339)	41%	47%	12%

## **7.5 Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die NATO bzw. die UNO**

Seit 1995 erfreut sich die UNO stetig wachsender Beliebtheit. Im Januar 1999 hätten es 62% gerne gesehen, dass die Schweiz der Weltorganisation angehörte (+3%), ein halbes Jahr später sind es 66%.

69% der Schweizer Bevölkerung befürworten im Januar 1999, dass die Schweiz der UNO Friedenstruppen zur Verfügung stellt (+3%), im August 1999 sind es 72%. Für

die Annahme, dass der Krieg in Jugoslawien der Kooperationsbereitschaft mit der Weltorganisation Auftrieb gegeben hat, besteht eine gewisse Plausibilität.

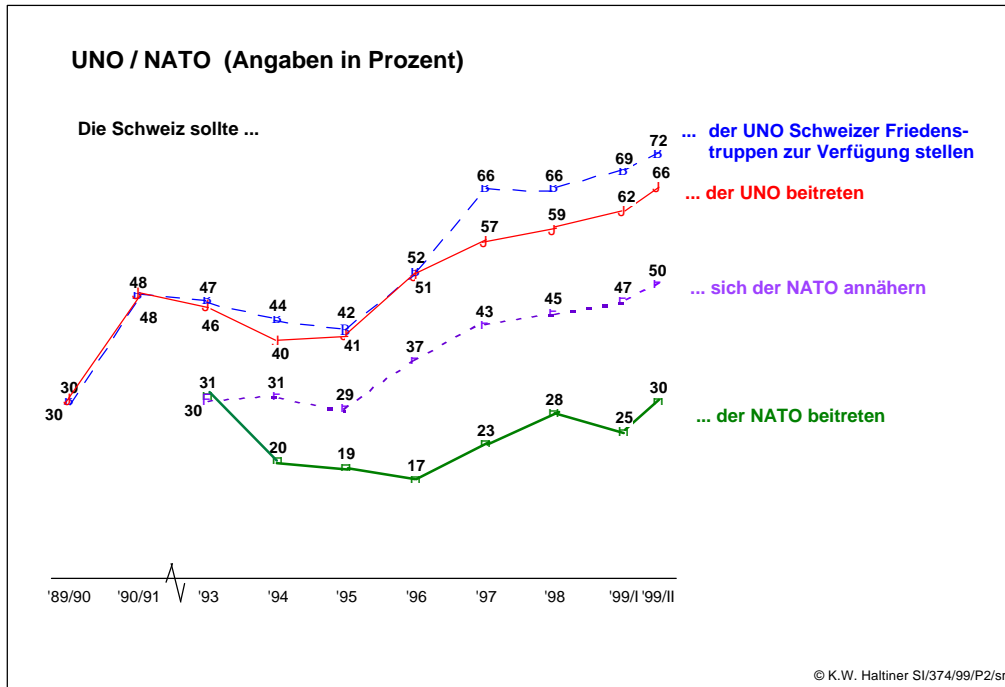
Überdurchschnittlich häufig befürworteten Personen aus der französischen Schweiz (70%), 18-29-Jährige (73%), Befragte aus dem linken politischen Spektrum (80%) und Schweizer und Schweizerinnen mit hohem Bildungsgrad (75%) einen UNO-Beitritt der Schweiz. Demgegenüber zeichnen sich Personen aus dem Tessin (58%), über 60-Jährige (56%), Personen, die sich rechts oder in der Mitte des politischen Spektrums positionieren (57% bzw. 58%) oder Befragte mit tiefem und mittlerem Bildungsgrad (55% bzw. 58%) durch eine unterdurchschnittliche Befürworterrate eines UNO-Beitritts aus.

Einer Annäherung an die NATO stehen 47% positiv gegenüber. Auch hier besteht seit 1995 ein Aufwärtstrend (1998: 45%; 1997: 43%). Dieser Anteil hat sich übrigens zwischen Januar und August 1999 nicht verringert, sondern im Gegenteil, trotz oder gerade wegen des Jugoslawienkrieges, auf 50% erhöht. Von einem negativen Einfluss der NATO-Operationen im Kosovo auf die Annäherungsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung ans Nordatlantische Bündnis kann deshalb nicht die Rede sein, obwohl das Bild der NATO in der Bevölkerung eher gelitten hat (vgl. Abschnitt 9.5).

Zwischen Januar und August 1999 ist ein Anstieg in der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft zu beobachten. Die Annahme liegt nahe, dass der Krieg sichtbar gemacht zu haben scheint, dass Sicherheit in Europa nur noch gemeinsam zu erreichen ist. Möglicherweise hat deshalb die Einsicht in die Unvermeidbarkeit einer intensiveren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der Schweizer Bevölkerung weiter zugenommen. Bestätigt wird dieser Trend auch durch die öffentliche Meinung zu einem eigentlichen NATO-Beitritt. Diesen heissen im August 1999 30% gut (Januar 1999: 25%, 1998: 28%). Ähnliche Befürworteranteile eines NATO-Beitritts werden aus Österreich für das Jahr 1998 vermeldet (GILLER, 1999, S. 29).

Die Sympathisanten der NATO stammen überdurchschnittlich häufig aus der Westschweiz (Januar 1999: 39% für einen NATO-Beitritt, August 1999: 35%), aus der Altersgruppe der 18-29-Jährigen (Januar 1999: 29% für einen NATO-Beitritt, August 1999: 40%) und -zumindest was eine Annäherung an die NATO angeht- aus den Reihen der höher Gebildeten (Januar 1999: 52% für eine Annäherung, August 1999: 53%). Bezüglich der Annäherung an die NATO ist zudem ein deutlicher Geschlechtsunterschied festzustellen: Frauen stehen einer solchen mit einer Zustimmungsrate von 42% (August 1999: 43%) bedeutend skeptischer gegenüber als Männer, die eine Annäherung zu 52% (August 1999: 57%) befürworten. Denselben Unterschied zwischen den Geschlechtern berichten auch österreichische Erhebungen für das Jahr 1998 (GILLER, 1999, S. 14).

Abbildung 7.3:

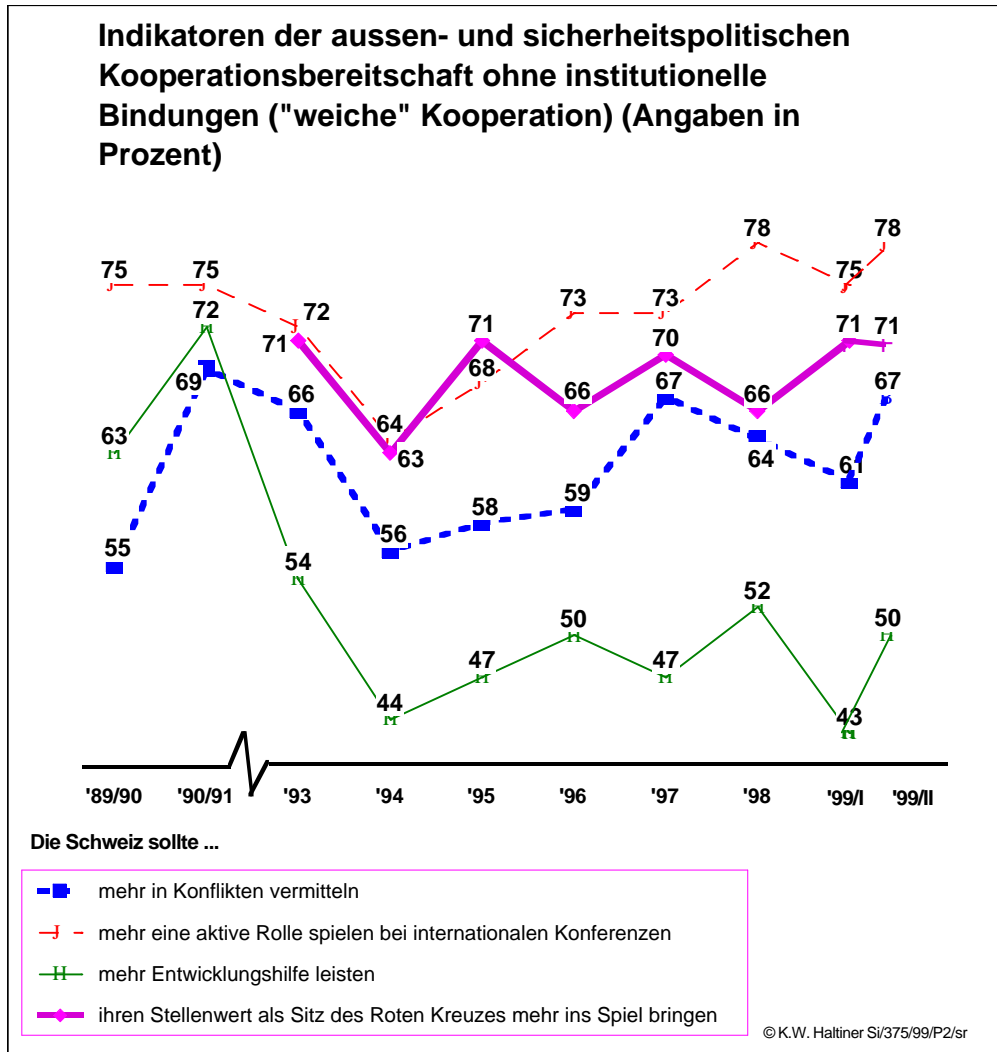


## 7.6 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Drei von vier Schweizerinnen und Schweizern (im August 1999 gar vier von fünf) wünschen sich die Schweiz in einer aktiveren Rolle bei internationalen Konferenzen, ein ähnlicher Anteil wie schon in den letzten beiden Erhebungen. Ebenfalls auf Anklang stösst die Vorstellung einer häufigeren Konfliktvermittlung durch die Schweiz, die im Januar von 61% gutgeheissen würde (-3%), im August 1999 von zwei Dritteln der Befragten (67%).

Auf wenig Sukkors in der Bevölkerung kann dagegen eine Erhöhung der Entwicklungshilfe zählen. Nur 43% finden daran im Januar 1999 Gefallen, während es 1998 noch mehr als die Hälfte der befragten Personen gewesen war (-9%). Im August 1999 dagegen sprechen sich wieder 50% der Befragten für eine derartige Erhöhung aus. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Befürwortung einer erhöhten Entwicklungshilfe in der Regel Hand in Hand mit optimistischen Zukunftserwartungen geht.

Abbildung 7.4:



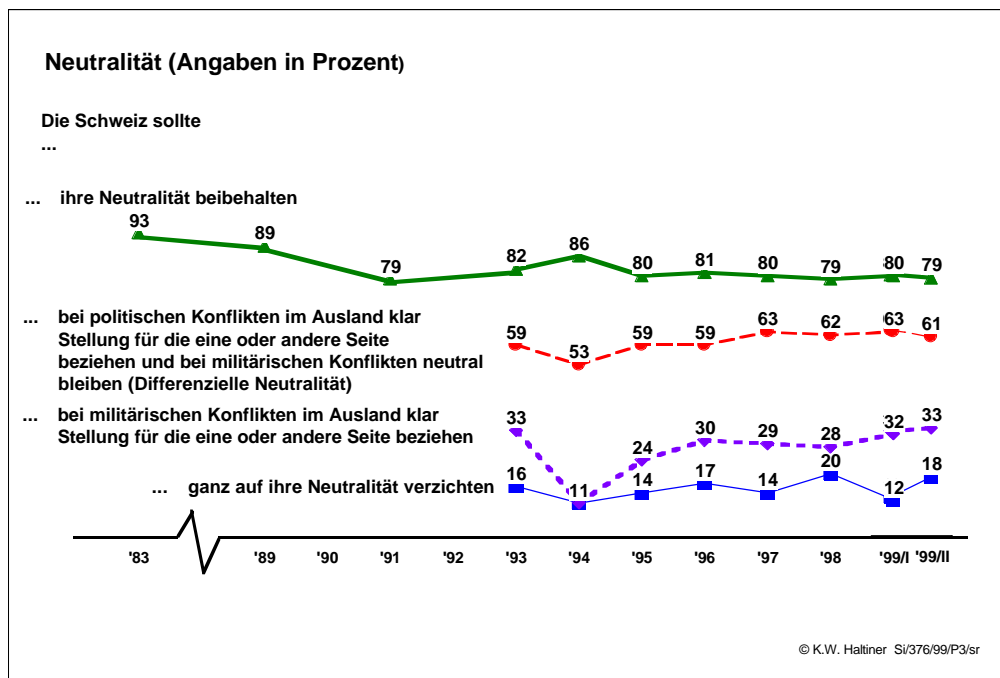
## 7.7 Beibehaltung der Neutralität

Unverändert gross ist die Zustimmung zur Neutralität als Prinzip schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik (Abbildung 7.5). Seit 1991 beträgt sie im Mittel 80%. 70% der Befragten sind zudem der Meinung, die Neutralität solle auch in Zukunft ein

vorrangiges Ziel der Schweizer Aussenpolitik bleiben (-2%). Im Vergleich zu 1998 wünschen sich im Januar 1999 deutlich weniger Personen einen Verzicht auf die Neutralität (12%, -8%). In der Augustbefragung liegt dieser Wert dann allerdings wieder bei 18%. Die differenzielle Auffassung, die Schweiz solle bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, eine Beschränkung der Neutralität auf militärische Aspekte also, findet wie schon in den beiden letzten Jahren Zustimmung bei mehr als 60% Prozent der Bevölkerung (63%, +1%). Ein knappes Drittel der Befragten (32%, +4%) möchte eine Schweiz, die auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite bezieht, was letztlich einer De-facto-Aufhebung der Neutralität gleichkommt.

Die Neutralität als Staatsmaxime steht bei älteren Personen sowie Befragten mit einer selbstbekundeten politisch rechts oder in der Mitte angesiedelten Orientierung und mit tiefem und mittlerem Bildungsniveau überdurchschnittlich hoch im Kurs. Regionenspezifisch gesehen fällt die deutlich geringere Zustimmung zum „Prinzip Neutralität“ in der französischen Schweiz auf.

Abbildung 7.5:

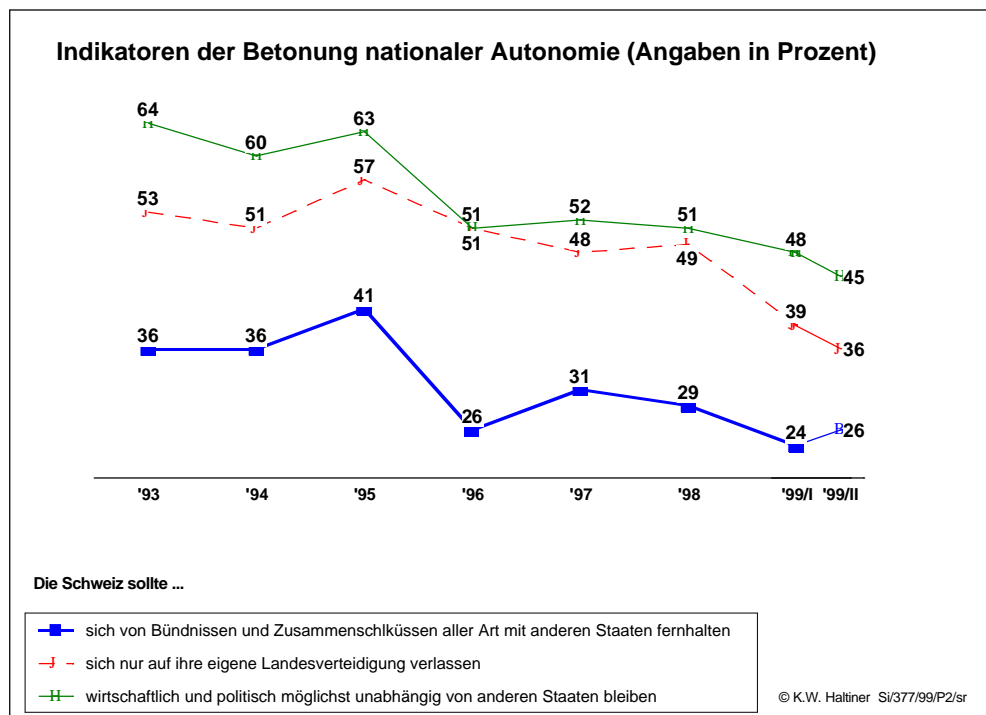


## 7.8 Betonung der nationalen Autonomie

24% (-5%) der befragten Schweizerinnen und Schweizer sind der Auffassung, die Schweiz solle sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen jeder Art mit anderen Staaten fernhalten. Ebenfalls geringer als im Vorjahr ist die Zustimmung zu einer Schweiz, die wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleibt (Abbildung 7.6). Sie liegt erstmals unter der 50%-Schwelle (Januar 1999: 48%; August 1999: 45%, im Vergleich zu 1998: -6%). Gar noch stärker rückläufig ist die Meinung, die Schweiz solle sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen. Nur noch 39% (im August 1999 36%) der Schweizer Bevölkerung vertreten diese Auffassung (im Vergleich zu 1998: -13%).

Überdurchschnittliche Zustimmung erhält die autonomistische Linie bei Personen, die dem rechten oder mittleren politischen Spektrum angehören sowie bei Befragten der älteren Generation und aus tieferen Bildungsschichten. Sie findet in der deutschen und italienischen Schweiz tendenziell mehr Unterstützung als in der Westschweiz.

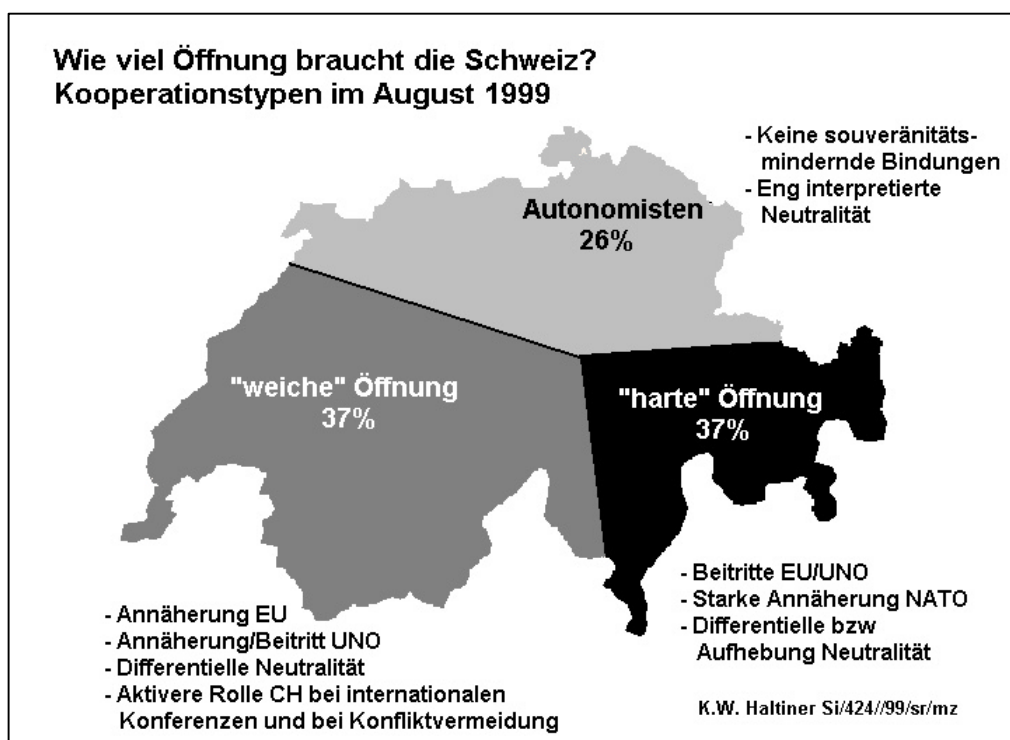
Abbildung 7.6:



## 7.9 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993-1999

Gewisse Unterschiede zwischen den beiden Befragungen von 1999 zeigen sich auch im auf 19 Fragen basierenden *Index der internationalen Kooperationsbereitschaft* (zur Methode vgl. Anhang II). Zu beachten ist zunächst, dass sich rund ein Viertel der Befragten nicht eindeutig einem definierten Kooperationstyp zuordnen lässt. Die Prozentanteile der verschiedenen Typen beziehen sich deshalb nicht auf die Grundgesamtheit aller Befragten, sondern auf die Gesamtheit der „typologisierbaren“ Personen. Die eigentlichen Anteile der Bevölkerung, die einem bestimmten Typ zugeordnet werden können, sind in eckigen Klammern angefügt.

Abbildung 7.7:



Im Januar 1999 war erstmals eine „harte“, d.h. eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz mit institutionellen Bindungen und Souveränitätseinbussen, die am stärksten favorisierte Art internationaler Kooperation („harte“ Öffnung: 35% [27%]; 1998: 29%; 1996: 34%). Die „weiche“, autonome Form der Öffnung in Form von weiteren Annäherungen an inter- und supranationale Institutionen (EU, NATO) findet im Januar 1999 etwas weniger Zuspruch als noch 1998 („weiche“ Öffnung: 34% (-3%) [27%]). Der Anteil jener Personen, die auf eine autonomistische Politik unter Verzicht auf jeglichen Ausbau internationaler Bindungen pochen, hat sich weiter verrin-



gert („Autonomisten“: 31% (-3%) [24%]). Im August 1999 haben die Befürworter einer „harten“ aussenpolitischen Öffnung wie die Vertreter der „weichen“ Öffnungsform anteilmässig etwas zugelegt und liegen nun bei je 37% [28% bzw. 27%]. Weiter an Boden verloren hat die autonomistische Haltung, für die sich im August 1999 nur noch ein gutes Viertel der Befragten ausspricht (26% [20%]). Eine zusammenfassende Darstellung bietet Abbildung 7.7.

Gesamthaft befürwortet folglich eine Mehrheit der typologisierbaren Befragten (74%) bzw. der befragten Schweizerinnen und Schweizer insgesamt (55%) eine Intensivierung der internationalen Kooperation und der Öffnung des Landes. Allerdings verbirgt sich hinter dieser Zahl bezüglich der Art dieser Öffnung kein homogenes Bild: So nahm zwischen 1996 und 1998 konstant der Anteil jener Personen zu, welche eine „weiche“, d.h. autonome und unverbindliche Öffnung der Schweiz gutheissen, während der anteilmässige Zuwachs bei den Personen, die eine „harte“ aussenpolitische Öffnung fordern, erst 1998 einsetzte. Klar ist der Trend bei den „Autonomisten“: Seit 1994 verringert sich die Zahl der Personen, die keinen weiteren Ausbau der internationalen Bindungen wünschen. Ihr Anteil ist nur noch etwa halb so gross wie 1994 (-22%)<sup>7</sup>.

### **7.10 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung (Links-Rechts-Dimension) 1993, 1997 und 1999**

Überdurchschnittlich starke Unterstützung (Durchschnittswert: Januar 1999: 35%, August 1999: 37%) findet eine harte Öffnung unseres Landes in der Westschweiz (Befürworteranteil im Januar 1999: 50%, im August 1999: 55%), während Deutschschweizer (Januar 1999: 31%, August 1999: 32%) und Tessiner (Januar 1999: 19%, August 1999: 36%) diesbezüglich deutlich skeptischer sind. Sie ist zudem eher ein Anliegen der politischen Linken (Januar 1999: 58%, August 1999: 65%) und höher ausgebildeter Personen (Januar 1999: 47%, August 1999: 45%) und findet etwas mehr Zustimmung bei den 18-29-Jährigen, welche sie im Januar zu 42% und im Au-

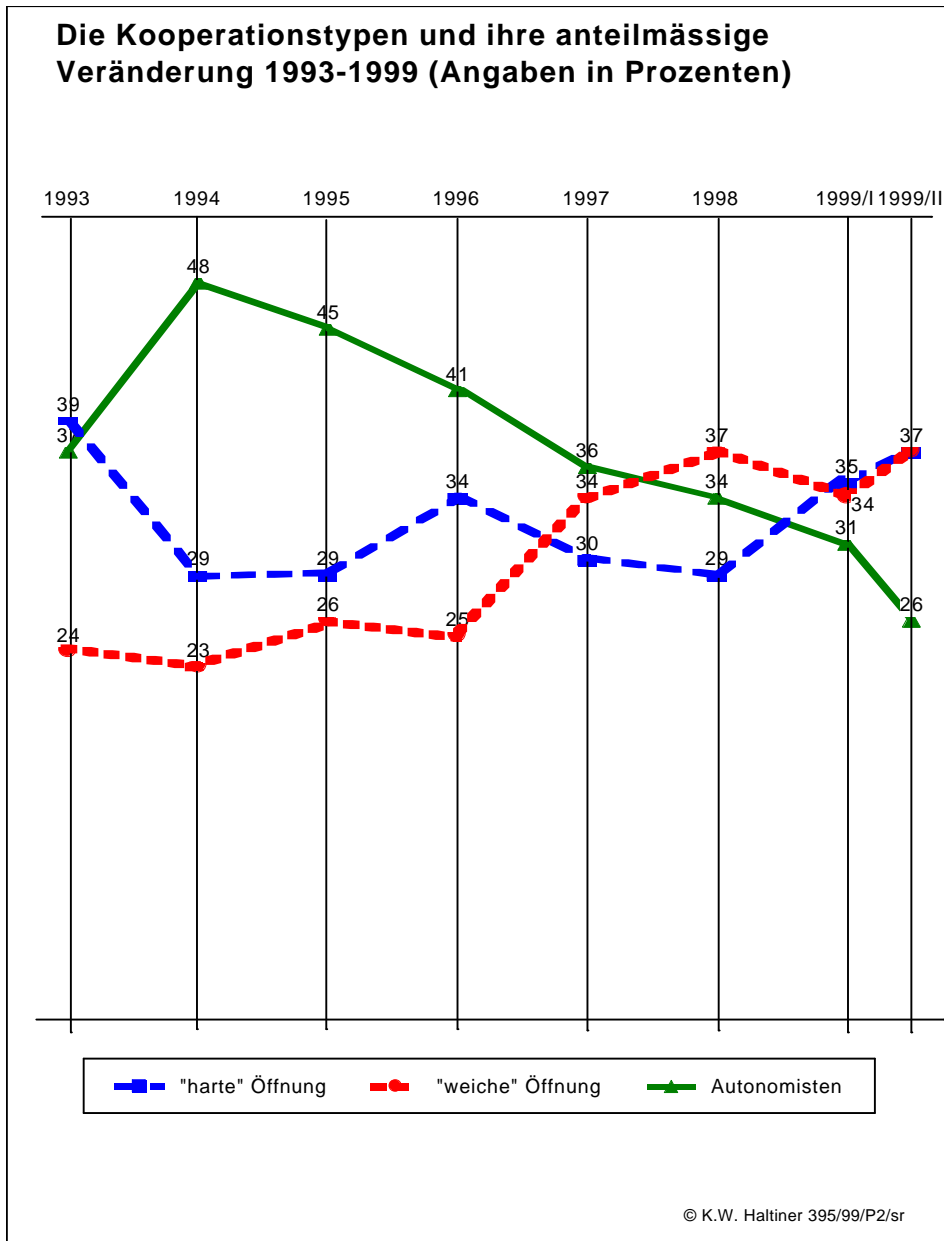
<sup>7</sup> Der Wahlsieg der SVP bei den Parlamentswahlen am 25. Oktober steht dazu nur scheinbar im Widerspruch. Zu beachten ist zunächst, dass der Stimmkörper in der Regel nicht bevölkerungsrepräsentativ sondern eher konservativ verzerrt ist (unterdurchschnittliche Beteiligung der jungen Altersgruppen, der weiblichen Bevölkerung und der unteren Bildungsschichten). Ferner weisen viele Signale darauf hin, dass es der politischen Rechten trotz allgemein tiefer Stimmbeteiligung von 44% ausnehmend gut gelungen ist, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Ebenso deutlich sind die Hinweise darauf, dass nicht die Europa- sondern die Asylpolitik die Wählerinnen und Wähler tendenziell die politische Rechte favorisieren liess. Schliesslich muss noch Folgendes festgehalten werden: Die Kooperationstypologie in Abbildung 7.8 deckt sich nicht mit den Parteipositionen.

gust 1999 zu 48% befürworten. Die „weiche“ Form der Öffnung der Schweiz (Durchschnittswert im Januar 1999: 34%, im August 1999: 37%) stösst dagegen im deutschen Sprachraum (Januar 1999: 34% August 1999: 38%) auf stärkere Zustimmung als in der Westschweiz (Januar 1999: 29%, August 1999: 33%). Eine enorm grosse Schwankung ist bei den diesbezüglichen Zahlen im Tessin zu konstatieren, liegt doch der Januarwert bei 54%, der Augustwert dagegen lediglich bei 33%. Aufgrund der geringen Zahl von interviewten Personen im Tessin (Januar 1999: n= 65, August 1999: n= 45) scheint eine Interpretation dieses Unterschiedes wenig sinnvoll. Eine autonomistische Politik unseres Landes (Durchschnittswert im Januar 1999: 31%, im August 1999: 26%) findet überdurchschnittliche Unterstützung in der deutschen Schweiz (Januar 1999: 34%, August 1999: 30%), bei Personen über 60 Jahren (Januar 1999: 39%, August 1999: 33%) sowie Angehörigen des rechten politischen Lagers (Januar 1999: 43%, August 1999: 38%). Überdurchschnittlich stark gutgeheissen wird sie auch von Personen aus mittleren (Januar 1999: 38%, August 1999: 30%) und tieferen Bildungsschichten (Januar 1999: 40%, August 1999: 29%). Bemerkenswert ist dennoch, wie sehr die Befürwortung einer autonomistischen Haltung quer durch alle soziodemographischen Gruppen nachgelassen hat.

Ferner schlägt sich die Einschätzung der weltpolitischen Lage in der aussenpolitischen Grundhaltung nieder (Januar 1999:  $\gamma= 0.29$ , August 1999:  $\gamma= 0.27$ ). Tendenziell gelten also die folgenden Zusammenhänge: Je öffenungsbereiter die aussenpolitische Einstellung, desto positiver die Einschätzung der zukünftigen weltpolitischen Lage, und je optimistischer umgekehrt die Entwicklung der weltpolitischen Lage beurteilt wird, desto eher wird ein aussenpolitischer Öffnungskurs der Schweiz befürwortet. Auffallend ist, dass in der Augustbefragung deutlich weniger Personen von einer Verdüsterung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren ausgehen als noch im Januar (vgl. Abschnitt 5.2).

Wie schon anlässlich der Befragung von 1998 sind im Januar 1999 zwei Drittel (August 1999: 56%) der Befragten mit einer autonomistischen Grundhaltung der Überzeugung, die weltpolitische Lage werde sich verdüstern, eine Auffassung, die von den „weichen“ Öffnungswilligen 51% (August 1999: 38%) und von den „harten“ Öffnungswilligen lediglich 42% teilen (August 1999: 34%). Von einer Verbesserung der weltpolitischen Lage gehen bei den Öffnungswilligen 8% (-7%; August 1999: 9%) bzw. 9% (-11%; August 1999: 11%) aus, bei den autonomistisch orientierten Personen nur 5% (-3%; August 1999: 4%). Auffallend ist sicherlich, dass Personen aller drei Kooperationstypen die Entwicklung der weltpolitischen Lage zu einem geringeren Anteil optimistisch sehen als im Vorjahr. Dies im Kontrast zur Zukunft der Schweiz, die im Vergleich zu den beiden Vorjahren deutlich optimistischer eingeschätzt wird (vgl. Abschnitt 5.1).

*Abbildung 7.8:*



## 7.11 Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt

Eng ist der Zusammenhang zwischen der bevorzugten Form der internationalen Kooperation und der Haltung zum EU-Beitritt. So wünschen sich 93% (im August 1999: 96%) derjenigen, die eine „harte“ Öffnung der Schweiz unterstützen, auch einen EU-Beitritt. Dagegen sind es von den Befürwortern einer „weichen“ Öffnung nur noch 57% (im August 1999: 52%). Eindeutig ist das Verdikt der „Autonomisten“: Sie können sich nur zu 11% (im August 1999: zu 6%) mit einem EU-Beitritt anfreunden. Interessanterweise glauben aber auch sie mehrheitlich (63%), dass das Schweizervolk bei einer Abstimmung in zehn Jahren einen EU-Beitritt ziemlich oder ganz sicher annehmen würde. Vertreter einer „harten“ und einer „weichen“ Öffnung geben diesbezüglich eine noch klarere Prognose ab: Sie gehen zu 94% bzw. 84% davon aus, dass eine EU-Beitrittsabstimmung in zehn Jahren eine Mehrheit findet. Personen, die „am nächsten Sonntag“ für die bilateralen Verträge mit der EU stimmen würden, sind fast einhellig der Meinung, dass die Schweiz in einer in zehn Jahren stattfindenden Abstimmung der EU beitreten würde (88%). Dieser Auffassung sind aber mehrheitlich auch die heutigen Gegner der bilateralen Verträge (55%).

Zeugen diese Zahlen von einem Rückzugsgefecht der autonomistisch orientierten Personen? Es ist jedenfalls bemerkenswert, dass Mehrheiten unabhängig von ihrer eigenen Meinung davon ausgehen, dass erstens die bilateralen Verträge mit der EU angenommen werden und zweitens die Schweiz früher oder später der EU beitreten wird.

## **7.12 Mögliche Gründe für die aussenpolitische Grundhaltung und die Meinungsbildung gegenüber der EU**

Die Motive für die Haltung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber der EU sind zweifellos auch wirtschaftlicher Natur.

Was die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz im Falle eines EU-Beitritts angeht, so lässt sich grob eine Drittelung der Meinungen feststellen (Abbildung 7.9). 34% versprechen sich im Januar 1999 eine Verbesserung (1995: 35%, 1997: 33%), 33% eine Verschlechterung (1995: 26%, 1997: 29%) und 30% erwarten keine Veränderung der wirtschaftlichen Entwicklung (1995: 33%, 1997: 34%). Während also der Anteil derjenigen, die von einer Verbesserung ausgehen, stabil bleibt, wächst die Zahl jener, die vom Beitritt eine wirtschaftliche Verschlechterung erwarten. Es sind offenbar vor allem Personen, die noch in den Jahren 1995 und 1997 keine wirtschaftlichen Veränderungen als Folge eines EU-Beitritts erwarteten, die 1999 der Gruppe der Skeptiker angehören (1995: 33%, 1997: 34%, 1999: 30%). Wirtschaftliche Überlegungen spielen bei der grösseren Sympathie in der Romandie für ein Mit-tun in der EU sicherlich auch eine Rolle: Dort sind bedeutend mehr Personen der Meinung, dass ein EU-Beitritt positive Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz hätte (46%), jedoch ist auch dieser Anteil geringer als in der letzten Erhe-

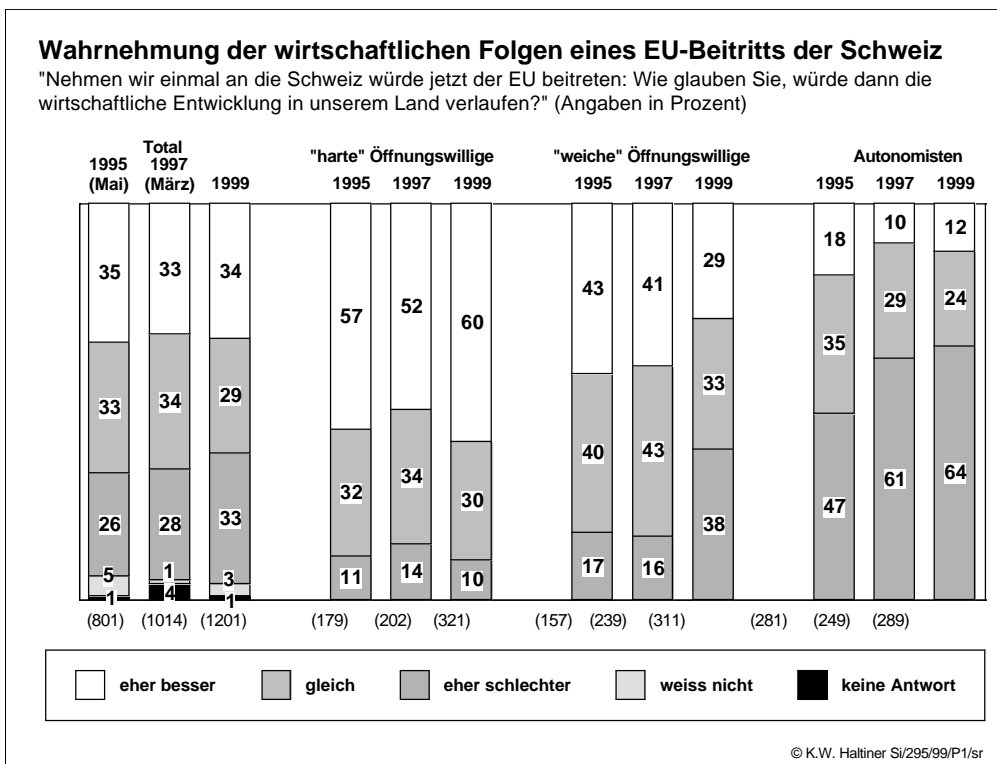
bung 1997 (-4%). Nur 23% der Befragten in der welschen Schweiz befürchten negative wirtschaftliche Folgen im Falle eines EU-Beitritts. Auch dieser Anteil hat allerdings seit der letzten Befragung zugenommen (+6%). Grosse Unterschiede im Vergleich zur Befragung von 1997 sind im Tessin zu vermerken: Während dort 1997 noch 38% die wirtschaftlichen Vorteile eines Beitritts herausstrichen, sind es im Januar dieses Jahres lediglich 23%. Bei der Fallzahl von 60 Personen (1999) bzw. 45 Personen (1997) und dem damit verbundenen möglichen Stichprobenfehler dürfen diese Schwankungen allerdings nicht überinterpretiert werden.

Es vermag nicht gross zu überraschen, dass auch ein enger Zusammenhang zwischen der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung bei einem Beitritt zur EU und dessen Wünschbarkeit ( $\gamma = 0.63$ ) besteht. So wären 83% der Personen, die sich von einer EU-Mitgliedschaft eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz versprechen, mit einem EU-Beitritt einverstanden. Dagegen wünschen sich nur 22% der Personen, die bei einer EU-Mitgliedschaft eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung befürchten, einen EU-Beitritt der Schweiz.

In ebenfalls deutlichem Zusammenhang stehen der Grad an internationaler Kooperationsbereitschaft und die erwarteten Wirtschaftsaussichten für die Schweiz im Falle eines EU-Beitritts ( $\gamma = 0.62$ ). So sind 60% der für eine „harte“ Öffnung der Schweiz Plädierenden auch von den positiven wirtschaftlichen Folgen eines Beitritts überzeugt (1995: 57%, 1997: 52%; vgl. Abbildung 7.9). Nur 10% von ihnen gehen von wirtschaftlichen Nachteilen aus (1995: 11%, 1997: 14%). Genau umgekehrt verhält es sich beim Autonomietyp: Zwei Drittel der autonomistisch orientierten Personen (64%) erwarten im Falle eines Beitritts negative wirtschaftliche Folgen (1995: 47%, 1997: 61%). Nur 12% können sich auch positive Effekte vorstellen (1995: 18%, 1997: 10%). Seit 1995 verbinden immer mehr Personen unter den Autonomisten mit dem EU-Beitritt negative Erwartungen in wirtschaftlicher Hinsicht, während bei den „harten“ Öffnungswilligen die Gruppe jener Personen wächst, für die ein allfälliger EU-Beitritt auch wirtschaftlich gesehen positive Hoffnungen weckt. Die „harten“ Öffnungswilligen und die Autonomisten beziehen also klare Positionen. Weniger eindeutig präsentiert sich das Meinungsbild in der Gruppe der „weichen“ Öffnungswilligen: Unter ihnen hat die pessimistische wirtschaftliche Erwartungshaltung im Falle eines Beitritts drastisch zu- die optimistische dagegen deutlich abgenommen (wirtschaftliche Entwicklung bei einem Beitritt eher schlechter: 38%, 1995: 17%, 1997: 16%; wirtschaftliche Entwicklung bei einem Beitritt eher besser: 29%, 1995: 43%, 1997: 41%). Ein möglicher Grund für diesen Stimmungswandel ist wohl die komfortable aktuelle wirtschaftliche Lage der Schweiz im Vergleich zu vielen EU-Ländern. Somit bestehen in der Gesamtgruppe der „weichen“ Öffnungswilligen hinsichtlich der Frage der wirtschaftlichen Konsequenzen der Schweiz drei ähnlich grosse Meinungslager. Blockierend wirkt sich aus, dass keine der geschilderten Meinungen mehrheitsfähig ist.

Allerdings sind Gründe für die aussenpolitische Grundhaltung sicherlich nicht nur wirtschaftlicher Natur. Ein weiterer Faktor, der in Zusammenhang mit der aussenpolitischen Grundhaltung steht, ist das allgemeine Sicherheitsgefühl ( $\gamma = 0.28$ , August 1999:  $\gamma = 0.20$ ). 28% (August 1999: 26%) der Personen, die dem autonomistischen Typ zugeordnet werden können, geben an, sich eher oder ganz unsicher zu fühlen (-4%). Bei den „harten“ Öffnungswilligen beträgt dieser Anteil nur 10% (-5%; August 1999: 8%), bei den auf eine „weiche“ Öffnung setzenden 21% (+6%; August 1999: 14%; vgl. Durchschnittswerte in Abbildung 4.1).

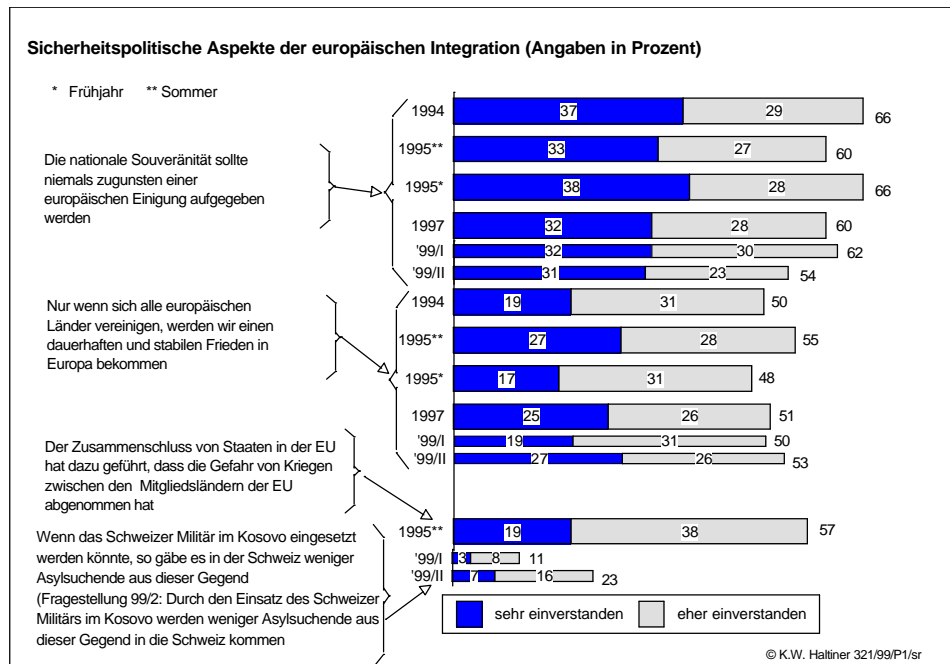
Abbildung 7.9:



Dass umgekehrt auch das Sicherheitsgefühl teilweise wirtschaftlich bestimmt ist, wurde bereits besprochen. So besteht denn auch ein Zusammenhang zwischen dem geäußerten Sicherheitsempfinden und den erwarteten Konsequenzen eines EU-Beitritts. Wer sich sicher fühlt, ist in höherem Masse von den positiven Wirtschaftsfolgen eines EU-Beitritts überzeugt als wer sich unsicher fühlt und umgekehrt ( $\chi^2$ -Test nach Pearson:  $\chi^2 = 41.2$ ,  $df = 6$ ,  $p < .001$ ; Abbildung 7.10). Wirtschaftliche

Ängste bzw. Zuversicht gehen also Hand in Hand mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden.

Abbildung 7.10:



Schliesslich schlägt sich auch die Einschätzung der weltpolitischen Lage in der ausserpolitischen Grundhaltung nieder (Januar 1999: CC= 0.19, August 1999: CC= 0.20). Befragte mit autonomistischer Grundhaltung erwarten am ehesten eine Verdüsterung der weltpolitischen Lage (Januar 1999: 66%, August 1999: 56%). Bei den „weichen“ Öffnungswilligen ist die pessimistische weltpolitische Zukunftsprognose schon deutlich weniger verbreitet (Januar 1999: 51%, August 1999: 38%). Am wenigsten düster sehen die „harten“ Öffnungswilligen die weltpolitische Zukunft (Januar 1999: 42%, August 1999: 34%). Sie sind auch die einzigen, die im August 1999 zu mehr als 10% eine eher bessere und entspanntere zukünftige weltpolitische Lage erwarten (11%, „weiche“ Öffnungswillige: 9%, Autonomisten: 4%).





## 8 DIE NEUTRALITÄT

### 8.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität diene bekanntlich stets verschiedenen Zielen. Die Staatsrechtler und Staatsrechtlerinnen sprechen daher von Neutralitätsfunktionen. Unser Interesse gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Aufgaben der Neutralität in der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Ermittelt wird, welche Arten von Vorteilen bzw. Nachteilen die Schweizerinnen und Schweizer mit der Neutralität in Zusammenhang bringen. Vereinfachend unterscheiden wir dabei die

<i>Solidaritätsfunktion:</i> (2 Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.1)	{	- Gute Dienste als Vermittler in Konflikten.
<i>Identitätsfunktion:</i> (5 Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.2)	{	- Symbolische Verknüpfung mit dem Staat „Schweiz“, - Vorbildwirkung der schweizerischen Neutralität.
<i>Sicherheitspolitische Funktion:</i> (6 Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.3)	{	- Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, - Stabilitätsbeitrag für Europa, - Vereinbarkeit der Zusammenarbeit mit der NATO, - Rückfallposition im Falle eines Krieges auf westeuropäischem Boden.

Zusätzlich erhoben wird, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird, oder ob man ihr in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt (zwei Fragevorgaben Abbildung 8.1 unten).

Alle Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Die Formulierung der Fragen hatte dabei zu beachten, dass eine entsprechende Fachterminologie bei den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden darf. Die in Abbildung 8.1 bis Abbildung 8.3 dargestellte Kategorisierung nach Neutralitätsfunktionen entspricht nicht der Reihenfolge der Vorgaben in der Befragung.

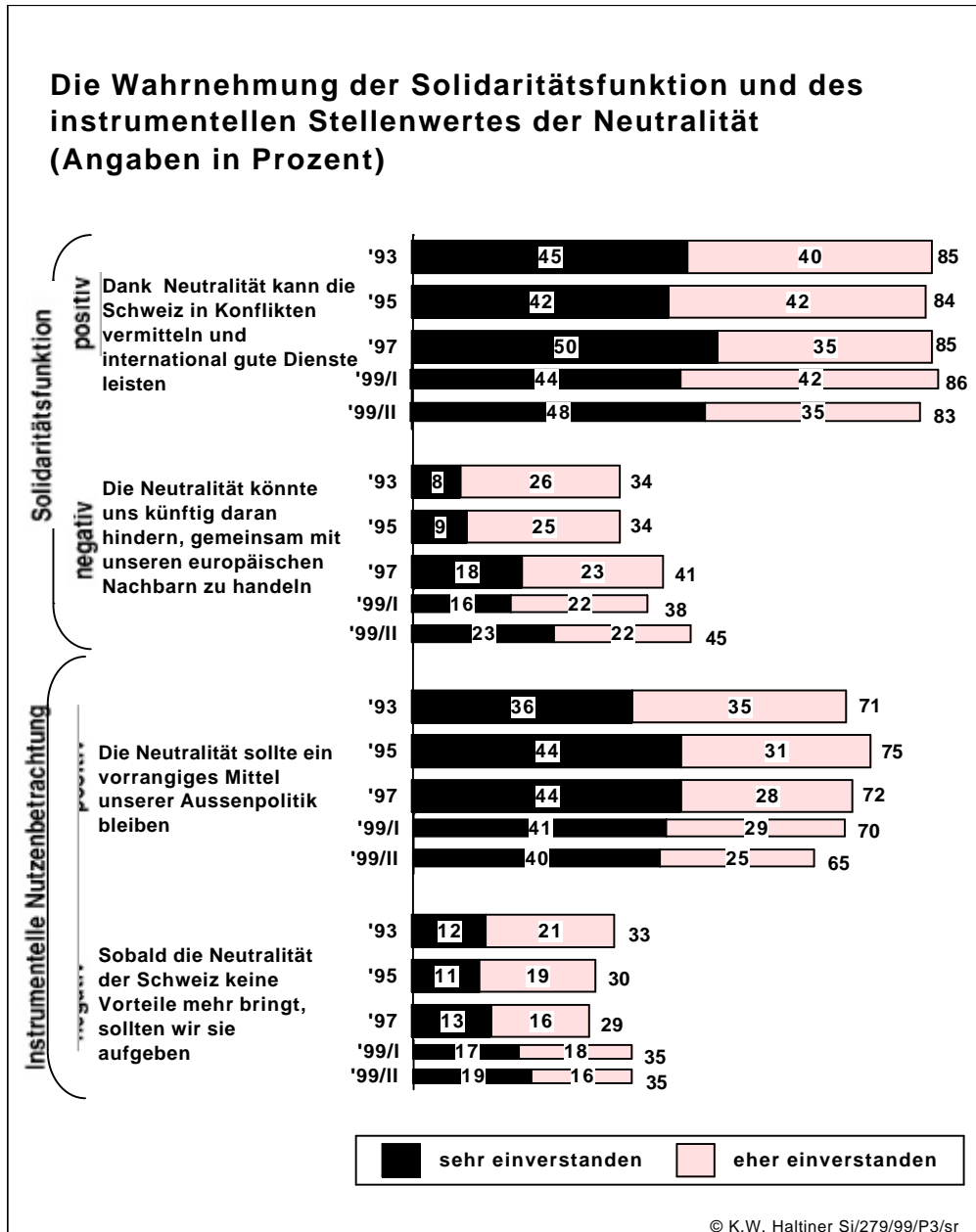
## **8.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993-1999**

Die Neutralität ist als Prinzip in der Bevölkerung fest verankert. Auch 1999 erreicht die grundsätzliche Frage nach der Beibehaltung der Neutralität eine hohe Zustimmung. 80% aller Befragten wollen am „Prinzip Neutralität“ festhalten. Wie die Abbildungen 8.1 bis 8.3 zeigen, werden mit einer Ausnahme alle positiv formulierten Funktionen der schweizerischen Neutralität in unterschiedlichem Grad gutgeheissen, alle möglichen Minderungen der Neutralitätswirkung deutlich abgelehnt. Zu beachten ist aber, dass bei der sicherheitspolitischen Funktion (Abbildung 8.3) der negativ formulierten Funktionsfrage „Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden“ im August 1999 von einer Mehrheit der Befragten erstmals zugestimmt wird (53%; +7% zur Befragung im Januar). Politisch links stehende Personen scheinen diese Meinung stärker zu vertreten als politisch rechts stehende. Vielleicht wurde einer Mehrheit im Verlaufe des Jahres 1999 angesichts des Kosovokonflikts bewusst, dass militärische Schutzmassnahmen einen hohen Grad an Technisierung voraussetzen und die militärische Schutzfähigkeit der Schweiz an Grenzen stossen könnte. So lässt sich möglicherweise auch erklären, warum eine Verkleinerung der Armee in der schweizerischen Bevölkerung keine Mehrheit findet (Januar 1999: 49%; August 1999: 49%, vgl. Abschnitt 10.3).

### **8.2.1 Die Solidaritätsfunktion der Neutralität**

Gegenüber dem Jahr 1997 ist der Glaube in die Solidaritätsfunktion unserer Neutralität in der schweizerischen Bevölkerung ungebrochen (Abbildung 8.1, obere Hälfte). Für 86% der Schweizerinnen und Schweizer (1997: 85%; August 1999: 83%) ist die Möglichkeit zur Konfliktvermittlung und der Guten Dienste dank der Neutralität wichtig. Diese Zustimmungsrates ist seit 1993 konstant sehr hoch. Mehr als ein Drittel der Befragten (38%) sieht in der Neutralität aber auch das Risiko des mangelnden solidarischen Handelns mit unseren europäischen Nachbarn. Ab 1997 (41%) hat sich diese Bewertung geändert. Sahen bis 1995 nur 34% der befragten Personen eine mögliche Gefahr einer Eingrenzung des solidarischen Handelns mit den europäischen Nachbarn durch die Neutralität, so hat die Zahl derer, die eine mögliche Negativwirkung der Neutralität für ein kooperatives Handeln sehen, auf 45% (August 1999) zugenommen. In der Westschweiz sehen dies 55% der Befragten so, wohingegen in der Deutschschweiz nur eine Minderheit diese Ansicht teilt. Am stärksten sehen die politisch links stehenden Personen die Neutralität als ein Hindernis, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn solidarisch und kooperativ zu handeln (August 1999: 57%).

Abbildung 8.1:

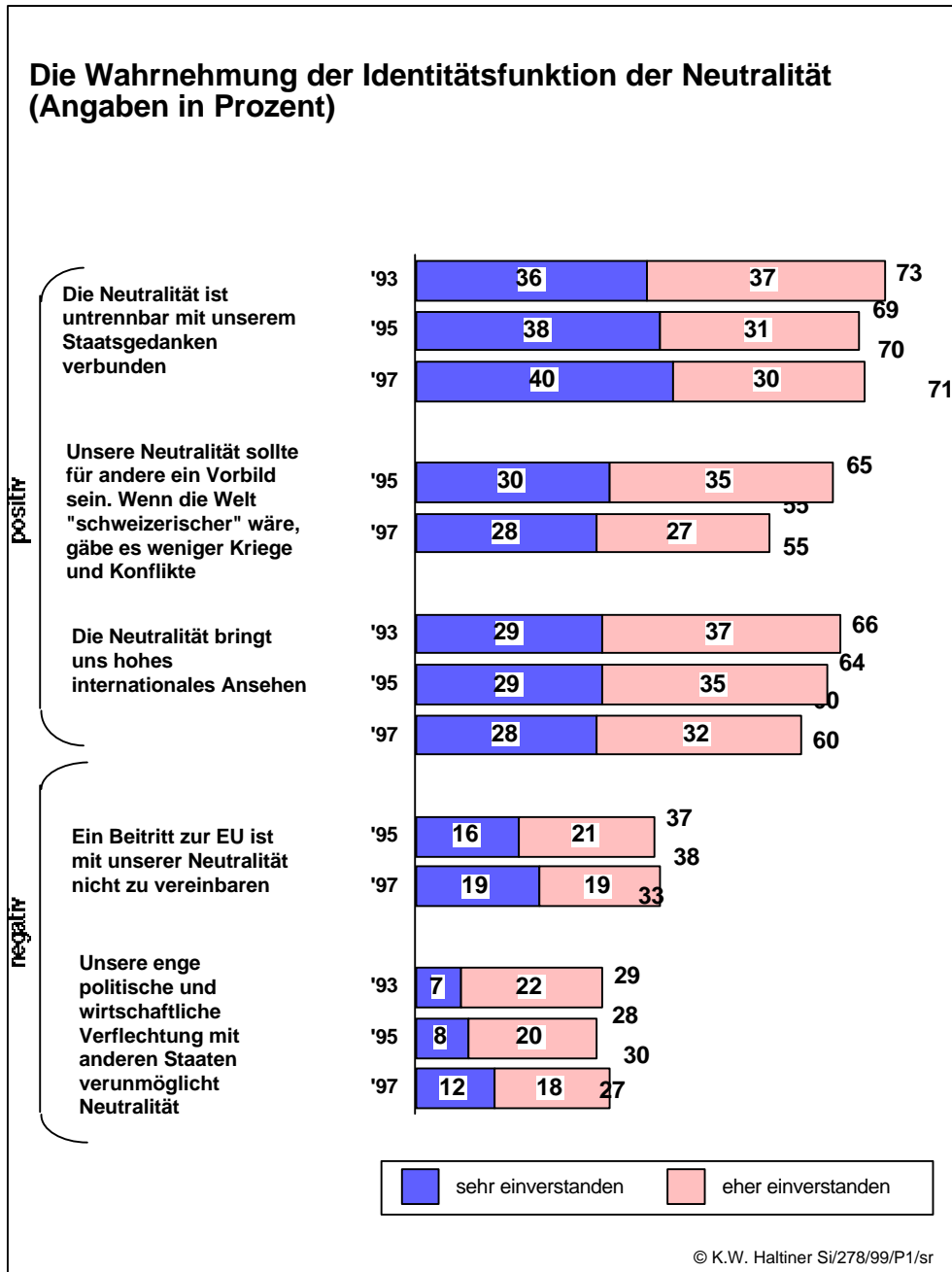


Die Vorgabe „Die Neutralität sollte ein vorrangiges Mittel unserer Aussenpolitik bleiben“ befürworten sieben von zehn Befragten. Dabei bestätigt sich der langfristige Trend im Beobachtungszeitraum 1993-1999. Die festgestellte langfristige Stabilität dieser Auffassung scheint aber in der Augustbefragung leicht ins Wanken zu geraten, da nur noch knapp zwei Drittel diese Meinung teilen (65%). Offenbar hat der Kosovo-Konflikt da und dort Zweifel an der vorrangigen Bedeutung der Neutralität geschürt. Konsistent dazu erhält die rein instrumentelle Nützlichkeitsauffassung – nach der die Neutralität aufgegeben werden sollte, sobald sie keine Vorteile mehr bringt – 1999 mehr Unterstützung (35%) als in den Jahren zuvor (1993: 33%; 1995: 30%; 1997: 29%). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität über den Beobachtungszeitraum 1993-1999 grösserenteils stabil geblieben ist. Es scheint aber, dass die Bereitschaft zur Aufgabe der Neutralität, falls sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, leicht am Steigen ist.

### **8.2.2 Die Identitätsfunktion der Neutralität**

Die positive Bewertung der Identitätsfunktion der Neutralität (Abbildung 8.2) bleibt im Vergleich zu 1997 auf einem hohen Niveau stabil (1997: 70%; Januar 1999: 71%; August 1999: 65%). Im August 1999 teilten vor allem die Jungen (18-29 Jahre) diese Meinung signifikant weniger als die anderen Alterskategorien (57%;  $\gamma = -0.28$ ). Im Vergleich dazu verbinden die über 60-Jährigen zu 77% die Neutralität untrennbar mit unserem Staatsgedanken. Auch die Schweizerinnen und Schweizer mit einem tieferen Bildungsabschluss sowie politisch rechts stehende Personen scheinen die Neutralität und den Staatsgedanken stärker in Beziehung zueinander zu stellen. Über die Hälfte aller Befragten ist der Meinung, dass der Neutralität ein Vorbildcharakter für andere Staaten zukomme (Januar 1999: 55%), und 60% glauben, dass die Neutralität der Schweiz im Ausland hohes Ansehen verschafft. Wiederum scheinen die Schweizerinnen und Schweizer mit einem höheren Bildungsabschluss und politisch eher links stehende Personen diese Aussagen weniger stark zu unterstützen. Im Zeitvergleich 1993-1999 schreitet die im Bericht „Sicherheit 97“ wahrgenommene Prestigeeinbusse der Neutralität ganz leicht voran. Teilten 1993 noch zwei Drittel die Meinung, dass die Neutralität international ein hohes Ansehen bringt, so sind es im August 1999 noch 57%. Hingegen wird die negative Identitätsfunktion im Zeitverlauf 1993-1999 als konstant niedrig eingestuft. Wie in den Jahren zuvor glauben nur wenige (Januar 1999: 27%; August 1999: 31%) daran, dass die enge wirtschaftliche und politische Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität verunmögliche. Eine kleine Veränderung lässt sich dennoch konstatieren: So ist nur noch für jede dritte Schweizerin und jeden dritten Schweizer ein EU-Beitritt nicht mit der Neutralität zu vereinbaren (Januar 1999: 33%; im Vergleich 1997: 38%). Auffallend dabei ist, dass vor allem gutausgebildete und im politischen Spektrum links stehende Befragte von einer

Abbildung 8.2:



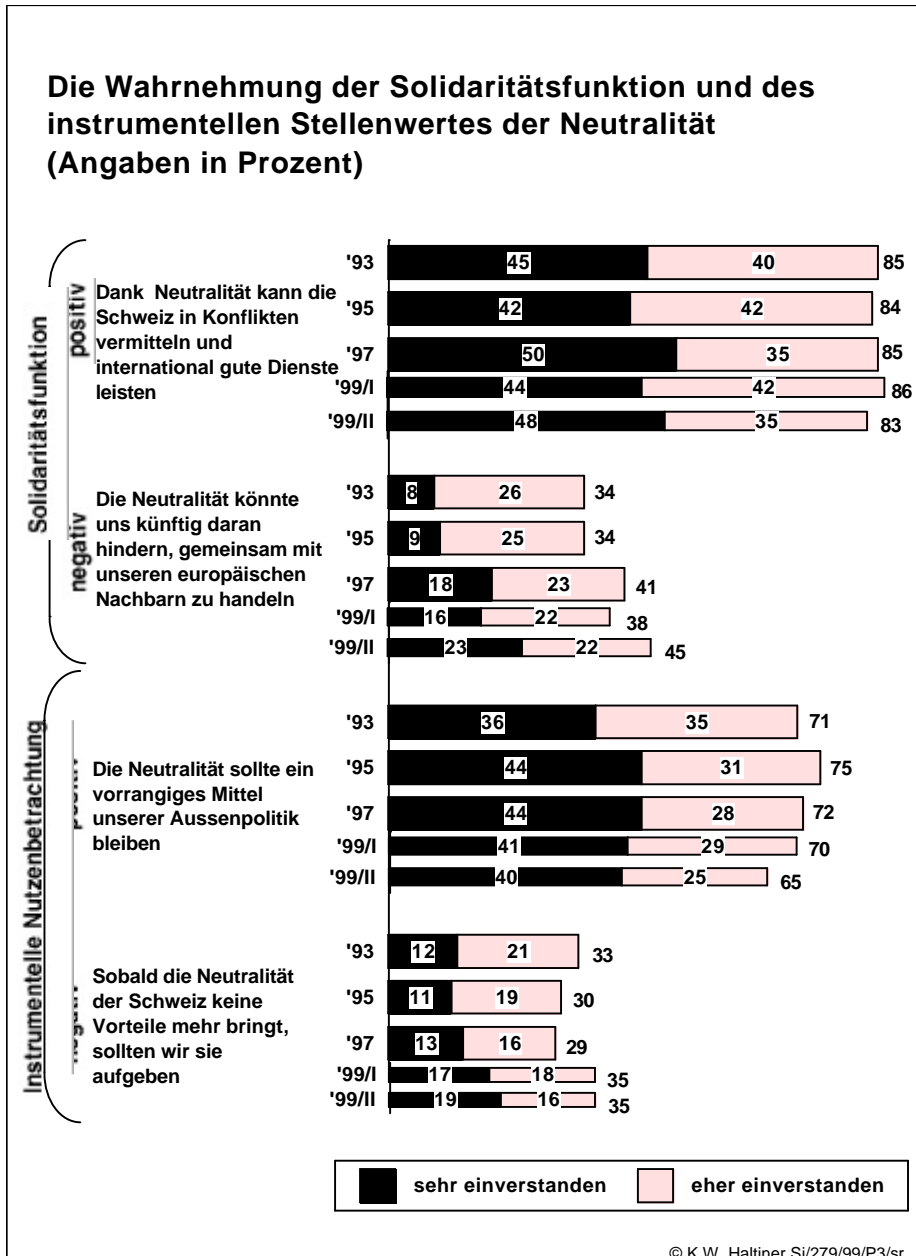
Unvereinbarkeit zwischen einem EU-Beitritt und der Neutralität weniger halten als die Durchschnittsbefragten (25%, respektive 20%).

### 8.2.3 Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität (Abbildung 8.3) stösst bei der Schweizer Bevölkerung allgemein auf ein abnehmendes Einverständnis. Es lässt sich, wie auch schon teilweise im Bericht „Sicherheit 97“ beschrieben, hier eine wachsende Skepsis im Vergleich zu den anderen Neutralitätsfunktionen feststellen. Nur noch eine knappe Mehrheit teilt die Meinung, dass die Neutralität einen Schutz vor internationalen Konflikten bieten könne. Diese Ansicht hat sich im Verlaufe des Jahres 1999 merklich vermindert. Glaubten zu Beginn des Jahres noch 56% aller Befragten an eine mögliche konfliktmindernde Funktion der Neutralität, so teilen diese Auffassung im August nur noch 51% aller Befragten. Erstmals sieht zudem weniger als die Hälfte in der bewaffneten Neutralität einen Beitrag zur Sicherheit und politischen Stabilität in Europa (Januar 1999: 46%). Inwiefern die Vorkommnisse im Kosovokonflikt diesen Stimmungswechsel ausgelöst haben, lässt sich womöglich mit der Aussage „Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden“ in Beziehung setzen (Januar 1999: 46%; August 1999: 53%). Der Anstieg um sieben Prozent innerhalb eines halben Jahres gibt der These Plausibilität, wonach die beeindruckende Geschlossenheit der europäisch-amerikanischen Allianz beim Einsatz in Kosovo hier zu Lande gewisse Zweifel am sicherheitspolitischen Wert der Neutralität aufkeimen liess. Zum ersten Mal in der Beobachtungsperiode 1993-1999 stimmte eine Mehrheit aller Befragten dem oben erwähnten Satz zu. Vor allem in der französischen Schweiz (August 1999: 63%), bei den höher Gebildeten (August 1999: 56%) und den politisch links stehenden Personen (August 1999: 62%) ist diese Meinung signifikant stärker vertreten. An ein europäisches Verteidigungsbündnis als bessere Alternative glauben allerdings lediglich 39% aller Befragten in der zweiten Umfrage des Jahres 1999.

Der 1997 zu verzeichnende Zustimmungszuwachs bezüglich der Vereinbarkeit von Neutralität und Zusammenarbeit mit der NATO hat sich 1999 nicht fortgesetzt. Im Januar 1999 sind nur 53% (-20%) der Schweizerinnen und Schweizer der Überzeugung, dass die Neutralität auch eine Zusammenarbeit mit der NATO zulasse. Angemerkt werden muss aber, dass in der Befragung 1999 die Formulierung gegenüber den vorhergehenden Jahren verändert wurde. 1997 lautete die Aussage „Die Neutralität lässt *in gewissen Bereichen* auch eine Zusammenarbeit mit der NATO zu“, wohingegen die Frage im Jahre 1999 verschärft wurde, indem der Zusatz „*in gewissen Bereichen*“ gestrichen wurde. Dieser Sachverhalt erklärt sicher einen Teil des Prozentunterschiedes. Seit 1995 ist die Zahl jener rückläufig, welche die Neutralität weiterhin für absolut notwendig halten, weil sie einen Krieg auf europäischem Boden für nicht ausgeschlossen halten (1995: 63%; 1997: 60%; Januar 1999: 56%; August 1999: 52%), wobei die Vorgabe explizit „zwischen Frankreich und Deutschland“

Abbildung 8.3:



erwähnt. Diese Antwortvorgabe polarisiert die Befragten in einem hohen Masse. Bemerkenswert sind die beträchtlichen Unterschiede in Bezug auf verschiedene soziodemographische Merkmale (August 1999: Geschlecht: Männer 46%, Frauen 58%, CC= 0.15; Sprachregionen: Deutschschweiz 55%, Westschweiz 42%, CC= 0.16; Bildung: tief 66%, mittel 54%, hoch 40%,  $\gamma= 0.23$ ; Politische Einstellung: links 38%, Mitte 54%, rechts 60%, CC= 0.26; Alter 18-29: 47%, 30-59: 50%, 60+: 61%,  $\gamma= -0.15$ ).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die verschiedenen Neutralitätsfunktionen im Bewusstsein der Durchschnittsbevölkerung nach wie vor hoch im Kurs sind. Die schweizerische Neutralität ist für die Bevölkerungsmehrheit eine Maxime mit Zielcharakter. Vor allem die Solidaritätsfunktion, aber auch in einem geringeren Masse die Identitätsfunktion der Neutralität, geniessen in der Bevölkerung grosse Zustimmung. Hingegen wird die sicherheitspolitische Funktion wesentlich kritischer begutachtet. Desgleichen spielt auch die instrumentelle Nutzenbetrachtung der Neutralität im Vergleich zu 1997 eine geringere Rolle. Zudem hat sich die Überzeugung, die Neutralität biete auch sicherheitspolitisch Schutz, seit 1993 relativ stetig abgeschwächt. Die Mehrheit der Befragten ist heute vom sicherheitspolitischen Nutzen der Neutralität nicht mehr überzeugt.

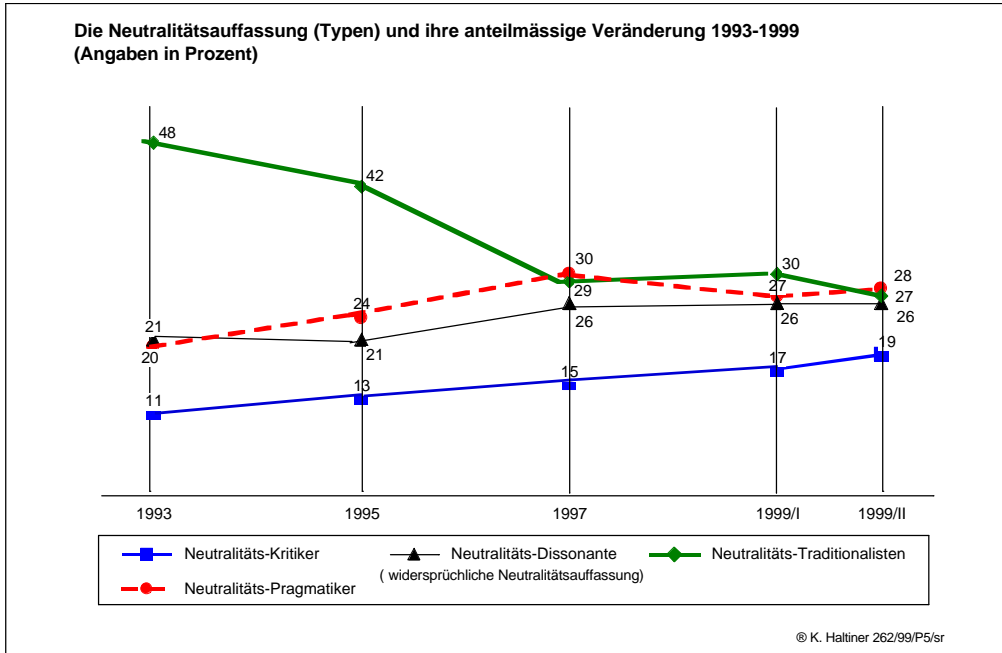
### 8.3 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Unsere früheren Untersuchungen zeigen, dass, obwohl am „Prinzip Neutralität“ festgehalten wird, sich die Auffassungen darüber, wie sie ausgelegt werden soll, verändern (vgl. „Sicherheit 1997“). Es ist zu erwarten, dass sich auch 1999 dieser Prozess fortgesetzt hat. Er soll typologisch analysiert werden mit Hilfe einer Clusterbildung. Für die Clusteranalyse wählten wir aus den fünfzehn in den Abbildungen 8.1 bis 8.3 aufgeführten Vorgaben deren acht aus (Abbildung C Neutralitätstypen 1999/I im Anhang I). Diese indizieren alle Neutralitätsfunktionen in positiver (links in der Abbildung) und in negativer Besetzung (rechts in der Abbildung). Eine angemessene befriedigende Lösung zur Erklärung der Variation bildet eine 4-Cluster-Variante (siehe dazu im Anhang I). Ihr lassen sich im Januar 1999 von 1201 Befragten deren 963 eindeutig zuordnen und im August von 1009 deren 756. Die vier Typen lassen sich wie untenstehend charakterisieren:<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Die Clusteranalysen der Datensätze Januar 1999 und August 1999 wurden mit SPSS 6.1 for Mac und SPSS 9.0 for Windows berechnet. Bei einer Nachkontrolle der Studie „Sicherheit 1997“, welche mit SPSS 4.0 for Mac berechnet wurde, zeigten sich Abweichungen der Häufigkeiten im Vergleich zu den neuen Programmen. Diese Programme schätzen die Clusteranalysen mit einer höheren Iterationsanzahl. Wir entschlossen uns deshalb, auch die Daten der Studie „Sicherheit 1997“ mit den neueren Programmen zu berechnen. In den folgenden Abbildungen sind somit die neuen, gültigen Werte auch für das Jahr 1997 aufgeführt.



Abbildung 8.4:



*Neutralitätskritiker:* Sie stehen der positiven Solidaritätsfunktion kritisch gegenüber und lehnen die positive sicherheitspolitische Funktion und die positive Identitätsfunktion klar ab (Abbildung C: Neutralitätstypen 1999/I und Neutralitätstypen 1999/II im Anhang I: schwarz gestrichelte Linie). Sie glauben nicht daran, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann und meinen auch, dass die Schweiz *nicht nur* wegen ihrer Neutralität von Konflikten verschont bleibt. Hingegen befürworten sie alle negativen Neutralitätsfunktionen deutlich. Personen dieses Meinungstyps bestreiten die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, weil sie in ihr ein mögliches Hemmnis für eine verstärkte internationale Kooperation der Schweiz sehen. Deutlich billigen sie eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität, d.h. die Maxime soll dann über Bord geworfen werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Wie schon 1997 festgestellt wurde, halten die Kritiker und Kritikerinnen die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung zu übernehmen. Es lässt sich somit folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, nämlich der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen an solidarischem Handeln nicht mehr entspricht.

Der Typ des Neutralitätskritikers hat sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 1999 von 11% auf 19% aller gültigen Befragten erhöht (Abbildung 8.4).

*Neutralitätspragmatiker:* Sie bewerten die internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität positiv (Abbildung C Neutralitätstypen 1999/I und Abbildung D Neutralitätstypen 1999/II im Anhang I: dunkelgraue Linie). Auch der positiven Identitätsfunktion stimmen sie mehrheitlich zu. Gegenüber der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität sind sie hingegen kritischer eingestellt. Vor allem glauben sie nicht, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beiträgt. Diese Meinung teilen sie mit den Neutralitätskritikern. Uneins sind sie sich in der Beurteilung, ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden kann. Anders als die Neutralitätskritiker sind sie nicht der Meinung, die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn hindern oder die Neutralität verunmögliche eine enge internationale Verflechtung. Die Neutralitätspragmatiker betrachten die Neutralität nicht nur aus der Sicht einer rein instrumentellen Nutzenbetrachtung. So wollen sie die Neutralität nicht aufgeben, wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Vielmehr sehen sie in ihr eine Staatsmaxime, mit der die schweizerische Staatsidee eng verbunden ist. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Pragmatiker den Solidaritäts- und Identitätsfunktionen zustimmen, aber die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität als nicht mehr gegeben betrachten.

Die Neutralitätspragmatiker haben anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993-1999 von 20% auf 28% der Befragten zugenommen und stellen den zahlenmässig grössten Anteil der Neutralitätstypen.

*Neutralitätsdissonante:* Personen dieses Auffassungstyps beantworten alle positiven wie auch alle negativen Neutralitätsfunktionen zustimmend (Abbildung C Neutralitätstypen 1999/I und Abbildung D Neutralitätstypen 1999/II im Anhang I: schwarz gestrichelt-gepunktete Linie). Am stärksten wird die Solidaritätsfunktion unterstützt, aber auch die Identitätsfunktion erfreut sich eines hohen Stellenwerts. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird von einer klaren Mehrheit geglaubt. Gleichzeitig stimmen Personen dieses Typs aber auch den Vorgaben zu, die Neutralität könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten und die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden. Ebenso würden sie auf die Neutralität verzichten, wenn klar wäre, dass sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringen würde. Diese widersprüchliche Haltung wurde schon in früheren Untersuchungen festgestellt, z.B. im Bericht „Sicherheit 97“. Zwei mögliche Erklärungen drängen sich auf: Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die sich verstärkenden objektiven Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional an ihr festhalten. Sie sind sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr. Oder aber es sind sich Personen dieses Auffassungstyps der Inkonsistenz ihrer Haltung gar nicht bewusst. Sie sind eher apolitisch und haben

sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinander gesetzt. Wie auch immer: Der Dissonanz-Typ bringt in jedem Fall ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen zum Ausdruck.

Anteilmässig erhöhten sich die Neutralitätsdissonanten im Zeitraum 1993-1999 von 21% auf 26%, wobei sie seit 1997 konstant diesen Wert belegen.

*Neutralitätstraditionalisten:* Sie nehmen wie in den vorherigen Jahren alle Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen konsequent jegliche Funktionsverlustbehauptungen ab (Abbildung C Neutralitätstypen 1999/I und Abbildung D Neutralitätstypen 1999/II im Anhang I: hellgraue Linie). Die Neutralität als Symbol ist emotional sehr stark verankert und der schweizerische Staatsgedanke wird untrennbar mit ihr verbunden, somit wird die Schweiz mit „Neutralität“ gleichgesetzt. Vor allem die Solidaritätsfunktion wird sehr hoch bewertet. Auch ist der Glaube, die Neutralität schütze die Schweiz vor dem Einbezug in Konflikte, stark verankert. Eine instrumentelle Betrachtung der Neutralität lehnen sie ab und sind überhaupt nicht damit einverstanden, dass die schweizerische Neutralität ein Hindernis im gemeinsamen Handeln mit den anderen europäischen Staaten darstellen könnte. Es scheint somit, dass die Traditionalisten und Traditionalistinnen der Neutralität den Stellenwert eines Selbstzweckes verleihen.

Im Zeitverlauf 1993-1999 ist der Anteil der Neutralitätstraditionalisten stellenwertmässig markant von 48% auf 27% aller gültigen Befragten gesunken. Sie stellen im August 1999 zum ersten Mal nicht mehr die relativ grösste Anhängerschaft (Abbildung 8.4).

Fazit: Die anteilmässige Verteilung der verschiedenen Neutralitätstypen in der schweizerischen Bevölkerung hat sich im Zeitraum 1993-1999 relativ stark verändert. Seit 1997 hat insbesondere die kritische Neutralitätsauffassung und besonders die pragmatische Neutralitätsauffassung Boden gewonnen. Auf Kosten der anderen Typen hat der Traditionalismus anteilmässig stark verloren. Diese Trendwende deutet darauf hin, dass heute der Selbstzweck der Neutralität vermehrt in Frage gestellt wird und die Neutralität ihren Stellenwert als „Mythos von fast religiöser Weihe“ (Edgar Bonjour, vergleiche Bericht „Sicherheit 97“) bei einem grossen Teil der Bevölkerung verloren hat. Nicht so sehr weltanschauliche, sondern eher pragmatische Gesichtspunkte bestimmen heute die Bewertung der Neutralität in der Bevölkerung. So wird sie in den Augen einer wachsenden Anzahl Bürger und Bürgerinnen immer mehr als ein flexibel zu handhabendes Instrument der Aussenpolitik betrachtet.

### **8.3.1 Die Neutralitätstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen**

In Abbildung 8.5 und Abbildung 8.6 werden die Neutralitätstypen nach soziodemographischen Eigenschaften dargestellt. Die Neutralitätsauffassungen variieren nach

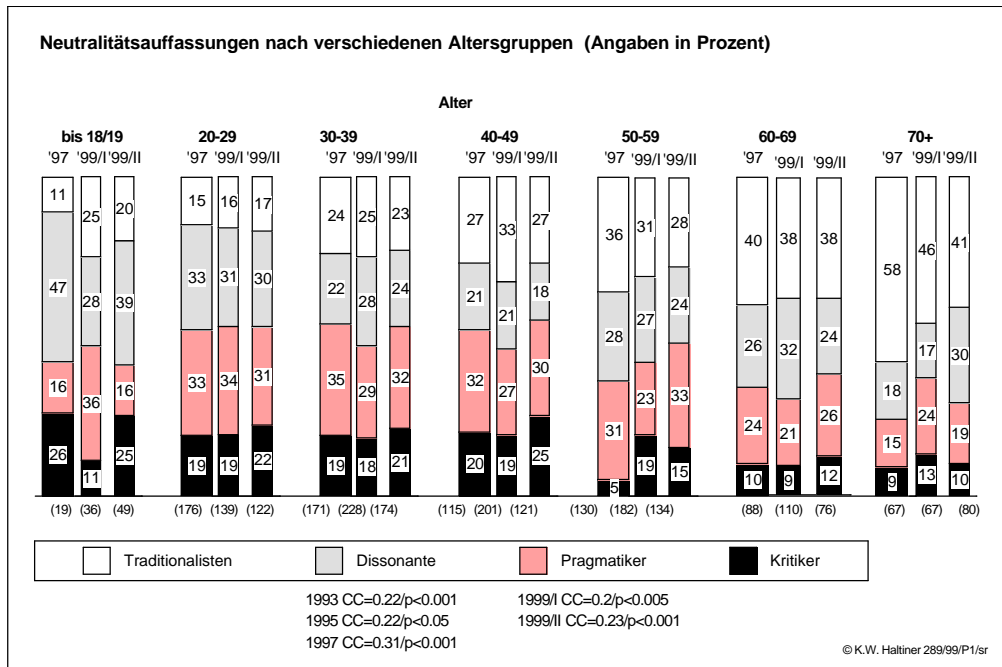
dem Alter (Abbildung 8.5), der Sprachregion, der Bildung (Abbildung 8.6) und dem Geschlecht, welches aber nicht aus den Abbildungen ersichtlich ist. Beim Geschlecht fällt vor allem auf, dass die Frauen stärker dem dissonanten Typ zuzuordnen sind als die Männer (Männer 43%, Frauen 58%).

Wiederum unterscheiden sich wie in den letzten Jahren die verschiedenen Alterskohorten signifikant voneinander. Die traditionalistische Neutralitätsauffassung nimmt zwar in allen Erhebungsjahren mit steigendem Alter zu, hat aber insgesamt in allen Altersgruppen von Jahr zu Jahr an Boden verloren. 1999 sind auch die ab 60-Jährigen mit dieser Auffassung nicht mehr in der absoluten Mehrheit, sondern ihr Anteil ist von 46% auf 41% (August 1999) der Befragten gesunken. Im Zeitvergleich 1997 bis 1999 lässt sich feststellen, dass die 50-59-Jährigen erstens neutralitätskritischer (1997: 5%; Januar 1999: 19%) und zweitens weniger traditionalistisch eingestellt sind. Mit Ausnahme der Traditionalisten, welche allgemein im Zeitverlauf einen Rückgang zu verzeichnen haben, sind die anderen Neutralitätstypen innerhalb der Jahreskategorien erstaunlich stabil. Es kann beobachtet werden, dass über die Jahre hinweg vor allem die Pragmatiker – aber auch in kleinerem Ausmass die Neutralitätskritiker – Zuwachs erhalten.

Während bei der obersten Bildungsschicht (Abbildung 8.6) die Neutralitätspragmatiker (Januar 1999: 32%) und die Kritiker (Januar 1999: 25%) weiterhin die vorherrschenden Meinungstypen sind, ist im Zeitverlauf vor allem der Traditionalistentyp rückläufig (1993: 29%; August 1999: 23%). Die Dissonanten zeigen sich mit knapp einem Fünftel als sehr stabil über die beobachteten Jahre. Dafür wächst genau dieser Neutralitätstyp bei den unteren und mittleren Bildungsschichten stark an. Betrag der Anteil der Dissonanten, also derjenigen, welche sich widersprüchlich zur Neutralität äussern, in früheren Jahren jeweils zwischen 20% und 25%, so überschreitet er 1999 die 30%-Marke. Dies könnte ein Hinweis dafür sein, dass die Verunsicherung über die Neutralitätsinterpretation sich vor allem in den unteren Bildungsschichten bemerkbar macht, in denen sie bisher als unverrückbar galt. Ihnen war noch 1993 eine klare Mehrheit der Traditionalisten zuzuordnen. Am meisten in Bewegung geraten ist die mittlere Bildungsschicht im Zeitvergleich. Auf Kosten der Neutralitätstraditionalisten breiten sich die Meinungstypen der Pragmatiker und Dissonanten kontinuierlich aus, während die Kritiker auf tiefem Niveau stagnieren.

Die traditionalistische Sichtweise ist auch 1999 in der deutschen Schweiz noch vorherrschend (Januar 1999: 34%; August 1999: 30%; Abbildung 8.6), wohingegen die Kritiker vorwiegend in der französischen Schweiz zu finden sind (Januar 1999: 28%; August 1999: 32%). Bei diesen zwei Auffassungen verhalten sich die zwei Sprachregionen gegensätzlich. Die Anteile der Dissonanten und Pragmatiker gestalten sich beinahe gleich. Die italienische Schweiz gleicht in der Verteilung der Neutralitätsauffassungen eher der deutschen als der französischen Schweiz. Auffallend ist aber, dass in der italienischen Schweiz in der Augustumfrage 1999 die Dissonanten mit 43% der Befragten vertreten sind. Infolge der geringen Fallzahl (N= 35) sollte man aber diese

Abbildung 8.5:

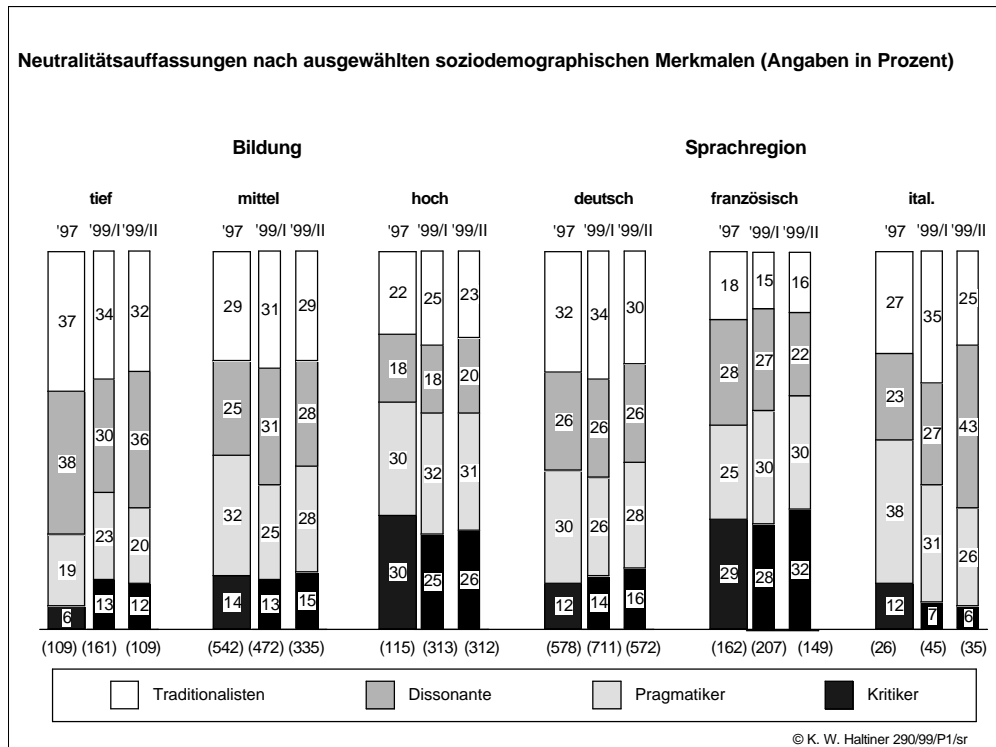


Verschiebung mit Vorbehalt betrachten. Klar scheint aber zu sein, dass die Neutralitätskritiker in der italienischen Schweiz mit Abstand die kleinste Gruppe darstellen (Januar 1999: 7%).

Fazit: Die Neutralitätsauffassungen variieren vor allem nach dem Alter, der Bildung und nach der Sprachregion. Die vermehrte Zuwendung zu einer kritischen und pragmatischen Auffassung der schweizerischen Neutralität scheint einem intergenerationalen Wandel unterworfen zu sein, welcher sich über die Jahre als sehr ausgeprägt gezeigt hat. Gleichzeitig haben sich die Neutralitätsauffassungen aber auch innerhalb der Altersgruppen verschoben, auch der älteren. Beachtenswert ist, dass bei den hier vorgestellten soziodemographischen Merkmalen die Typen der Kritiker und Traditionalisten sich meist gegensätzlich gegenüberstehen, während die Pragmatiker und Dissonanten im Grossen und Ganzen im Vergleich der verschiedenen Ausprägungen (z.B. jung versus alt) überall die ähnlichen Werte vorweisen. Es scheint, dass sich in Bezug auf die Traditionalisten und die Kritiker der Neutralität eine Schere auftut und immer deutlichere Unterschiede innerhalb der einzelnen soziodemographischen Merkmale auftreten. Wie früher gilt indessen: Personen mit hohem Bildungsgrad sowie die französischsprachige Schweiz sind überdurchschnittlich neutralitätskritisch,

während Personen, die einem traditionellen Neutralitätsverständnis zuneigen, vor allem in der deutschen Schweiz und in der tieferen Bildungsschicht beheimatet sind.

Abbildung 8.6:



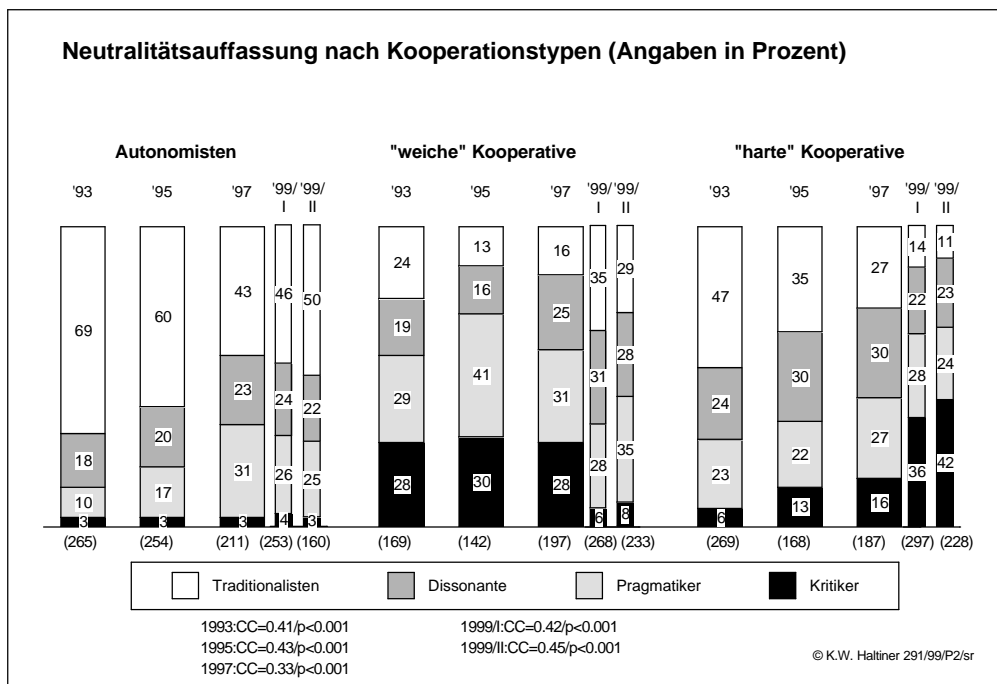
### 8.3.2 Die Neutralitätstypen nach den Typen ausserpolitischer Kooperation

Der Datenlage nach zu schliessen sind beim Vergleich zwischen den Kooperationstypen und den Neutralitätstypen in Bezug auf die „harten“ und „weichen“ Kooperativen beträchtliche Unterschiede im Vergleich zu den Vorjahren feststellbar (Abbildung 8.7). Der Anteil der Neutralitätskritiker, welche eine „harte“ ausserpolitische Öffnung fordern, hat sich mehr als verdoppelt (1997: 16%; Januar 1999: 36%; August 1999: 42%), während sich die Anzahl der Personen mit traditioneller Neutralitätsauffassung in ähnlichem Ausmass verringert hat (August 1999: 11%, -16%). Dagegen befinden sich in den Reihen der Befürworter/innen einer „weichen“

aussenpolitischen Kooperation 1999 weit weniger Neutralitätskritiker als noch 1997 (8%, -20%). Dafür ist in dieser Gruppe das traditionelle Neutralitätsverständnis wieder stärker verbreitet (August 1999: 29%, +13%). Keine grosse Veränderungen sind bei den Autonomisten zu vermelden.

Es lässt sich eine zunehmende Unvereinbarkeit des Wunsches nach „harter“ aussenpolitischer Öffnung bei gleichzeitig traditioneller Neutralitätsauffassung feststellen, während eine „weiche“ aussenpolitische Öffnung offenbar zunehmend auch für die Anhänger und Anhängerinnen einer traditionellen Neutralitätspolitik in Frage kommt. Den Neutralitätskritikern kann aber offensichtlich eine „weiche“ aussenpolitische Kooperation – im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren – immer weniger genügen. Sie wünschen sich vermehrt die „harte“ Form der politischen Öffnung zum Ausland. Das Gutheissen eines autonomistischen Kurses der Schweiz und die traditionelle Auffassung von Neutralität als einem nationalen Symbol gehen, wie nicht anders zu erwarten, weiterhin Hand in Hand.

Abbildung 8.7:

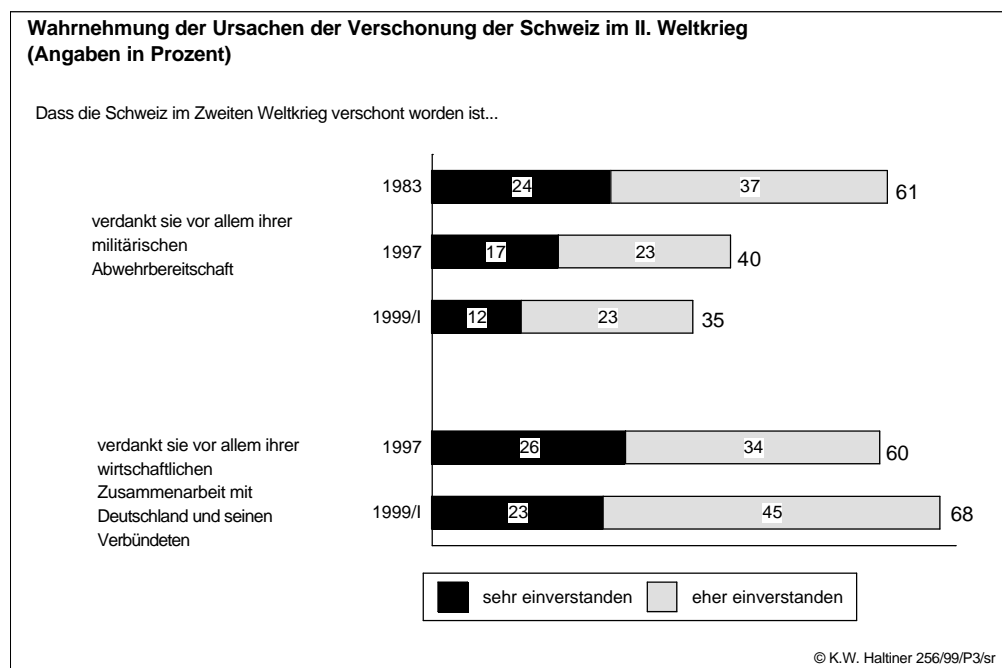


## 8.4 Die Schweizer Neutralität während des Zweiten Weltkrieges – Exkurs zur aktuellen Diskussion um das Geschichtsbild

Um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg entbrannte bekanntlich 1996 eine öffentliche Diskussion. Das Geschichtsbild geriet ins Wanken. Die Thematik ist auch 1999 noch aktuell und wird mit Interesse verfolgt. Die Diskussion um die sogenannte „Solidaritätsstiftung“ wie auch die angekündigte AHV-Goldinitiative der SVP zeigen dies auf eine indirekte Weise.

Die Diskussion konzentriert sich unter anderem auf die Gründe der Verschonung der Schweiz vor kriegerischen Verwicklungen. Während die einen insbesondere die Neutralität und die militärische Abwehrbereitschaft herausstreichen, weisen andere auf die enge finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Schweiz mit Deutschland und seinen Verbündeten hin.

Abbildung 8.8:





Beide Haltungen sind den Befragten 1999 in der Form von zwei Vorgaben vorgelegt worden. Die Einstellung zur Vorgabe „Dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer militärischen Abwehrbereitschaft“ wurde bereits 1983 erstmals in einer eigenen Befragung erhoben, die Aussage „Dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten“ hingegen wurde 1997 erstmals gestellt (Abbildung 8.8).

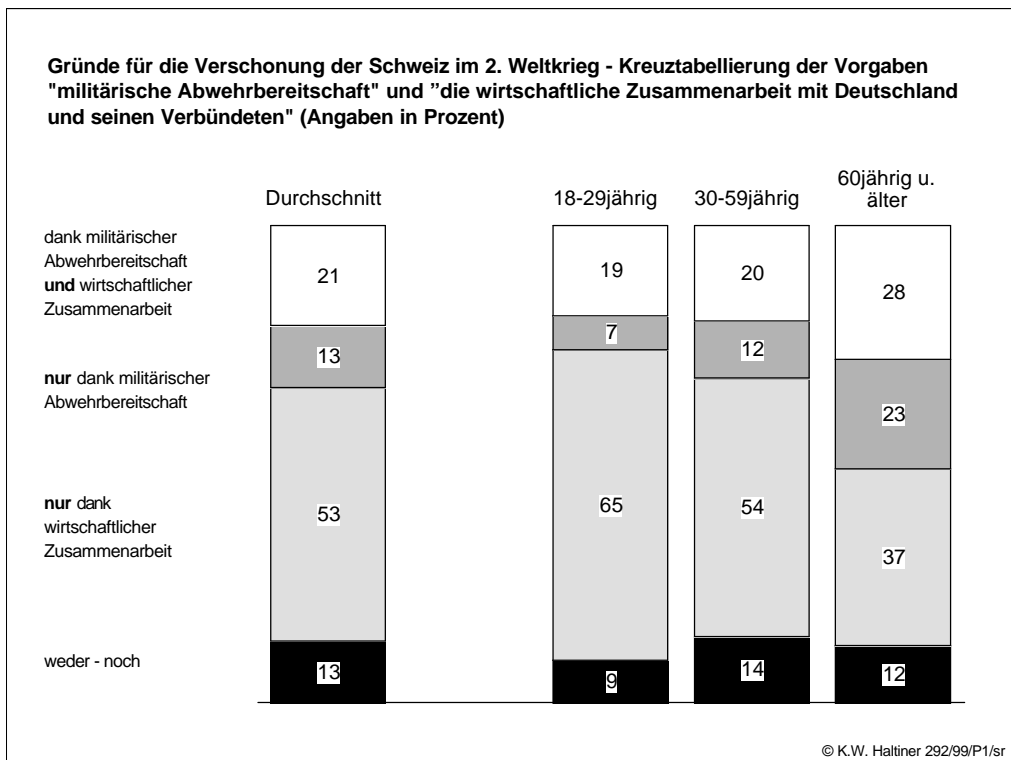
Der Glaube an die militärische Abhaltewirkung als einer vorrangigen Ursache der Verschonung nimmt im Zeitverlauf ab (Abbildung 8.8). Stimmten 1983 dieser Aussage noch 61% aller Befragten zu, so waren dies bereits 1989, also noch vor der öffentlichen Geschichtsdebatte von 1996, nur noch 41%. Die Daten zeigen im Vergleich zu 1989 keine Veränderung, was die militärische Abwehrbereitschaft anbetrifft. Hingegen hat seither dieser Standpunkt weiter an Boden verloren. Nur noch 35% schreiben 1999 die Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ihrer militärischen Abwehrbereitschaft zu. Gar nur 25% der 18-29-Jährigen teilen 1999 diese Auffassung (1997: 31%). Besonders schwer tun sich mit dieser Interpretation die Höhergebildeten (27%) und die eher politisch links stehenden Personen (22%). Hingegen findet sie eine Mehrheit bei den ab 60-Jährigen (51%). Befragte, welche nur eine obligatorische Schule besucht haben, sind mit 42% überdurchschnittlich vertreten. In der Westschweiz wird ihr leicht überdurchschnittlich (39%) zugestimmt.

Seit 1997 erhöhte sich hingegen der Anteil der Personen, welche die Ursachen der Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten sehen, auf 68% der Befragten (1997: 60%). Vor allem die Antwortkategorie „eher einverstanden“ verzeichnet einen grossen Zuwachs (+11%). Wie schon 1997 bemerkt, ist es erstaunlich, dass die Männer mit einem Anteil von 75% gegenüber den Frauen (61%) dieser Vorgabe signifikant mehr zustimmen ( $CC= 0.2$ ). Die erhebliche Verunsicherung bei der Frage nach den Ursachen für die Verschonung des Landes im Zweiten Weltkrieg zeigt auch der hohe Anteil an „Weiss nicht“-Antworten, welcher bei den Frauen 9%, bei den ab 60-Jährigen 7% und den unteren Bildungsschichten gar 11% beträgt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass alle verschiedenen Kategorien (Bildung tief, mittel, hoch; Alter jung, alt etc.) mehrheitlich der Aussage zustimmen, dass die Schweiz dank ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und dessen Verbündeten im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist.

Von Verunsicherung zeugt, dass 21% (1997: 24%) mit beiden Vorgaben gleichermaßen einverstanden sind, obwohl diese mit der Formulierung „*vor allem*“ bewusst prioritätensetzend, d. h. sich gegenseitig ausschliessend formuliert worden waren (Abbildung 8.9). Im Gegensatz zu 1997 ist in diesem Jahr die Mehrheit der Bevölkerung (53%; 1997: 43%) der Meinung, dass die Schweiz ausschliesslich dank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verschont geblieben sei. Gleichzeitig fällt der Anteil jener von 18% auf 13% zurück, welche nur die militärische Abwehrbereitschaft unter

Ausschluss wirtschaftlicher Aspekte als Grund sehen. Diese Bevorzugung des Arguments militärischer Abwehrbereitschaft unter Ablehnung der wirtschaftlichen Ursachen nimmt mit steigendem Alter zu, hingegen nimmt die Hervorhebung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als Ursache unter Ablehnung der militärischen Abwehrkraft ab. Dennoch betrachtet auch eine relative Mehrheit (37%) der ab 60-Jährigen die wirtschaftlichen Gründe als die ausschlaggebenden. Dies hat sich im Vergleich zu 1997 geändert. Sahen dort die Älteren vor allem die militärischen und wirtschaftlichen Gründe (36%) als entscheidend an, so sinkt dieser Anteil auf 28% der Befragten. Es scheint, als hätte die öffentliche Diskussion einen Stimmungswandel in der schweizerischen Bevölkerung bewirkt. Eine Mehrheit ist heute der Auffassung, dass die Schweiz nur dank ihrer wirtschaftlichen Kooperation verschont wurde. Diese Überzeugung teilen im Gegensatz zu 1997 auch immer mehr ältere Personen. Der Anteil jener Personen, welche sich nicht festlegen möchten, sinkt leicht von 15% auf 13%.

Abbildung 8.9:



#### 8.4.1 Neutralitätstypen und die Schweizer Neutralität während des Zweiten Weltkrieges

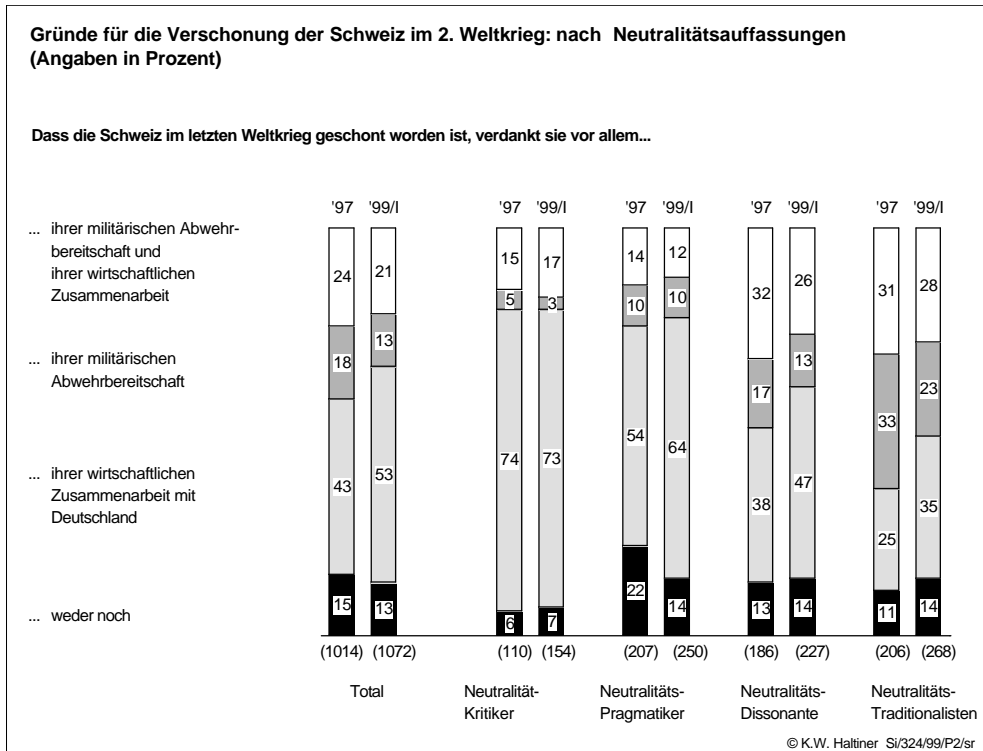
Von Interesse ist insbesondere der Zusammenhang zwischen Geschichtsbild und Neutralitätsauffassung. Über sieben von zehn Neutralitätskritiker(innen) sind der Meinung, dass die wirtschaftlichen Aspekte die wahren Gründe für den Nichteinbezug der Schweiz in den Zweiten Weltkrieg darstellen (Abbildung 8.10). Dieser Anteil ist seit 1997 konstant hoch. Die anderen Neutralitätstypen haben in Bezug auf diese Aussage ihre Zustimmung markant gesteigert. Wähten im Jahr 1997 54% der Pragmatiker den wahren Grund für die Verschonung in der wirtschaftlichen Verflechtung, so steigt dieser Anteil 1999 auf 64%. Ein analoges Bild zeigen die Dissonanten (1997: 38%; 1999: 47%) und die Neutralitätstraditionalisten (1997: 25%; 1999: 35%). Die im letztem Bericht festgestellte Dissonanz im Sinne einer inkonsequenten Haltung bei der Neutralität hat sich abgeschwächt. Vor allem der Typ des Neutralitätsdissonanten stimmt nur noch zu 26% (1997: 32%) beiden Interpretationen zu, welche sich durch ihre Formulierung letztlich ausschliessen. Auch bei den Traditionalisten ist ein Wandel im Geschichtsbild festzustellen: So sind 1999 10% weniger als 1997 von der überragenden Wirkung der militärischen Abwehrbereitschaft überzeugt (23%). Hiess 1997 noch ein Drittel von ihnen diese Vorgabe gut, so ist es 1999 nicht mehr ganz ein Viertel.

Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass vor allem die ältere Generation und die Neutralitätstraditionalisten ihr Geschichtsbild im Verlaufe der letzten beiden Jahre geändert haben. Die wirtschaftlichen Aspekte als Ursache der Verschonung zur Zeit des Zweiten Weltkrieges werden heute allgemein stärker gewichtet.

Fazit: Sah 1997 eine relative Mehrheit von 43% der Schweizerinnen und Schweizer die wirtschaftlichen Gründe als die ausschlaggebenden an, so stimmt dieser Vorlage 1999 eine *absolute* Mehrheit von 53% zu. Weniger die älteren, wohl aber die jüngeren Generationen neigen vermehrt zu dieser Sicht der Ursachen für die Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Der Wandel des Geschichtsbildes unserer nahen Vergangenheit trägt offenbar zur Erosion des bislang vorherrschenden traditionalistischen Neutralitätsbildes in der öffentlichen Meinungsbildung bei. Die Auseinandersetzung um die bewaffnete Neutralität im Zweiten Weltkrieg und ihre „Moralisierung“ in der internationalen Diskussion beeinflusst die aktuelle und womöglich künftige Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung. Der Neutralitätsmythos scheint bei einem Grossteil der Bevölkerung ins Wanken zu geraten, und das Bewusstsein dafür, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht nur dank eigenen Leistungen verschont worden ist, scheint zu wachsen.

Abbildung 8.10:



## **9 SICHERHEITSPOLITISCHE ASPEKTE DER INTERNATIONALEN KOOPERATION**

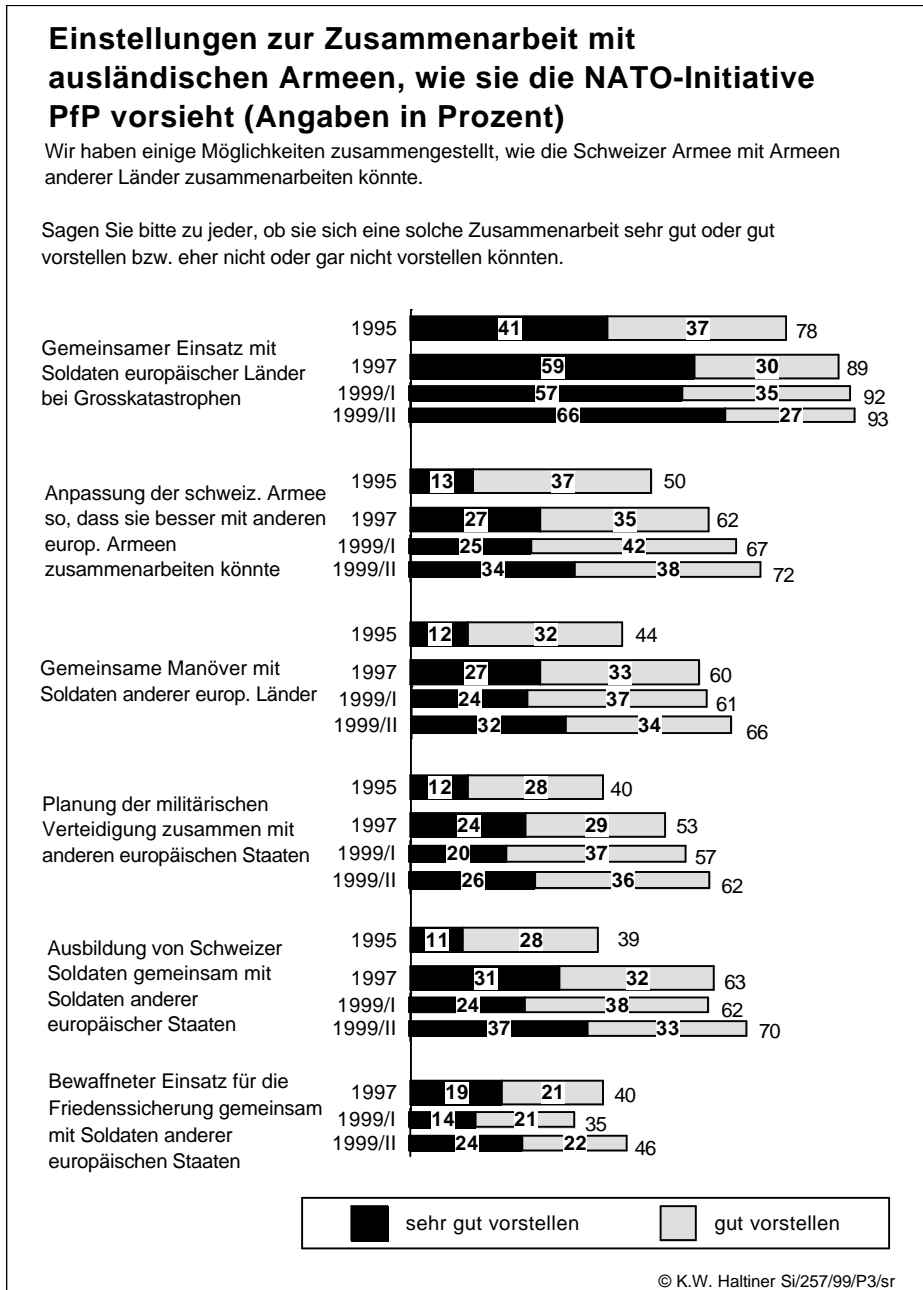
### **9.1 Abkommen mit der NATO: „Partnership for Peace“ (PfP)**

Im Dezember 1996 hat die Schweiz den Vertrag über die sogenannte „Partnerschaft für den Frieden“, abgekürzt PfP, unterzeichnet. Das Partnerschaftsangebot ist so konzipiert, das jeder Partnerstaat seine Zusammenarbeit mit dem Atlantischen Bündnis selber bestimmen und auch jederzeit wieder aufkündigen kann. Die Schweiz beschränkt ihre Zusammenarbeit im geltenden Vertrag mit der NATO auf Ausbildungszusammenarbeit und unbewaffnete Kooperationsmodi im Rahmen humanitärer und ziviler Einsätze.

Mit denselben Vorgaben wie 1995 und 1997 ist 1999 die Haltung der Bevölkerung zu verschiedenen Graden der sicherheitspolitischen Kooperation, wie sie im PfP-Programm vorgesehen sind, erhoben worden. Da bei den Befragten weder die Kenntnis des Begriffes „Partnership for Peace“ noch ein detailliertes Wissen über die Inhalte des Übereinkommens vorausgesetzt werden dürfen, sind einige Kernanliegen der PfP in einer grundsätzlichen Weise, d.h. nicht direkt auf das Abkommen mit der NATO bezogen, erhoben worden. Konkret wurde gefragt, ob man sich die in der Abbildung 9.1 aufgelisteten Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit Armeen anderer europäischer Länder vorstellen könnte (Antwortkategorien: „sehr gut“, „gut“, „eher nicht“, „gar nicht“).

Generell lässt sich festhalten, dass zu allen gestellten Fragen die Zustimmung im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen ist. Insbesondere steigt die Zustimmung überall zwischen Januar und August 1999 an. Auch hier liegt die Vermutung nahe, der Jugoslawienkrieg habe die Einsicht in die Notwendigkeit einer intensivierten sicherheitspolitischen Kooperation allgemein gestärkt. Ausser einem bewaffneten Einsatz für die Friedensicherung gemeinsam mit Soldaten anderer europäischer Staaten (Januar 1999: 35%; August 1999: 46%) erreichen alle sechs erhobenen Items eine absolute Mehrheitszustimmung der Schweizerinnen und Schweizer. Die höchste Billigung erfährt wiederum ein allfälliger Einsatz mit Soldaten europäischer Länder bei Grosskatastrophen. Neun von zehn Befragten könnten sich das sehr gut oder gut vorstellen. Jeweils mit einer Zweidrittelmehrheit sieht die Schweizer Bevölkerung die Möglichkeit einer Anpassung der Armee an andere europäische Armeen zwecks besserer Zusammenarbeit, eine mögliche gemeinsame Ausbildung und gemeinsame Manöver mit Soldaten anderer europäischer Staaten. Vor allem bei der Ausbildungszusammenarbeit haben sich ursprüngliche Hemmungen fast vollständig abgebaut.

Abbildung 9.1:



Eine allfällige Planung der militärischen Verteidigung zusammen mit anderen europäischen Staaten beurteilen die Befragten indes immer noch kritischer (Januar 1999: 57%; August 1999: 62%). Bei allen Formen der nonkombattanten Zusammenarbeit im Rahmen des PFP ist somit im Zeitverlauf eine wachsende Zustimmung zu verzeichnen. Sie werden wie schon 1997 durchwegs von zum Teil deutlichen Mehrheiten gebilligt. Dieser Trend hat sich 1999 sogar noch verstärkt. Obwohl zwischen den einzelnen Generationen, den verschiedenen Bildungsschichten, den Sprachregionen und dem Geschlecht signifikante Unterschiede bei der Zustimmung zu den fünf nonkombattanten Antwortvorgaben vorhanden sind, ist dennoch zu konstatieren, dass alle Teilgruppen diesen Aussagen ebenfalls jeweils mit einer Mehrheit von mindestens 50% zustimmen.

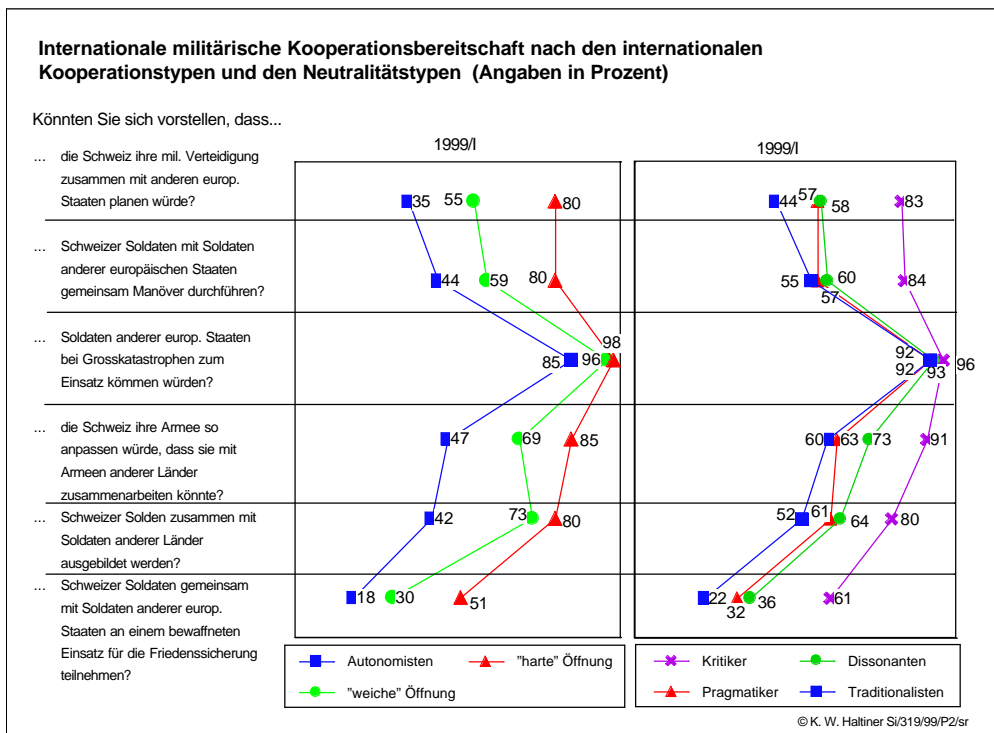
Hingegen ist ein bewaffnet-kombattanter Einsatz für die Friedenssicherung zusammen mit Soldaten anderer europäischer Staaten auch 1999 für die absolute Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nach wie vor unvorstellbar, auch wenn auch hierfür die Zustimmung 1999 zugenommen hat (Januar 1999: 35%; August 1999: 46%). Der Anstieg lässt sich womöglich auf die erfolgreichen Einsätze vor Ort der Schweiz im Kosovokonflikt zurückführen. In der ersten Befragung 1999 konnte sich in etwa die Hälfte der oberen Bildungsschicht einen bewaffneten Einsatz vorstellen und die welsche Schweiz befürwortete dies gar mit 54%. Dagegen sind mit jeweils 30% der Befragten die anderen Sprachregionen dieser Vorgabe gegenüber kritisch eingestellt. In der Augustbefragung 1999 rücken die Sprachregionen leicht zusammen. Hat sich der Anteil der Befürworterinnen und Befürworter in der Westschweiz um 4% auf 58% gesteigert, so scheint es, dass vor allem in der Deutschschweiz ein Umdenken stattgefunden hat (43%, +13%). Der intergenerationelle Unterschied tritt bei der kombattanten Friedenssicherung klar zu Tage. Während bei den 18-29-Jährigen eine Mehrheit von 52% sich einen bewaffneten Einsatz zumindest vorstellen kann, so kann sich nur ein Drittel der ab 60-Jährigen für eine solche Möglichkeit erwärmen. Der dabei festgestellte Unterschied ist hochsignifikant ( $\gamma = 0.22$ ).

## **9.2 Internationale Kooperationsbereitschaft nach Kooperationsstypen und Neutralitätstypen**

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeitswilligkeit lässt sich nach den bereits bekannten Typologien der internationalen Kooperation und der Neutralitätsauffassungen aufschlüsseln. „Harte“ und „weiche“ Öffnungswillige und Personen, welche die Neutralität pragmatisch oder kritisch bewerten, sollten plausiblerweise der sicherheitspolitischen Kooperation mit dem europäischen Ausland mehr Sympathien entgegenbringen als solche, die auf nationale Autonomie plädieren und eine eher traditionalistische Neutralitätsauffassung teilen. Diese Erwartung trifft zu, wie die Abbildungen 9.2 und 9.3 zeigen. Mit Ausnahme der Zusammenarbeit bei

Grosskatastrophen lehnt der autonomistische Typ die Kooperationsformen im Rahmen von PfP deutlich (Januar 1999) oder etwas knapper (August 1999) ab. Anders die Öffnungswilligen des „weichen“ und „harten“ Typs, die den PfP-Optionen positiv gegenüberstehen. Die Abstände zwischen den einzelnen Typen haben sich im Zeitverlauf in etwa gleich gehalten, wobei zu bemerken ist, dass die „harten“ Öffnungswilligen im Gegensatz zu 1997 den Vorgaben mehr zustimmen als die „weichen“ Öffnungswilligen.

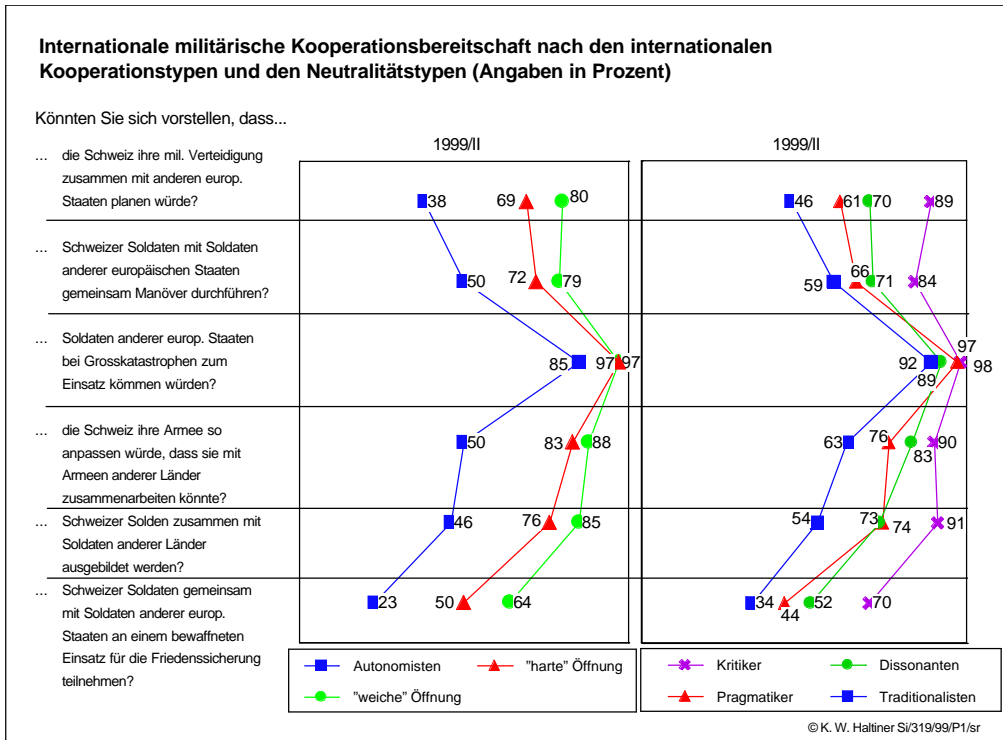
Abbildung 9.2:



Weniger polarisierend präsentiert sich das Einstellungsmuster nach der Neutralitätstypologie (Abbildung 9.2 und Abbildung 9.3). Ausser dass sich die Traditionalisten keine gemeinsame Verteidigungsplanung – und mit den Pragmatikern und den Dissonanten (Januar 1999: 36%; August 1999: 52%) auch keinen kombattanten Einsatz vorstellen können – werden alle anderen Vorgaben mehrheitlich gutgeheissen. Im Zeitvergleich sind die einzelnen Typen in ihrem Einstellungsverhalten ziemlich robust, d.h. ihre Zustimmung oder Ablehnung zu den einzelnen Vorlagen variiert über die Jahre nicht so stark wie bei den Kooperationsstypen.



Abbildung 9.3:



Die Kritikerinnen und Kritiker der Neutralität scheinen keine Schwierigkeiten bei den sicherheitspolitischen Zusammenarbeitsformen zu sehen. In der Augustbefragung 1999 werden alle Vorgaben von ihnen zu mindestens 70% angenommen.

Fazit: Alle Formen der sicherheitspolitischen Kooperation, wie sie das Pfp-Programm vorsieht, haben 1999 weiter an Akzeptanz gewonnen. Ein kombattanter Einsatz bleibt ausgeschlossen.

### 9.3 Sicherheitspolitische Kooperation mit der UNO

Die Akzeptanz von friedenssichernden Einsätzen durch unbewaffnete Soldaten oder Vertreter und Vertreterinnen humanitärer Organisationen (z.B. Rotes Kreuz) ist unvermittelt hoch. Will 1999 über die Hälfte aller Befragten die Blaumützenkontingente für die UNO im bisherigen Umfang unterstützen (51%; Tabelle 9.1), so sprechen sich im Januar 36%, im August sogar 43% der Befragten dafür aus, die Kontingente für

friedenssichernde und humanitäre Massnahmen zu erhöhen. Der Anteil jener, welche das Engagement reduzieren möchten, ist demgegenüber gering (11%; August 1999: 8%). Dabei sind erwartungsgemäss die Neutralitätstraditionalisten mit einem Anteil von 15% bei der Antwortvorgabe „eher reduzieren“ überdurchschnittlich vertreten.

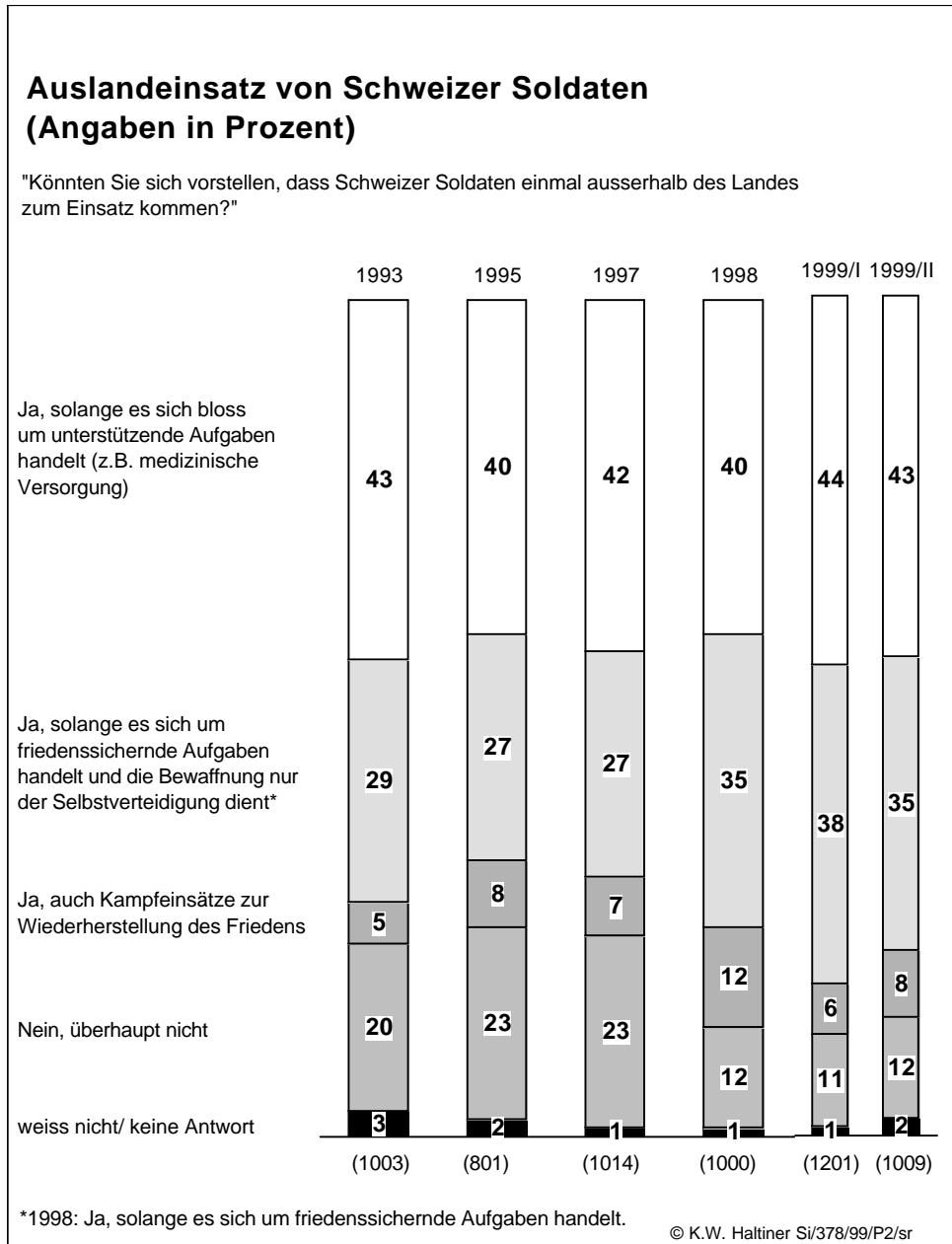
Tabelle 9.1:

	1995	1996	1997	1999/1	1999/2
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kenntnis Begriff „PfP“</li> <li>• Zustimmung „Partnership for Peace“</li> <li>• Bewilligung an NATO für Transporte durch/über die Schweiz im Zusammenhang mit Ex-Jugoslawien</li> </ul>		70	33 75		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Gelb“-Mützen für Bosnien</li> <li>• <u>Swisscoy im Kosovo</u> (Für Bewaffnung)</li> </ul>		71			81 (72)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Blau-Mützen für die UNO 99: Sdt im Ausland <ul style="list-style-type: none"> <li>- im bisherigen Umfang</li> <li>- Kontingente erhöhen/ Umfang erhöhen</li> </ul> </li> </ul>	51 38	59 26	52 36	51 36	47 43

Nur 6% bzw. 8% der Befragten (Abbildung 9.4) können sich 1999 aber vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes für Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens zum Einsatz gelangen. Neutralitätskritiker sehen dieser Möglichkeit positiver entgegen (14%). Der Friedenseinsatz für bloss unterstützende Aufgaben erreicht 1999 wiederum die relativ höchste Zustimmung. Seit 1998 liegt der Anteil derjenigen, der sich für friedenssichernde Aufgaben mit expliziter Bewaffnung aussprach, bei 35% und darüber.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass sich annähernd neun von zehn Schweizerinnen und Schweizern mit einer der drei Formen des Auslandseinsatzes von Schweizer Soldaten anfreunden können. Es bestehen hingegen unterschiedliche Meinungen darüber, in welcher Form ein solcher Einsatz zu erfolgen hätte.

Abbildung 9.4:



## 9.4 Einstellung zu einer allfälligen Blauhelm-Vorlage

Trotz der Ablehnung eines Blauhelmbataillons an der Urne im Juni 1994 herrscht ein grosser Konsens darüber, dass sich Schweizer Soldaten und Soldatinnen auch ausserhalb der Landesgrenzen für Einsätze zur Verfügung stellen dürfen. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht darin keine Verletzung der schweizerischen Neutralität. In der Augustbefragung 1999 wird für Vergleichszwecke auf die Blauhelm-Vorlage von 1994 zurückgegriffen. Dabei wurde wiederum das eigene potenzielle Abstimmungsverhalten wie auch die erwartete Mehrheitsmeinung erhoben. 52% aller Befragten sind der Meinung, dass bei einer erneuten Abstimmung das Schweizer Volk diese Vorlage eher oder sicher ablehnen würde (Tabelle 9.2). Dieser Stimmenanteil betrug 1998 noch 59%. Die „weichen“ Öffnungswilligen vertreten gar die Meinung, dass eine allfällige Blauhelm-Abstimmung von 52% der Schweizer Bevölkerung angenommen wird, wohingegen die Autonomisten der Überzeugung sind, dass diese Vorlage auch heute noch mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt würde. Auch die „harten“ Öffnungswilligen sehen eine ablehnende erwartete Mehrheitsmeinung als sicher an (60%).

Stellt man aber die Frage nach dem eigenen Stimmverhalten bei einer allfälligen Abstimmung über die Blauhelm-Vorlage, so würde eine deutliche Mehrheit der Befragten dieser zustimmen (sicher oder eher annehmen: 66%). Es darf somit vermutet werden, dass sich der sicherheitspolitische Handlungsspielraum für die internationale Kooperation mit der UNO im Rahmen friedenssichernder Massnahmen vergrössert hat. Dabei lassen sich zwischen den einzelnen Kooperationstypen wiederum signifikante Unterschiede feststellen ( $CC=0.48$ ). Fast neun von zehn „harten“ Öffnungswilligen (89%) würden bei einer fiktiven Abstimmung der Vorlage eines Blauhelmbataillons zustimmen. Immerhin eine Dreiviertelmehrheit (76%) der „weichen“ Öffnungswilligen steht hinter einem Blauhelmkontingent, wohingegen die Autonomisten ganz klar gegen eine Annahme dieser Vorlage sind, denn nur 34% würden ihr an einem allfälligen Urnengang zustimmen. Offensichtlich befürchten die Autonomisten eine schleichende Einbindung und Verwicklung in bewaffnete Auslandseinsätze und somit eine schrittweise Aushöhlung der schweizerischen Neutralität. Die Öffnungswilligen dagegen zeigen ihre Bereitschaft für eine internationale friedenssichernde Kooperation und betrachten die Frage nach der Neutralität als zweitrangig.

Tabelle 9.2:

Bei einer Wiederholung der Abstimmung von 1994 über die Schaffung eines schweizerischen Blauhelm-Bataillons würde...				
	'98 ich selbst %	'99/II ich selbst %	'98 die Mehrheit des Volkes %	'99/II die Mehrheit des Volkes %
sicher annehmen	42	42	4	6
eher annehmen	24	24	34	34
eher ablehnen	13	12	44	37
sicher ablehnen	16	15	15	15
weiss nicht/keine Antwort	4	7	3	3

Zusammenfassende Werte (in Klammern):  
 - '98: sicher annehmen (42) + eher annehmen (24) = 66%;  
 - '99/II: sicher annehmen (42) + eher annehmen (24) = 66%;  
 - '98: eher ablehnen (13) + sicher ablehnen (16) = 29%;  
 - '99/II: eher ablehnen (12) + sicher ablehnen (15) = 27%;  
 - '98: die Mehrheit des Volkes (44) + sicher ablehnen (15) = 59%;  
 - '99/II: die Mehrheit des Volkes (37) + sicher ablehnen (15) = 52%.

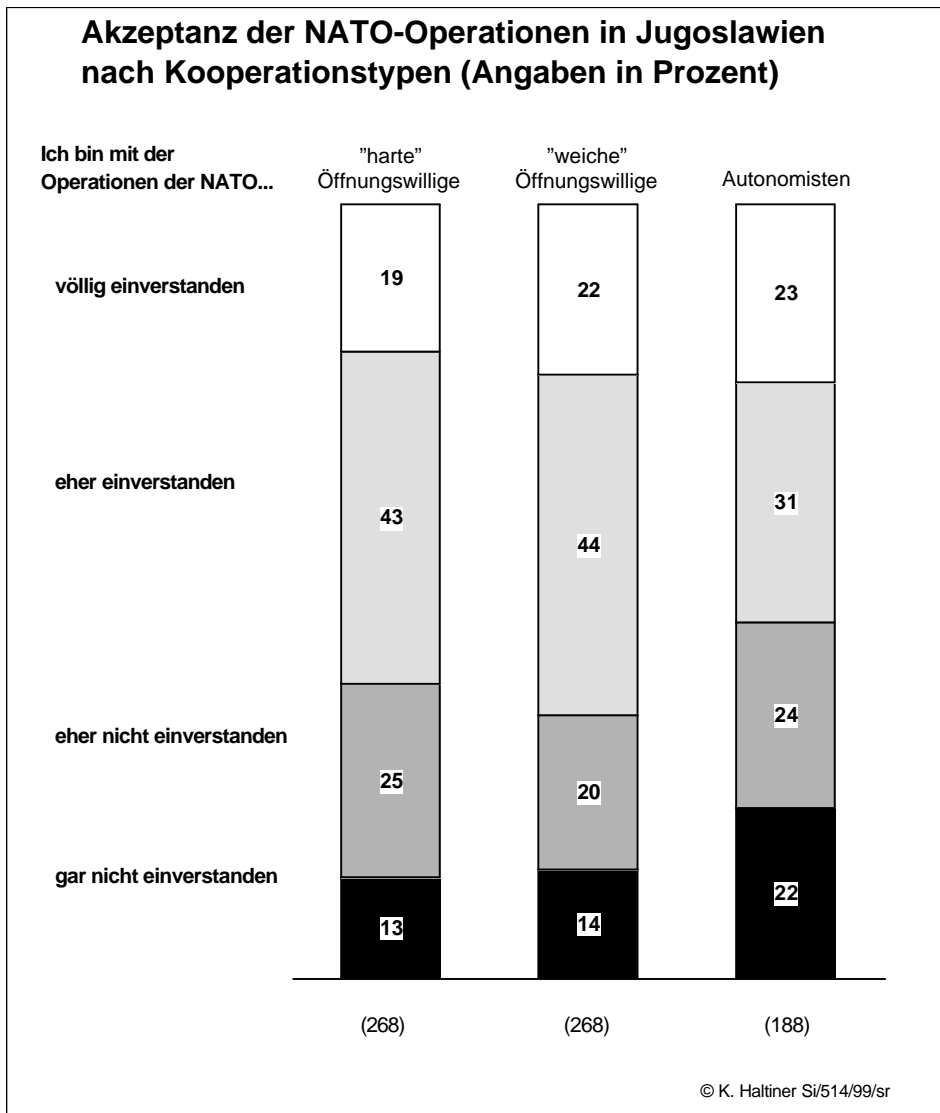
© K.W. Haltiner Si/394/99/sr

## 9.5 Akzeptanz der NATO-Operation in Jugoslawien

Die Mehrheit aller Befragten ist im August 1999 mit der vom März bis Juni erfolgten NATO-Operation in Jugoslawien völlig oder eher einverstanden (56%). Die Bombardierung Jugoslawiens wegen den Ereignissen in Kosovo erhält vor allem unter den „weichen“ Öffnungswilligen (66%; Abbildung 9.5) und etwas schwächer bei den „harten“ Kooperativen (62%) am meisten Zustimmung. Wie zu erwarten bringen die Autonomisten diesem Unterfangen am meisten Kritik entgegen. Generell befürworten alle soziodemographischen Gruppen (Alter, Bildung, politische Einstellung, Geschlecht) den Einsatz der NATO mehrheitlich.

Das Bild der NATO hat sich indes durch den Einsatz in der Schweizer Bevölkerung tendenziell verschlechtert. Auf die Frage „Haben diese Luftoperationen Ihre Meinung über die NATO verändert oder hatten sie keinen Einfluss darauf?“ gaben 50% an, ihre Einstellung habe sich nicht verändert, 16% ihre Meinung von der NATO habe sich verbessert, 28% indes, ihr Bild von der NATO habe sich verschlechtert. Vor allem in der italienischen Schweiz scheinen die Operationen die Ansicht über die NATO deutlich beeinträchtigt zu haben (42%), ebenfalls überdurchschnittlich ist der Anteil bei den politisch eher links stehenden Personen (33%). Die verschiedenen Kooperations-typen und Personen mit unterschiedlichen Neutralitätsauffassungen unterscheiden sich im Antwortverhalten nicht signifikant.

Abbildung 9.5:



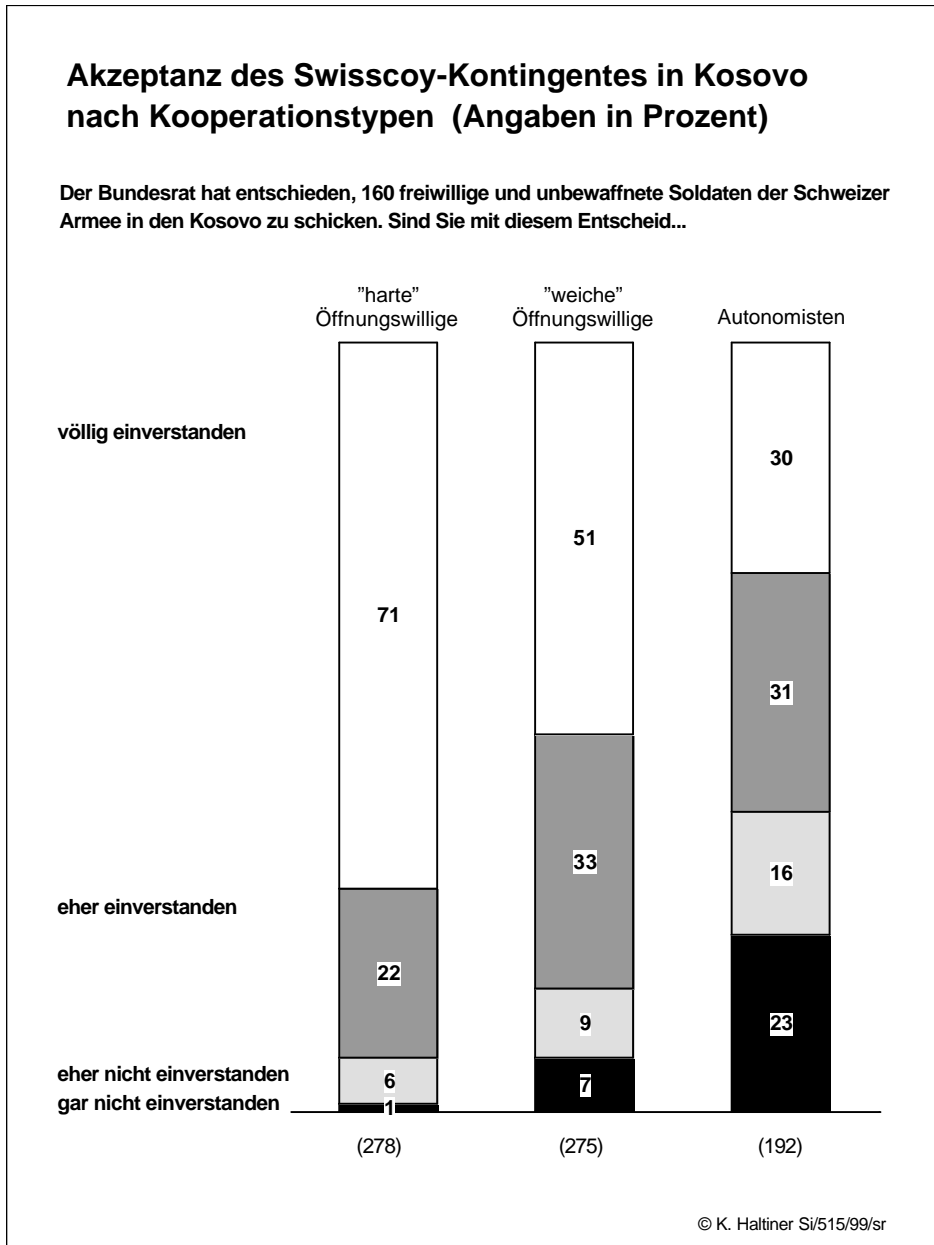
Es scheint, dass die NATO-Operationen grösserenteils identische Meinungen bei den verschiedenen Typologien hervorrufen und sich kein Graben zwischen den verschiedenen Graden der Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassungen auftut. Eher lässt sich ein Unterschied zwischen der italienischen Schweiz einerseits und der deutsch- und französischsprachigen Schweiz andererseits feststellen.

Erstaunlich ist aber, dass trotz der Verschlechterung des NATO-Bildes in der Schweizer Bevölkerung die Annäherungs- und Beitrittswilligkeit zur NATO zugenommen hat. Doch auch hier lässt sich eine differenziertere Meinungsbildung feststellen. So hat sich bei 64% der annäherungswilligen Personen das Bild der NATO durch die Luftoperationen verbessert. Hingegen verschlechtert sich die Ansicht über die NATO bei annäherungskritischen Personen (53%). Das gleiche Muster zeigt sich bei der Befürwortung oder Ablehnung der Operationen in Jugoslawien. Vor allem Annäherungswillige sind zu 65% mit den Bombardierungen von Zielen im Kosovo durch die NATO völlig einverstanden. Gar nicht damit einverstanden sind andererseits 66% der Personen, welche nichts von einer Annäherung zur NATO wissen möchten (CC= 0.26).

## **9.6 Exkurs: Swisscoy – Der Einsatz der Schweizer Armee im Kosovo**

Für die Befriedung und den Wiederaufbau im Kosovo stellt die Schweiz ein Kontingent von 160 freiwilligen und unbewaffneten Soldaten der Schweizer Armee der internationalen Kfor-Truppe zur Verfügung. Die Schweizer Kompanie (Swisscoy) erfüllt logistische Aufgaben. Der Einsatz in Kosovo kann als Meilenstein in der neuen schweizerischen Sicherheitspolitik betrachtet werden. Die Zustimmung zu diesem Entscheid des Bundesrates ist gross. Sehr oder eher einverstanden mit diesem Schweizer Engagement sind 81% aller Befragten. Tendenziell sind die Neutralitätstraditionalisten überdurchschnittlich weniger einverstanden mit diesem Einsatz (73%). Das Gleiche gilt für Personen mit einer tieferen Bildung und politisch eher rechts stehenden Bürgerinnen und Bürgern (beide 75%). Hingegen stehen die Höhergebildeten (89%) und die Personen mit selbstbekundeter linker Orientierung (90%) überdurchschnittlich hinter dem Entscheid des Bundesrates. Die grössten Differenzen bei der Zustimmung zu dem Swisscoy-Einsatz bestehen aber zwischen den einzelnen Kooperationstypen (Abbildung 9.6; CC= 0.37). Während über 9 von 10 Personen, welche zum „harten“ Öffnungstyp gezählt werden können, den Entscheid des Bundesrates sehr oder eher unterstützen, sind die Autonomisten mit einem Zustimmunganteil von 61% weit skeptischer gegenüber der militärischen Friedenssicherung und der Wiederaufbauhilfe im Kosovo eingestellt. Zweifellos sehen auf Autonomie bedachte Personen in diesem Auslandseinsatz eine allfällige Aufweichung der nationalen Selbstbestimmung. Klar ist aber dennoch, dass alle Kooperationstypen und in sogar noch deutlicherer Form alle verschiedenen Neutralitätstypen diesen Einsatz grossmehrheitlich befürworten.

Abbildung 9.6:





Neben dem allgemeinen Entscheid für oder gegen eine Friedenstruppe im Kosovo gab vor allem die Frage des bewaffneten Selbstschutzes Anlass zu Diskussionen. Die Schweizer Kompanie ist grundsätzlich unbewaffnet, wird aber von rund 30 leichtbewaffneten Festungswächtern begleitet und steht zudem unter dem Schutz des österreichischen Kontingentes. Zu 72% ist die schweizerische Bevölkerung der Meinung, dass die Schweizer Soldaten in Kosovo zum Selbstschutz bewaffnet werden sollten.<sup>9</sup> Nur 24% der Befragten lehnen dies ab. Scheinbar ist der Mehrheit der Befragten die Situation in Kosovo zu gefährlich, als dass sie sich einen Einsatz ohne Selbstschutz vorstellen kann. Wiederum befürworten die Autonomisten eine Bewaffnung der Swisscoy-Kompanie am wenigsten (68%), sehen aber dennoch mehrheitlich die Notwendigkeit einer Bewaffnung zum Selbstschutz. Mit einem Anteil von 67% der Befragten heisst die französischsprachige Schweiz die Bewaffnung der Swisscoy nur unterdurchschnittlich gut.

Die Frage des Zusammenhanges zwischen dem Einsatz von Schweizer Soldaten im Kosovo und einer allfälligen Reduzierung des Asylantenstromes drängt sich auf. Zwar beurteilen die Befragten eine eindämmende Wirkung des Kosovo-Einsatzes des Schweizer Militärs auf die Zahl der Asylsuchenden in der Schweiz insgesamt skeptisch. Nur eine kleine Minderheit von 11% glaubt im Januar an eine solche Wirkung. Im August allerdings, nach dem Krieg und dem erfolgten Einsatz, verdoppelt sich die Zahl (23%). Sie steigt im August bei den „weichen“ Öffnungsbereiten gar auf 28%. Innerhalb den einzelnen soziodemographischen Gruppen gibt es diesbezüglich keine grossen Unterschiede. Faktisch hat sich zwischen Januar und Oktober 1999 die Zahl der Asylsuchenden stark reduziert, so dass die wahrgenommene Wirkung des Schweizer Einsatzes auch empirisch nachvollzogen werden kann.

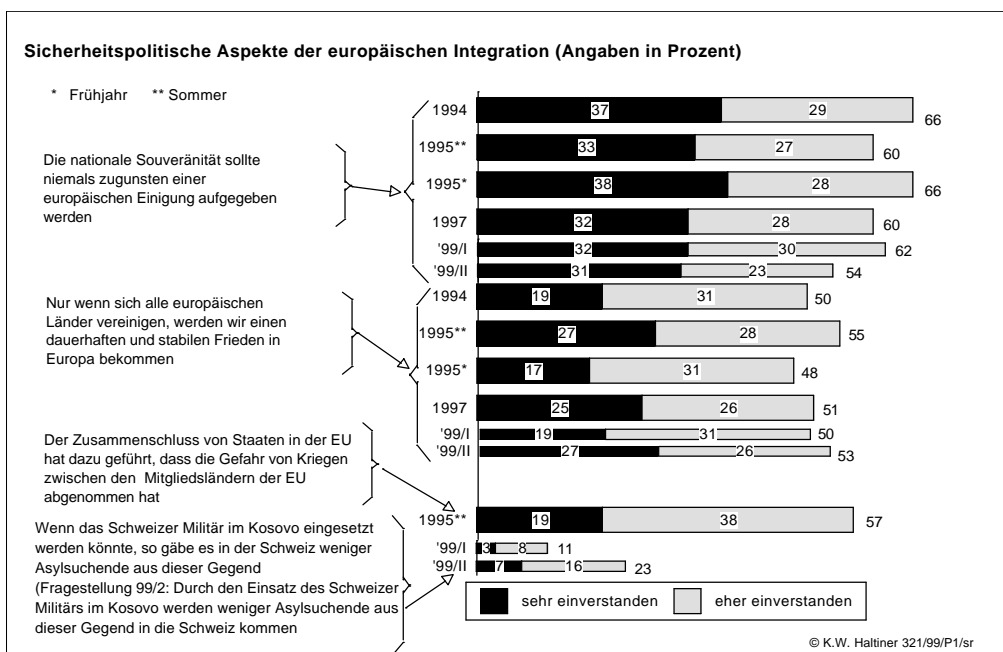
Fazit: Die Schweizer Bevölkerung unterstützt mit klarer Mehrheit den Entscheid des Bundesrates, im Rahmen der Wiederaufbauhilfe in Kosovo eine schweizerische Kompanie von 160 Soldatinnen und Soldaten in diese Region zu schicken. Gleichzeitig sind sieben von zehn Personen der Meinung, dass die Swisscoy-Truppe zwecks Selbstschutz bewaffnet werden sollte. Dies scheint in den Augen der Bevölkerung nicht in Konflikt zur schweizerischen Neutralität zu stehen. Allgemein skeptischer beurteilen Personen, welche dem autonomistischen Kooperationstyp näher stehen, dieses Engagement der Schweizer Armee ausserhalb der Landesgrenze. Womöglich befürchten sie, dass die Schweiz durch solche Einsätze langsam aber sicher in eine allgemeine europäische Sicherheitskooperation eingebunden werden könnte.

<sup>9</sup> Andere Umfragen stützen diese Zustimmung. Laut „Tagesschau“ wollen 57,7% von 800 Befragten, dass sich die Schweizer Soldaten bei Friedenseinsätzen im Ausland bewaffnen, siehe Tages-Anzeiger, Montag 1. November 1999. Einen gar höheren Wert ermittelte das Institut M.I.S., welches zwischen dem 28. Oktober und dem 1. November 1999 611 Personen im Auftrag der Zeitschrift L'Hebdo befragte. Auf die Frage „Les soldats suisses envoyés à l'étranger devraient-ils être armés?“ antworteten 78,7% mit Ja, vgl. L'Hebdo, Nr. 44, 4. November 1999.

## 9.7 Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration

Die schweizerische Bevölkerung kann sich nach wie vor nicht vorstellen, die nationale Souveränität zugunsten einer europäischen Einigung aufzugeben (Abbildung 9.7). Diese Meinung ist seit 1994 ungebrochen hoch und pendelt zwischen 60% und 66% aller Befragten. Die einzige Ausnahme bildet die diesjährige Augustbefragung, bei der lediglich „nur“ noch 54% der Schweizerinnen und Schweizer die Ablehnung aufrechterhalten (Abbildung 9.7). Die kritische Haltung der EU gegenüber überwiegt weiterhin. Einzig die Neutralitätskritiker stimmen dieser Aussage nicht zu (sehr einverstanden, eher einverstanden: 38%, Januar 1999). Alle anderen sozialen Gruppen (Alter, Bildung, politische Selbsteinstufung, Sprachregion) sind sich in der Ablehnung der Souveränitätsaufgabe einig. Anders sieht es bei der Augustbefragung 1999 aus: Die „harten“ Kooperativen weichen in ihrer fehlenden Zustimmung zur Vorgabe

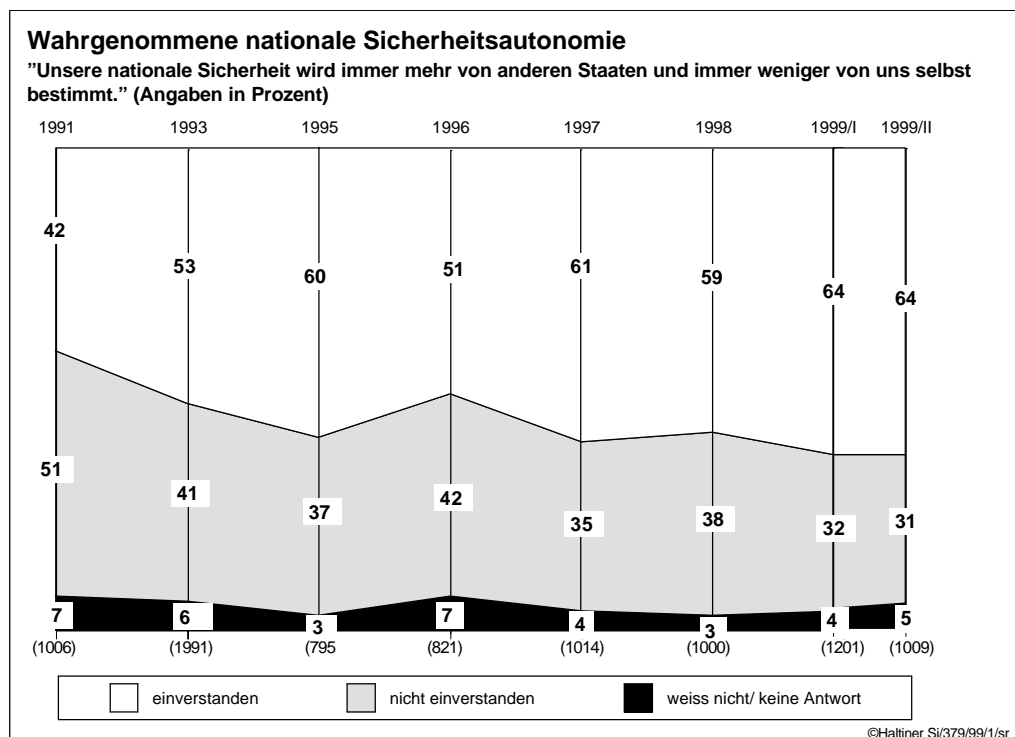
Abbildung 9.7:



signifikant von den zwei anderen Öffnungstypen ab (38%; CC= 0.42), und nur noch 24% der Neutralitätskritiker scheinen die nationale Souveränität zugunsten einer europäischen Einigung niemals aufgeben zu wollen. Hingegen halten 76% der Traditionalisten unerschütterlich an der nationalen Souveränität fest. Bei dieser Frage hat sich die Kluft zwischen den einzelnen Typen im Verlauf der Jahre noch vergrössert. Auch in der französischsprachigen Schweiz (44%), bei Personen, welche sich links positionieren (36%), und in höheren Bildungsschichten (46%) scheint sich die Meinung innerhalb des Jahres 1999 geändert zu haben.

Umgekehrt bekennt sich wie in den Jahren zuvor nur eine knappe Mehrheit zur friedenssichernden Wirkung der europäischen Einigung (Januar 1999: 50%; August 1999: 53%). Diesbezüglich besteht bei der schweizerischen Bevölkerung nach wie vor ein Glaubwürdigkeitsdefizit.

Abbildung 9.8:

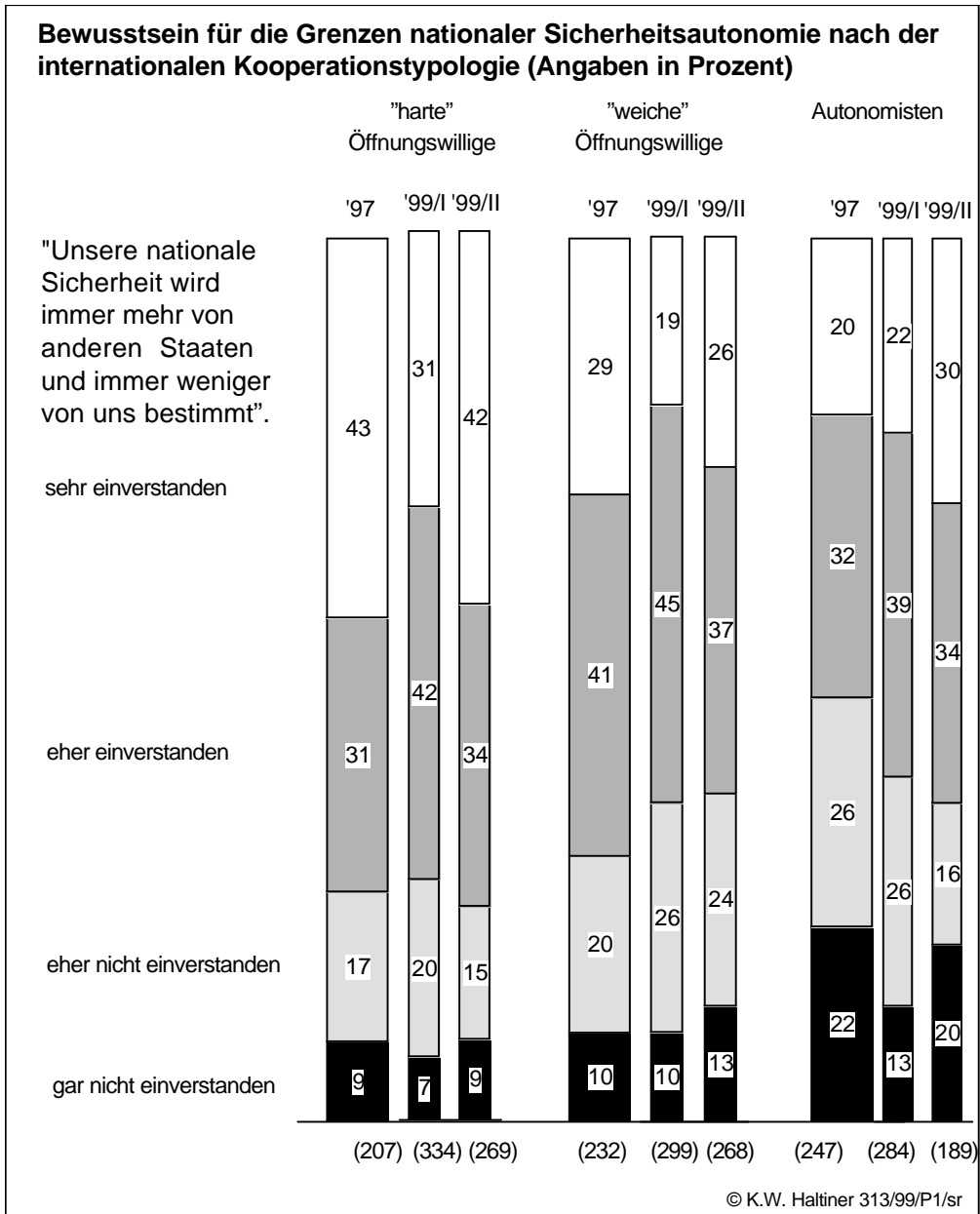


## 9.8 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie

Wie schon seit 1997 lässt sich auch 1999 feststellen, dass die Auffassung, die Schweiz könne ihre nationale Sicherheit autark wahrnehmen, seltener wird. 64% der befragten Personen äussern sich einverstanden mit der Aussage, die nationale Sicherheit werde immer stärker von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt (+5%; Abbildung 9.8). Auf einen Tiefstwert seit dem Beginn dieser Fragestellung 1991 ist der Anteil jener gesunken, welche die nationale Sicherheitsautonomie noch als gewährleistet betrachten (32%). Das Bewusstsein für die sicherheitspolitische Vernetzung und die Grenzen nationaler Sicherheitsautonomie bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung scheint vorhanden und vor allem im Steigen zu sein. Wie schon 1997 beobachtet, trifft diese Beurteilung überdurchschnittlich auf die französische Schweiz (69%), auf Personen mit selbstbekundeter linker Orientierung (70%) und auf Befragte mit höherer Bildung (69%) zu. Personen, welche einen NATO-Beitritt der Schweiz befürworten, sind zu 73% davon überzeugt, dass die Schweiz ihre nationale Sicherheit immer weniger selbst bestimmen kann. Sie unterscheiden sich tendenziell von NATO-Gegnern ( $CC= 0.08$ ,  $p<0.05$ ), welche die schweizerische Sicherheitsautonomie positiver bewerten.

Vor allem die „harten“ Öffnungswilligen (August 1999: 75%) sind der Überzeugung, die Grenzen der nationalen Sicherheitsautonomie der Schweiz seien erreicht (Abbildung 9.9). Die „weichen“ Kooperativen und die Autonomisten vertreten in dieser Frage die gleiche Auffassung. Ihre Meinungen haben sich im Vergleich zu 1997 stark angenähert, d.h. es besteht faktisch kein Unterschied mehr in der Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie zwischen diesen beiden Gruppen, wobei die Autonomisten zugelegt haben.

Abbildung 9.9:



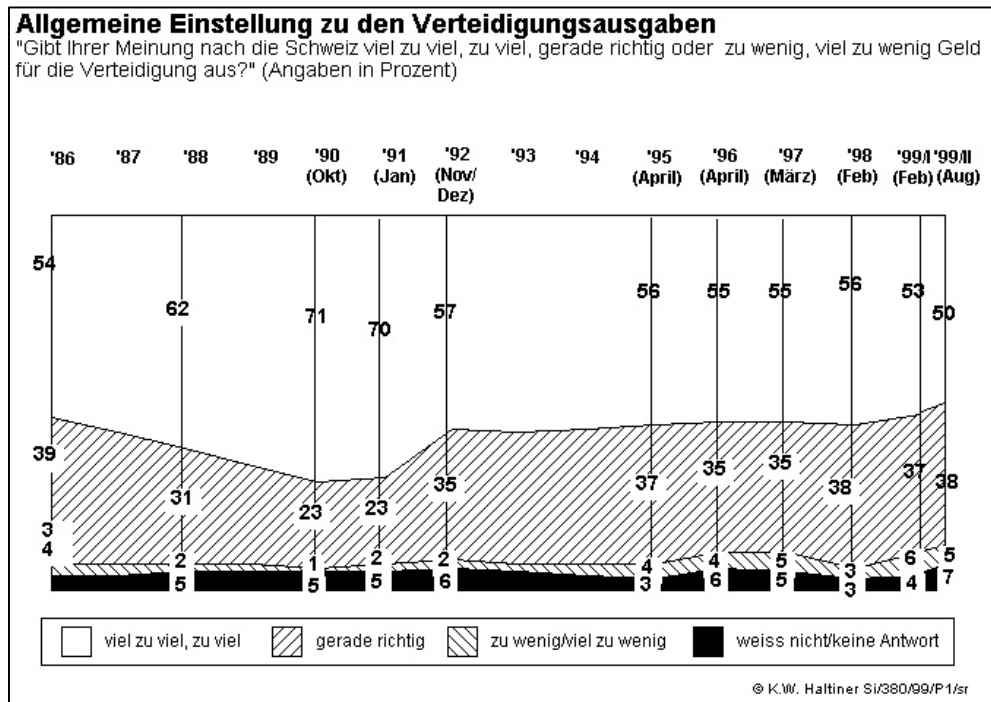


# 10 LANDESVERTeidIGUNG UND RÜSTUNGSausGABEN

## 10.1 Einschätzung der Verteidigungsausgaben

Rund jede zweite Befragte bzw. jeder zweite Befragte – insgesamt eine relative Mehrheit – ist 1999 der Meinung, die Schweiz gebe zu viel bzw. viel zu viel aus für ihre Verteidigung (53% im Januar 1999, 50% im August 1999). 37% bzw. 38% halten die Ausgaben für richtig, 6% bzw. 5% für zu tief (Abbildung 10.1).

Abbildung 10.1:



Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1992-1998 bedeutet das einen leichten Rückgang in der konstant majoritären Rüstungskritik. Während von 1986 bis 1990 die Zahl derjenigen, welche die Armee knapper halten wollten, deutlich zunahm und

die Rüstungskritik 1990 mit 71% einen Höhepunkt erreichte, ist seit 1992 eine Stabilisierung in der Ausgabenkritik auf tieferem Niveau eingetreten. Möglicherweise steht das Abflauen in der Forderung nach Abbau der Militärausgaben – im August um -6% gegenüber 1998 – im Zusammenhang mit dem Krieg in Jugoslawien. Die Affäre im Nachrichtendienst, welche zur Zeit der Augustbefragung die Medien beherrschte, gab der Ausgabenkepsis jedenfalls keinen Auftrieb.

Überdurchschnittlich hoch ist – auch dies eine Konstante über die Jahre hinweg – die Kritik an den Rüstungsausgaben bei politisch links orientierten Personen, in der italienischen Schweiz, bei Frauen und bei jüngeren Personen. Wer der Meinung ist, die Schweiz gebe zu viel aus für die Rüstung, befürwortet überdurchschnittlich hoch eine Verkleinerung der Armee (vgl. Abbildung 10.1, Januar 1999: CC= 0.49 bzw. August 1999: CC = 0.51).

## **10.2 Abstimmungsverhalten bei der Initiative zur Halbierung der Rüstungsausgaben**

Käme ein Begehren zur Halbierung der Verteidigungsausgaben<sup>10</sup> am nächsten Sonntag zur Abstimmung, würden 49% der befragten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sie gutheissen, 42% sie ablehnen (August 1999, Tabelle 10.1). Gegenüber 1998, als die gleiche Frage zum ersten Mal gestellt wurde, ist ein leichter Rückgang der Ablehnenden um 6% (1998: 48%, August 1999: 42%) und ein leichter Anstieg der Verunsicherten zu verzeichnen („Weiss nicht“: August 1999: 9%, +4%). Die grosse Mehrheit (1998: 75%, 1999: 74%) glaubt indessen, wie schon im Vorjahr, das Stimmvolk würde eine solche Vorlage verwerfen. Das Volk wird offensichtlich weniger rüstungskritisch eingeschätzt als man das selbst ist.

Die Halbierung der Rüstungsausgaben ist vor allem bei jüngeren Befragten (18-29-Jährige 66%, +2%) sowie bei solchen, die sich politisch links einstufen, sehr populär (75%, +1%).

<sup>10</sup> Bekanntlich liegt eine entsprechende Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) vor. Die Volksinitiative der SPS verbindet die Forderung um Halbierung mit friedens- und sozialpolitischen Umverteilungsforderungen. Sie wird deshalb "Umverteilungsinitiative" genannt. Aller Voraussicht nach wird sie im Herbst 2000 zur Abstimmung gelangen. Die in unseren Erhebungen gestellte Frage beschränkt sich auf den Halbierungsaspekt und deckt sich nicht mit dem Wortlaut der Initiative.



Tabelle 10.1:

Bei einer Abstimmung über die Initiative zur Halbierung der Verteidigungsausgaben am nächsten Sonntag würde....				
	'98 ich selbst %	'99/II ich selbst %	'98 die Mehrheit des Volkes %	'99/II die Mehrheit des Volkes %
sicher annehmen	29	31	4	3
eher annehmen	18	18	19	18
eher ablehnen	17	16	46	45
sicher ablehnen	31	26	29	29
weiss nicht	5	9	2	5

### 10.3 Armeeakzeptanz und -umfang

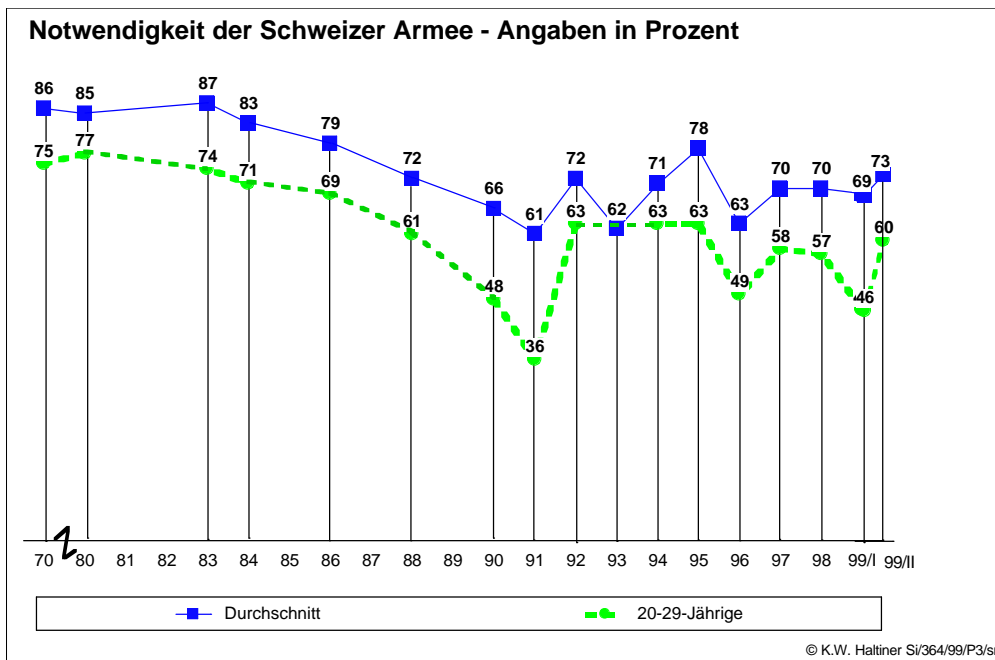
Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee darf als Hinweis für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung schlechthin gelten. Sie wird in der Schweiz seit 1970 in unregelmässigen Abständen gestellt.

Nach einer Periode hoher Akzeptanzraten im Bereich von jeweils über 80% bis 1984 konnte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein steter Rückgang in der Armeebefürwortung beobachtet werden (Abbildung 10.2). Seit dem bisherigen Tiefpunkt (61%) im Jahre 1991 machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. Im Frühling 1995 lag die durchschnittliche Akzeptanzrate erstmals seit 1988 wieder bei 78%. Nach einem erneuten „Taucher“ um 15 Prozentpunkte 1996 pendelt sie seit 1997 um die 70%-Rate.

Der leichte Anstieg von 69% im Januar dieses Jahres auf 73% im August kann nur knapp als signifikant gelten. Stark unterdurchschnittlich sagte im Januar 1999 die wehrtragende Alterskohorte, d.h. die Gruppe der 20-29-Jährigen Ja zur Armee. Der Abstand zum Mittelwert verkürzte sich indes bis zum August wieder deutlich auf 13% (armeebejahende 20-29-Jährige: 60%). Auch das könnte ein Hinweis dafür sein, dass im Gefolge des Krieges in Jugoslawien die öffentliche Stimmung sich eher zu Gunsten als gegen die schweizerische Sicherheitspolitik entwickelt hat. Die Armeeakzeptanzrate wird jedoch, wie die jahrelangen Zusammenhangsmessungen im Rahmen unserer Erhebungsreihe zeigen, nur bedingt über die äussere Bedrohungswahrnehmung entschieden. Letzterer kommt – zumindest in Zeiten ohne unmittelbare nationale Bedrohung – keineswegs die Bedeutung zu, die ihr häufig zugeschrieben wird. Vielmehr dürften in erster Linie innenpolitische Faktoren das Verhältnis der Bevölkerung zur Armee bestimmen. So besteht auch 1999 bloss ein schwacher und

statistisch nicht signifikanter<sup>11</sup> Zusammenhang zwischen der Einschätzung der welt-politischen Lage (Frage 4 im Anhang II) und der Armeekzeptanz und zwar sowohl in der Januar- wie auch in der Augusterhebung (CC= 0.08, bzw. CC = 0.10; vgl. auch Abschnitt 5.3).

Abbildung 10.2:

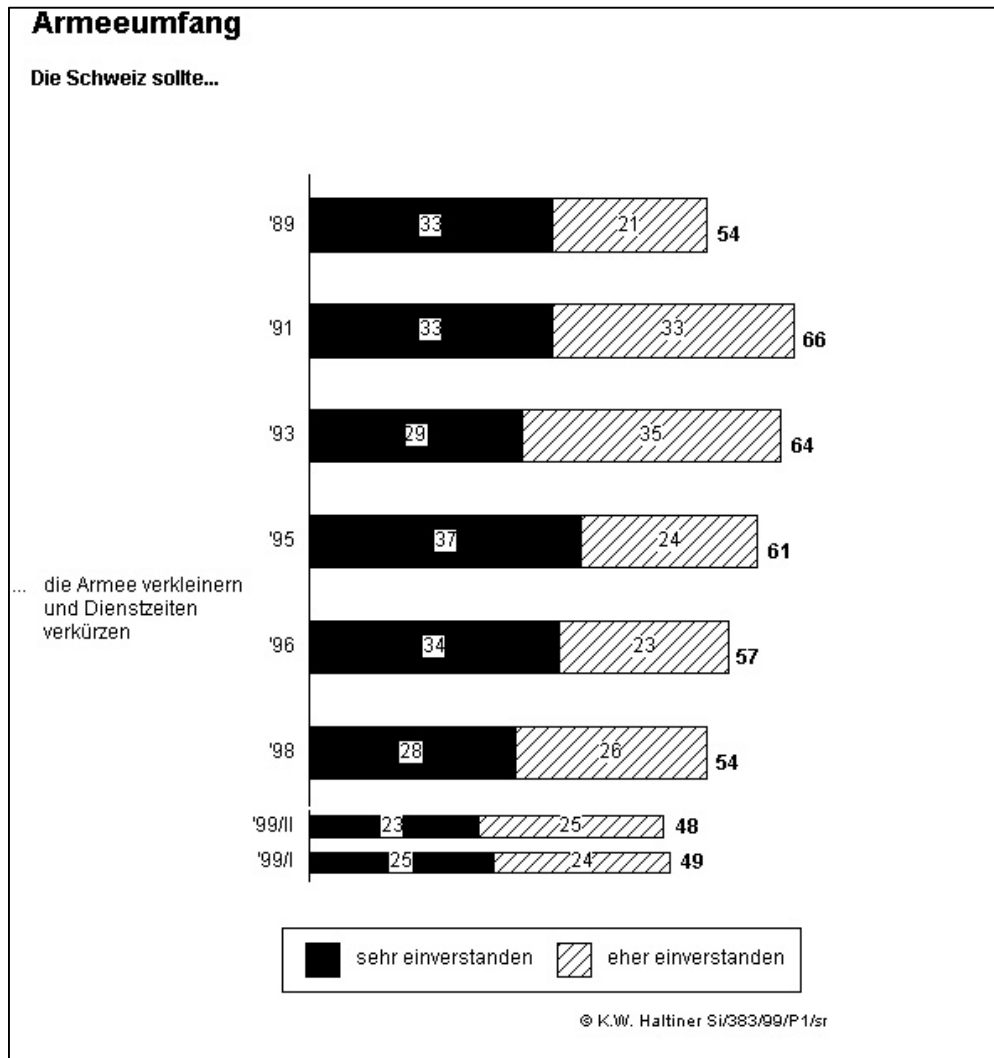


Wie in den früheren Erhebungen liegt die Armeekzeptanz bei den Westschweizerinnen und Westschweizern, bei Personen mit selbstbekundeter linker Orientierung sowie bei solchen mit hoher Bildung unter dem Bevölkerungsmittel. Dieses soziodemographische Profil ist konstant.

Der hohen Militärakzeptanz entspricht, dass die Zahl jener, die sich eine kleinere Armee wünschen, in den letzten Jahren stetig geschrumpft ist. 1999 gibt sich nur jede zweite Befragte bzw. jeder zweite Befragte mit der Vorgabe einverstanden, die Schweiz solle ihre Armee verkleinern (Abbildung 10.3., Januar 1999: 49%, August 1999: 48%).

<sup>11</sup>  $p > 0.05$ , vgl. Anhang II

Abbildung 10.3:

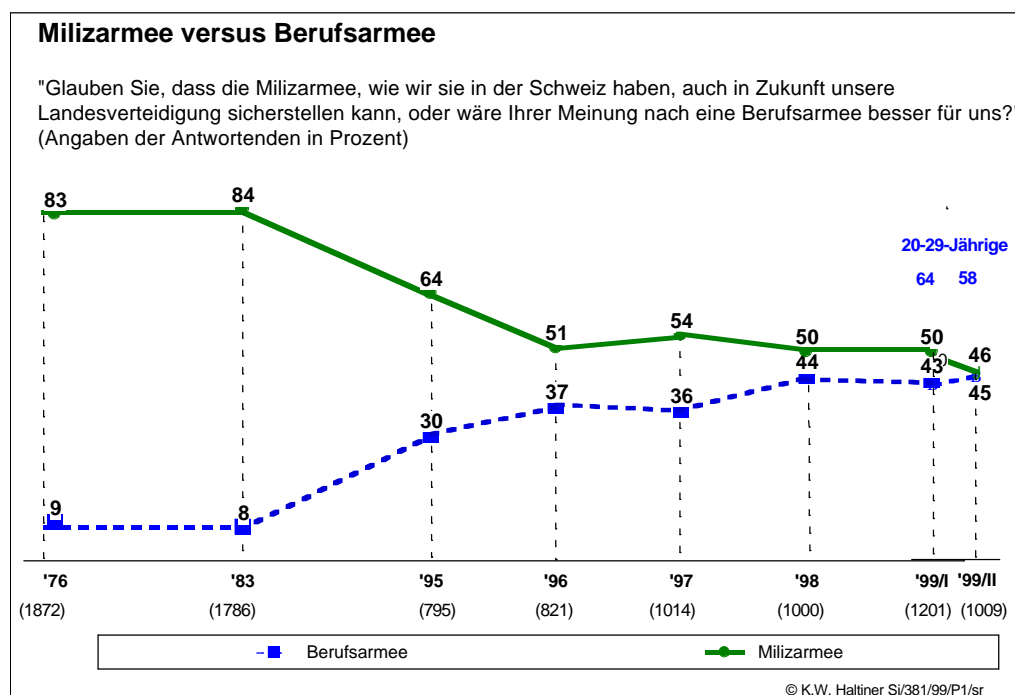


## 10.4 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee unbestritten ist, so gilt das nicht für die Wehrform. Die sich seit 1995 verstärkende Tendenz zur Befürwortung einer Freiwilligenarmee setzt sich 1999 insofern fort, als sich nunmehr die Befürworter(innen) der Miliz und jene einer Berufsarmee erstmals die Waage halten

(Abbildung 10.4): Nur noch 46% sehen im August 1999 in der Miliz die ideale Wehrform für die Zukunft (Januar 1999: 50%, - 4%). Für eine Berufsarmee sprechen sich 45% der Befragten aus (Januar 1999: 43 %).

Abbildung 10.4:



Bei der militärtragenden Alterskohorte der 20-29-Jährigen und bei den militärisch Eingeteilten überwiegen die Befürworterinnen und Befürworter einer Berufsarmee mittlerweile diejenigen der Miliz. Bei den jungen Erwachsenen sind dies fast zwei Drittel (64%) im Januar und 58% im August. Männer befürworten sie stärker (August 1999: 49%, +1%) als Frauen (42%, +1%), aber gegenüber den Vorjahren hat die Idee einer Berufsarmee vor allem bei der weiblichen Bevölkerung Boden gut gemacht. Zugleich ist bei ihr die diesbezügliche Verunsicherung gross: Rund 11% der weiblichen Befragten geben sowohl im Januar wie auch im August zur gewünschten Wehrform keine Antwort oder weichen in die Antwortkategorie „Weiss nicht“ aus. Allgemein ist die Forderung nach einer Berufsarmee eher ein linkes (Januar 1999: 50%, +/-0%; August 1999: 47%, -3%), weniger ein rechtes Anliegen. 1999 hat nun aber die Idee einer Berufstreitkraft vor allem auch bei der politischen Rechten Fuss gefasst (1998: 34%, Januar 1999: 41%, +7%; August 1999: 39%, -2%).

Die Sympathie für eine Freiwilligenarmee ist zudem, wie schon 1998, verbreitet bei Personen, die eine Verkleinerung der Armee fordern, ferner überdurchschnittlich auch bei den Befürworter(innen) eines Schweizer Blauhelm-Bataillons sowie tendenziell auch bei solchen, die eine NATO-Annäherung billigen. Neben jüngeren Personen und solchen, die für eine Intensivierung der internationalen Militärkooperation eintreten, machen sich über dem Mittel auch solche für eine Berufsarmee stark, die auf eine Halbierung der Rüstungsausgaben pochen. Ein weiteres Motiv für den Ruf nach einer Abkehr von der Miliz ist offensichtlich die Meinung, die Militärausgaben liessen sich dadurch nachhaltig absenken.

## 10.5 Gesellschaftlicher Stellenwert der Milizarmee

In der steigenden Sympathie für eine Freiwilligenstreitkraft manifestiert sich, wie andernorts dargelegt,<sup>12</sup> ein Wandel in der Identifikation mit der Landesverteidigung und der Bewertung des Militärischen in der Schweiz. Die Miliz hat ihre ehemals zentrale Stellung als gesellschaftliche Bezugsgrösse, als Bürgerbeteiligungsleitbild und als Symbol nationaler Identität im Verlaufe der letzten beiden Jahrzehnte weitgehend eingebüsst und dadurch eine Art „Entzauberung“ erfahren. Das belegen die langfristigen Trends in der Einstellungsforschung eindrücklich (Abbildung 10.5). Dieser Prozess hat sich 1995, wie in der damaligen Studie im Rahmen einer Alterskohortenanalyse gezeigt,<sup>13</sup> insofern verlangsamt, als mit dem gestiegenen Bedarf an gesellschaftlicher Identität die Armee allgemein und vor allem bei den über 50-Jährigen eine Renaissance als nationales Symbol erlebt hat. Dieser Effekt hat sich seither wieder abgeschwächt und der allgemeine Trend zu einer instrumentellen Sicht des Militärs als eines notwendigen Übels hat sich gleichzeitig wieder verstärkt (Abbildung 10.5). Im Januar 1999 sieht jede zweite Befragte bzw. jeder zweite Befragte (49%) im Militär ein notwendiges Übel. Bloss ein Drittel hält an einer Meinung fest, dem Militär gebühre eine zentrale gesellschaftliche Rolle in der schweizerischen Gesellschaft. Bei den über 55-Jährigen sind dies indessen 48%, bei den 18-29-Jährigen bloss 21%. Die Generationenkluft ist deutlich.

Nur eine Minderheit von 17% möchte das Militär abgeschafft sehen. Für eine Abschaffung plädieren im Januar überdurchschnittlich stark die 18-29-Jährigen (33%), Personen mit Hochschulausbildung (23%) und solche mit selbstdeklarierte politischer Linksorientierung (51%).

Es erstaunt nicht, wenn Personen, die der Armee eine zentrale gesellschaftliche Rolle zubilligen, stark mehrheitlich überzeugt sind, dass die Verschonung der Schweiz im

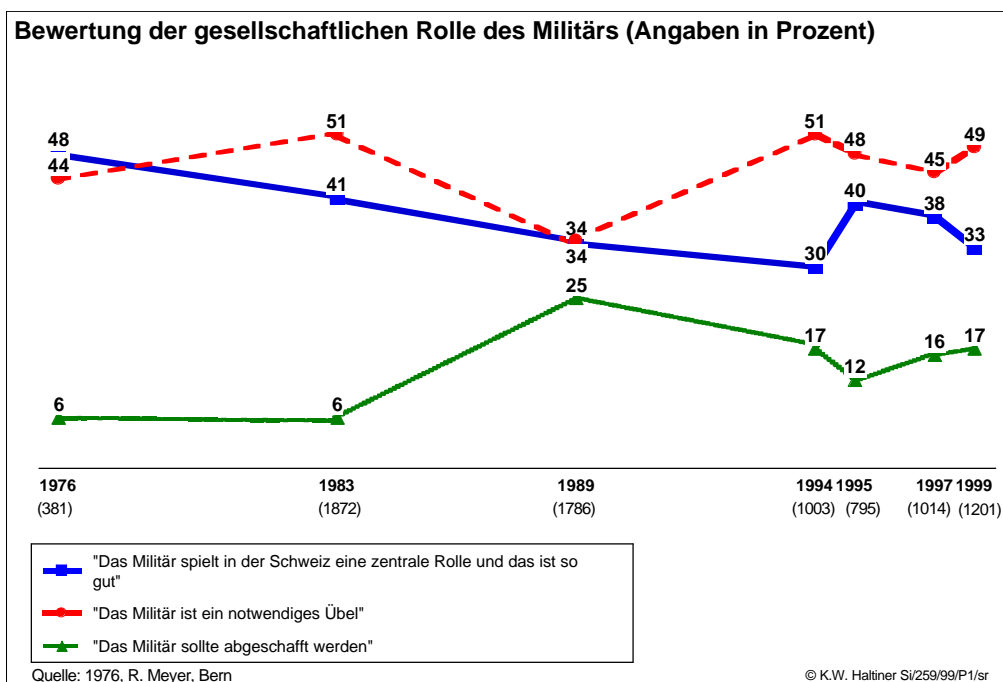
<sup>12</sup> Haltiner, 1996, S. 435ff.

<sup>13</sup> Haltiner, a.a. O.

Zweiten Weltkrieg vor allem der militärischen Dissuasionskraft zu verdanken sei (CC= 0.35). Umgekehrt gehen die Meinung, das Militär sei ein notwendiges Übel, und die Meinung, es habe vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland die Schweiz gerettet, Hand in Hand (CC = 0.20).

Wer dem Militär nach wie vor eine zentrale Rolle in der schweizerischen Gesellschaft zuweist, tritt zudem hoch überdurchschnittlich für die Beibehaltung der Miliz als Wehrform ein (67%, CC= 0.27)

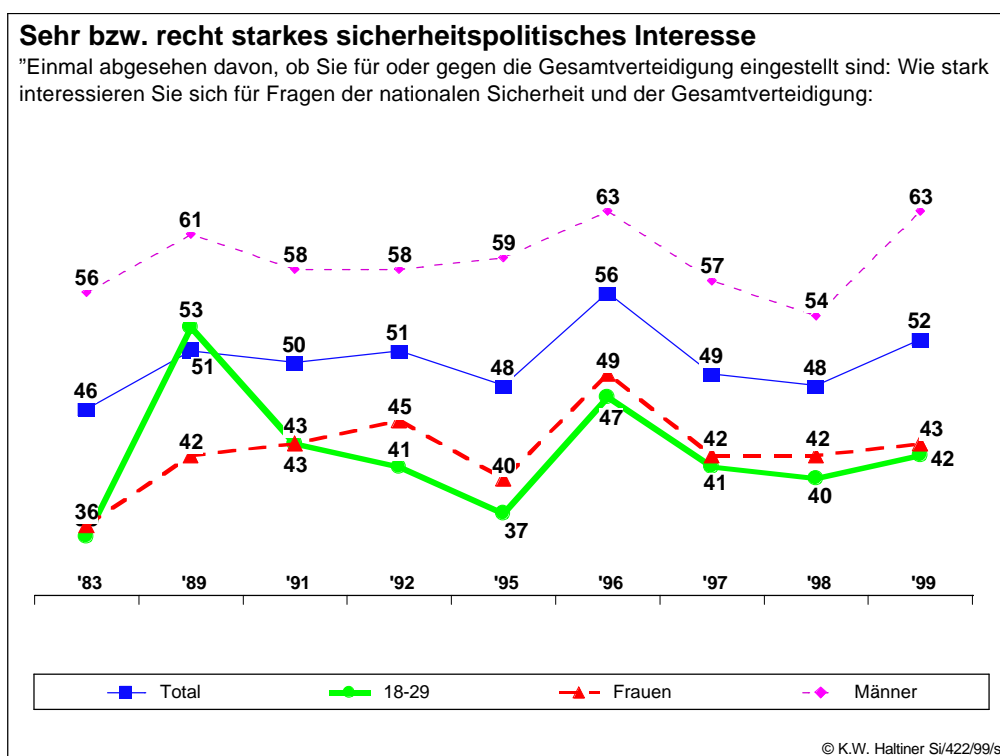
Abbildung 10.5:



# 11 SICHERHEITSPOLITISCHES INTERESSE

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Sicherheitspolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, bleibt die Anteilnahme am sicherheitsrelevanten Geschehen von hoher politischer Bedeutung.

Abbildung 11.1:



In der Erhebung 1999 wurde die Frage nach dem sicherheitspolitischen Interesse nur im Januar gestellt. Wie Abbildung 11.1 zu entnehmen ist, liegt 1999 das sicherheitspolitische Interesse beim Durchschnitt der Bürgerinnen und Bürger allgemein über dem Mittel der beiden vorangehenden Jahre. Das dürfte auf das deutlich erhöhte

Interesse bei den Männern ganz allgemein zurückzuführen sein. Frauen und junge Erwachsene weichen von den Proportionen der beiden Vorjahre nicht signifikant ab.

Einen offensichtlichen Grund für das vergleichsweise hohe sicherheitspolitische Interesse der Männer im ersten Monat dieses Jahres gibt es nicht. Der im März ausbrechende Krieg im Balkan war im Januar noch nicht absehbar. Möglicherweise ist die über dem Mittel liegende Zuwendung zur Sicherheitspolitik mit einer gewissen Sensibilisierung der männlichen Bevölkerung für die anstehende und in den Medien bereits thematisierte Reform „Armee XXI“ zu erklären.



## LITERATURVERZEICHNIS

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W. & Weiber, R. (1990). Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung (6. Aufl). Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). Statistik. Für Sozialwissenschaftler (4. Aufl.). Berlin: Springer.
- Bundesamt für Polizeiwesen (Hrsg.) (1998). Polizeiliche Kriminalstatistik. Bern: Eidg. Justiz- und Polizeidepartement.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Giller, J. (1999). Sicherheitspolitische Diskussion und öffentliche Meinung. Darstellung und Interpretation empirischer Daten zu aktuellen Fragen der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien: Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
- Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Das Militär im Wandel der Wertvorstellungen. In: L. Carrel, Schweizer Armee – heute und in Zukunft (S. 435 – 447). Thun: Ott Verlag.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Ausen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Kolodziejczyk, A. (1998). The Perception of Security and Danger. In S. Spangenberg & P. Klein (Eds.), Security-Nation-Partnership. A Comparative Research On Value Change and On Attitudes Towards Security, Army and Military Co-operation in the Czech Republic, Poland and Germany (pp. 237-264). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.

Meyer, R. (1976). Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern.

Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährige Schweizerinnen und Schweizer. Pädagogische Rekrutenprüfungen, Wissenschaftliche Reihe Band 6. Aarau: Sauerländer.

Noelle-Neumann, Elisabeth, (1982, erweiterte Ausgabe 1996). Öffentliche Meinung – Die Entdeckung der Schweigespirale. Frankfurt a. Main: Ullstein.

Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“, GfS. Zürich.

Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“, GfS. Zürich.

Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“, GfS. Zürich.

Riklin, A. (1991). Neutralität im Wandel. NZZ, Nr. 219, 21./ 22. Sept.

Riklin, A. (1992). Die Neutralität in der Schweiz. In: Bewaffnete Neutralität heute, Beilage der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift. Frauenfeld.

Schloeth, D. (1994). Regierungsvertrauen: Auf die Partesympathie kommt's drauf an. Staatsbürger, Magazin für Wirtschaft und Politik, 6, 22-24.

Stadelmann, J., Haltiner, K.W. (1992). Motivationsstudie '91. Bern: Stab GA.

# ANHANG I

## 1 Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h., es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang II, Abschnitt 4).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten von 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.<sup>14</sup>

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien „internationale Kooperationsbereitschaft“ und „Neutralitätsauffassung“ für die Daten 1999 numerisch wiedergegeben und durch die Abbildung A bis D grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 1998 bzw. 1997 abgebildet.

<sup>14</sup> Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* verwiesen (Haltiner & Spillmann, 1994, S. 15ff.).

Tab. I: Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 1999*:						
Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte“ Öffnung)		Zentrum Cluster 2 („Weiche“ Öffnung)		Zentrum Cluster 3 (Nationale Autonomisten)	
	1999/1	1999/2	1999/1	1999/2	1999/1	1999/2
Die Schweiz sollte...						
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	1.63	1.39	2.62	2.50	3.33	3.62
...sich der NATO annähern	2.08	1.99	2.50	2.36	3.24	3.39
...der UNO beitreten	1.41	1.35	1.95	1.81	3.43	3.46
...mehr in Konflikten vermitteln	1.87	1.79	2.08	1.99	2.82	2.68
...mehr Entwicklungshilfe leisten	2.18	1.95	2.52	2.54	3.33	3.21
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten	3.26	3.26	1.79	1.90	2.68	2.72
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	2.03	2.23	2.10	1.94	2.53	2.40
...die Neutralität beibehalten	2.25	2.54	1.43	1.38	1.17	1.11
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	3.18	3.32	2.24	2.34	1.75	1.58

\* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A:

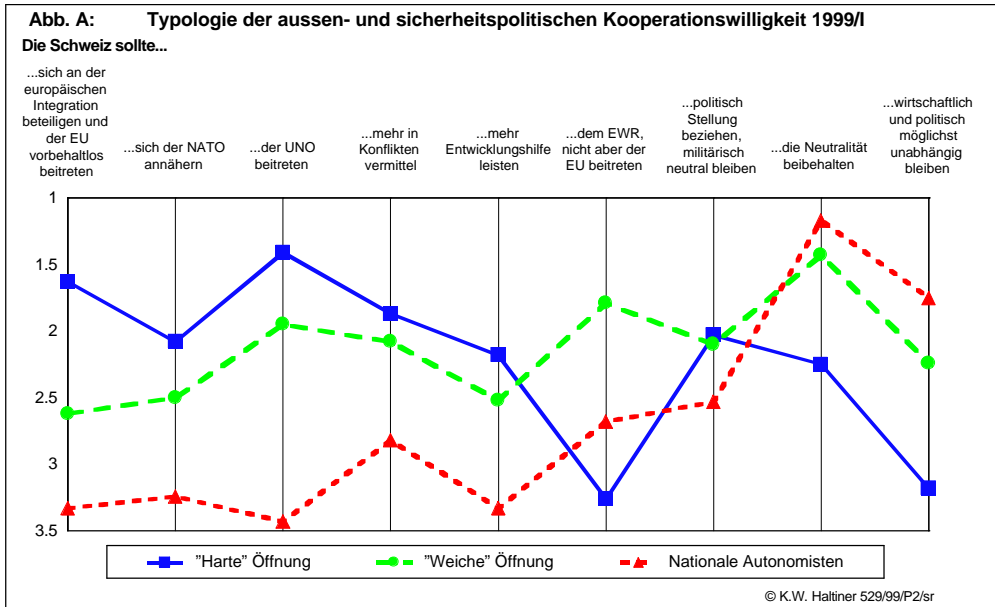
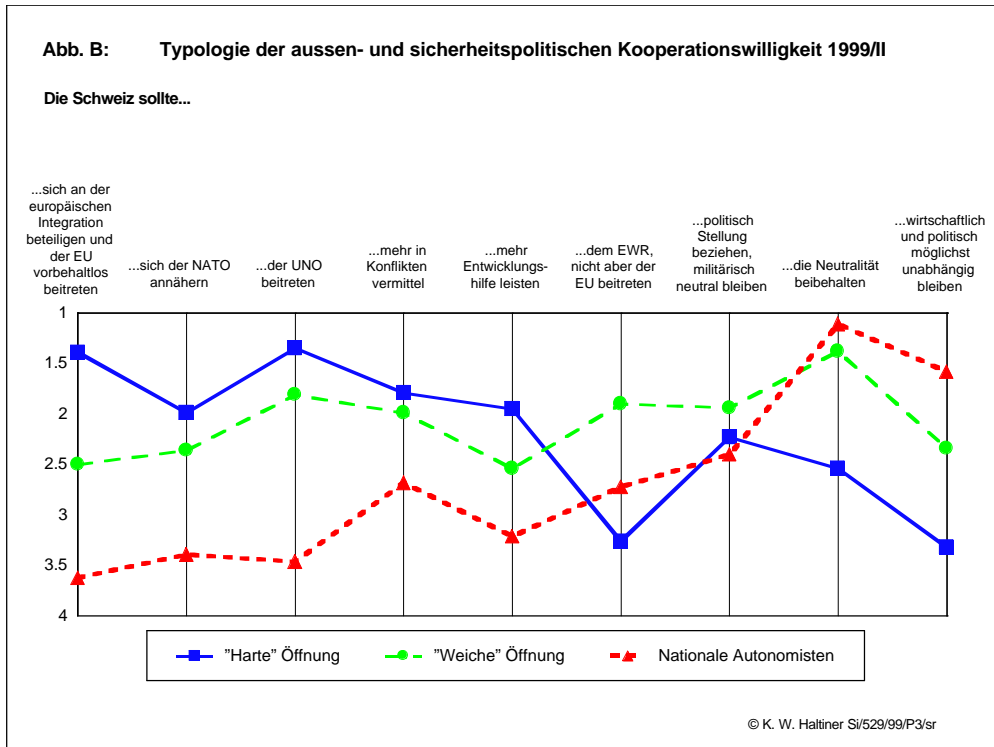


Abbildung B:



Tab. II: Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 1998*:			
Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte“ Öffnung)	Zentrum Cluster 2 („Weiche“ Öffnung)	Zentrum Cluster 3 (Nationale Autonomisten)
Die Schweiz sollte...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	1.47	2.39	3.55
...sich der NATO annähern	2.16	2.34	3.27
...der UNO beitreten	1.39	1.99	3.44
...mehr in Konflikten vermitteln	1.84	2.16	2.36
...mehr Entwicklungs-hilfe leisten	1.73	2.49	3.04
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten	3.13	1.93	2.88
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	1.97	2.26	2.38
...die Neutralität beibehalten	2.71	1.53	1.13
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	3.29	2.49	1.52

\* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tab. III: Typologie der Neutralitätsauffassungen 1999*								
Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)		Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)		Zentrum Cluster 3 (Dissonante)		Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)	
	1999/1	1999/2	1999/1	1999/2	1999/1	1999/2	1999/1	1999/2
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.23	2.69	1.75	1.62	1.63	1.61	1.38	1.22
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.07	3.08	2.09	2.36	1.79	1.84	1.40	1.30
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.17	3.29	2.81	2.86	1.91	1.94	1.72	1.69
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.35	3.47	3.20	2.98	2.04	2.02	1.79	1.56
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.65	1.52	2.47	2.62	2.20	1.94	3.42	3.21
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.63	1.78	3.37	3.08	2.37	2.19	3.56	3.68
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.38	2.10	3.30	3.36	2.57	2.34	3.57	3.62
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.75	1.46	3.15	3.21	2.20	1.98	3.53	3.38

\* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden



Abbildung C:

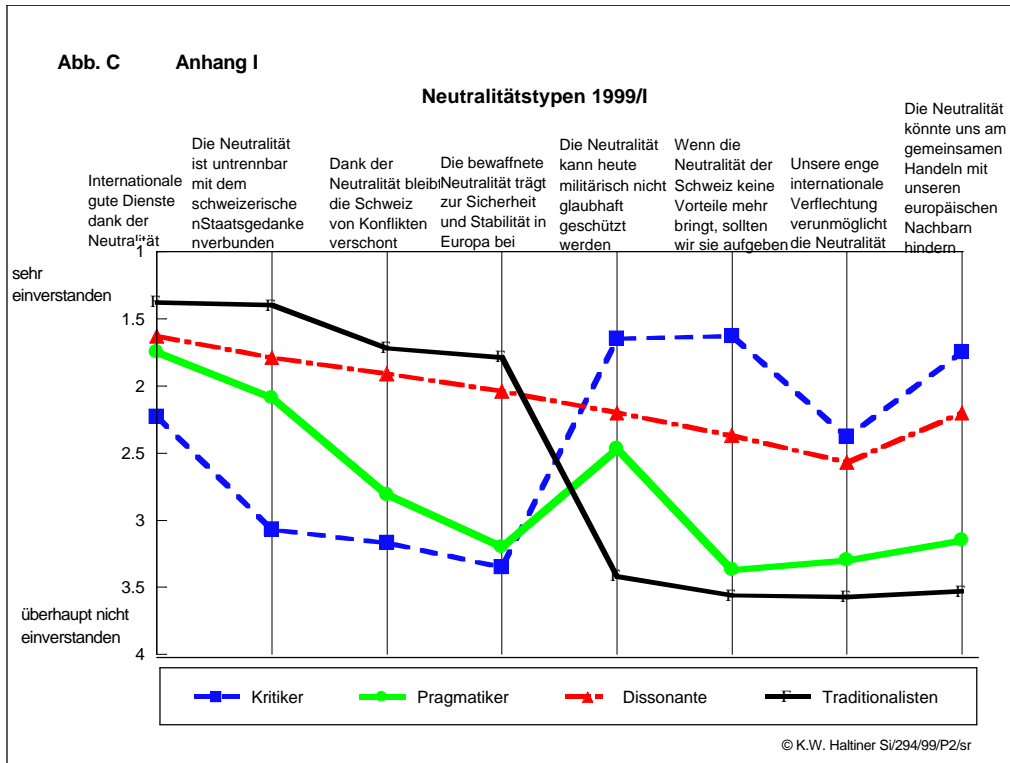
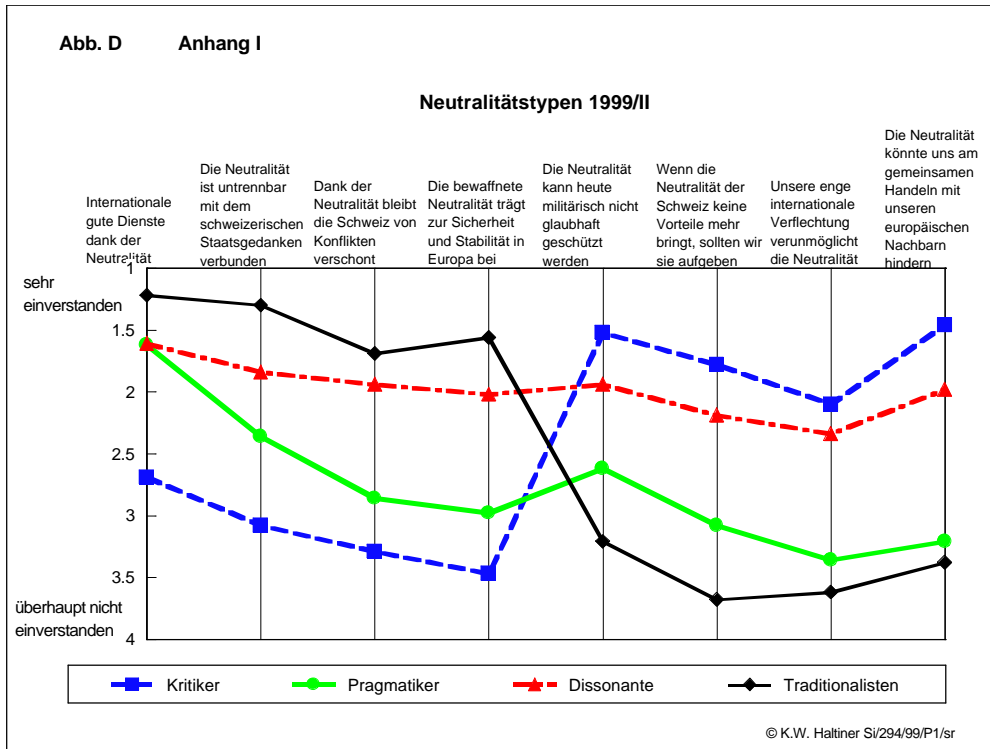


Abbildung D:



Tab. IV: Typologie der Neutralitätsauffassungen 1997*				
Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.60	1.63	1.62	1.25
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.26	2.04	1.84	1.37
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.44	2.69	2.04	1.90
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.55	3.18	1.94	1.45
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.62	2.54	2.08	3.24
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.68	3.43	2.01	3.53
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.32	3.29	2.36	3.51
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.50	3.18	2.09	3.38

\* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

## **2 Kategorisierung und Clustering der Sicherheitsassoziationen in Kapitel 4.5**

Bei der Suche nach charakteristischen Assoziationsmustern zum Begriff der Sicherheit bildeten die 21 zur allgemeinen und zur staatlich-gesellschaftlichen Sicherheit gemachten Assoziationen die Ausgangsbasis. Dabei konnten vier Typen von Antwortmustern ermittelt werden. Tabelle V zeigt die Clusterzentren dieser vier Antworttypen. Die Titel der vier Cluster wurden nach Massgabe der dominantesten Assoziation gewählt.

Für die zum ersten Mal berechnete Clusteranalyse der Assoziationen zum Begriff Sicherheit wurde zuerst ein hierarchisches Verfahren (Ward-Methode) verwendet, da noch keine Startgruppierung vorgegeben werden konnte. Hierarchische Verfahren gehen von der feinsten möglichen Partitionierung aus (d.h., die erste Gruppenzahl entspricht der Anzahl Untersuchungsobjekte) und fassen dann laufend ähnliche Gruppen zusammen (Agglomeration). Die Verwendung des Ward-Verfahrens ist dann angezeigt, wenn bezüglich der Anwendung eines bestimmten Cluster-Verfahrens noch Unsicherheit besteht. Offenbar findet das Ward-Verfahren als einziges sowohl gute Partitionen als auch meistens die richtige Clusterzahl. Es ist zudem ein sogenannt konservatives Verfahren. D.h., es weist weder die Tendenz auf, Objekte zu sehr in einzelne, kleine, etwa gleich grosse Gruppen zusammenzufassen, noch neigt es dazu, zunächst wenige grosse Gruppen zu bilden und diese dann zahlreichen kleinen gegenüberzustellen. Auch tendiert es nicht zur sogenannten Kettenbildung, der Aneinanderreihung von primär einzelnen Objekten im Fusionierungsprozess und der Erzeugung von zu grossen Gruppen (Backhaus, Erichson, Plinke & Weiber, 1990). In einem zweiten Schritt konnten die so ermittelten vorläufigen Clusterzentren wiederum für die im Anhang II beschriebene Prozedur QUICK CLUSTER, basierend auf dem K-Means Verfahren, verwendet werden um die vier definierten Gruppen noch stärker zu homogenisieren.

Tab. V: Clusterzentren der 4 Cluster-Lösung der Assoziationen zu den Stichwörtern „Sicherheit“ und „staatlich-gesellschaftliche Sicherheit“ (die Mittelwerte können zwischen 0 und 2 liegen)

Assoziation	Zentrum Cluster 1 „Kriminalität“	Zentrum Cluster 2 „Wirtschaftliche Sicherheit“	Zentrum Cluster 3 „Soziale Sicherheit“	Zentrum Cluster 4 „Polizei“
Wirtschaftliche Sicherheit	0.11	1.13	0.22	0.22
Verkehr, Strassensicherheit	0.14	0.09	0.07	0.16
Familie	0.08	0.20	0.47	0.16
Soziale Sicherheit/ AHV	0.10	0.16	1.05	0.20
Kriminalität	0.78	0.24	0.10	0.38
Militär	0.08	0.11	0.09	0.35
Polizei, innere Sicherheit	0.02	0.16	0.08	1.18
Arbeitsplatzsicherheit/ Arbeitslosigkeit	0.16	0.61	0.36	0.18
Politische Stabilität	0.18	0.59	0.24	0.18
Überfremdung/ Ausländer	0.15	0.07	0.08	0.07
Neutralität*	0.05	0.04	0.04	0.02
Umweltschutz	0.05	0.10	0.10	0.03
Asylsuchende	0.10	0.04	0.03	0.04
Krieg/Frieden	0.09	0.17	0.15	0.09
Gewalt/Gewaltabwehr	0.24	0.12	0.08	0.15
Landesverteidigung	0.03	0.02	0.01	0.02
Versicherungen*	0.02	0.00	0.01	0.01
Netz von Freunden*	0.02	0.02	0.03	0.02
Freiheit/Demokratie*	0.16	0.08	0.11	0.06
Internationales organisiertes Verbrechen*	0.02	0.03	0.01	0.01
Heimatzugehörigkeit*	0.02	0.03	0.03	0.01

\* Variablen, welche nicht signifikant zwischen den vier Gruppen differenzieren ( $p > .05$ )



## ANHANG II

### 1 Die Qualität der Variablen<sup>15</sup>

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, bezeichnet der Statistiker als Skala. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf, ...), eine deren Zahlen lediglich „grösser-kleiner“ Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird ausschliesslich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

### 2 Korrelationen und Koeffizienten<sup>16</sup>

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, so wird man von einem positiven Zusammenhang sprechen. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

<sup>15</sup> Nach Bortz (1984).

<sup>16</sup> Nach Bortz (1984), Meyer/ Haltiner/ Hofer/ Iff/ Rüegg (1982).

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. „grösser als...“ oder „wichtiger als...“) der sogenannte Kontingenzkoeffizient und der Gamma-Koeffizient ( $\gamma$ ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt *CC*, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von *CC* variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* ( $\gamma$ ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich vom Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1.

**Signifikanz:** Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. D.h., eine festgestellte Korrelation ist in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde das in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1000-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Bevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit  $p < 0.05$  (signifikanter Zusammenhang),  $p < 0.01$  (sehr signifikanter Zusammenhang) oder  $p < 0.001$  (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei  $p > 0.05$  ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

### 3 Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels $\chi^2$ -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete  $\chi^2$ -Test beruht auf dem  $k \times l$ - $\chi^2$ -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei  $k$  die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und  $l$  die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnet (Bortz, 1993, S. 160). Es wird geprüft, ob sich  $k$  voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals  $B$  in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von  $k$  unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines



Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zustande gekommen sind.

## 4 Die Clusteranalyse<sup>17</sup>

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Es sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden. D.h., das erste Objekt von jedem Cluster (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster gibt der Anwender vor. Er versucht dann, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; er verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nun nicht ein konkretes Objekt vorzustellen, sondern ein künstliches. Man könnte sich das bildlich als Sonnensystem vorstellen. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

<sup>17</sup> Nach Bortz (1989), Bacher (1994).

Nach der Durchführung der Clusteranalyse verfügen wir über zwei wichtige Informationen: Wir wissen, welche Werte die einzelnen Clusterzentren aufweisen und welchem Cluster jedes Objekt angehört. Die Clusterzugehörigkeit kann somit als eine neue Variable betrachtet werden, mit der sich arbeiten lässt.

## ANHANG III

# SICHERHEIT 1999

## FRAGEBOGEN UND PROZENTUALE HÄUFIGKEITEN

### Stichproben:

Random-Verfahren, N = 1009 und N = 1201 (bzw. 1200)

Schweizerinnen und Schweizer

Alter: 18+

Deutsche, französische und italienische Schweiz

**Befragungszeitraum I:** Januar-Februar 1999

**Befragungsinstitut:** IPSO, 8600 Dübendorf

**Befragungszeitraum II:** August 1999

**Befragungsinstitut:** DEMOSCOPE, 6043 Adligenswil

1. Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?  
Fühlen Sie sich:

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr sicher	25%	304	35%	358
eher sicher	56%	665	51%	510
eher unsicher	16%	195	12%	119
ganz unsicher	3%	34	2%	20
keine Angabe	<1%	2	<1%	2

2. Woran denken Sie beim Begriff „Sicherheit“. Können Sie mir spontan einige Stichwörter nennen? (sortiert nach Anzahl der Nennungen)

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
Kriminalität in der Schweiz	32%	389
wirtschaftliche /finanzielle Sicherheit	19%	227
Polizei / innere Sicherheit	17%	198
Arbeitsplatzsicherheit	16%	194
Familie / Sicherheit in der Familie	16%	161
soziale Sicherheit, Alterssicherung/AHV	13%	150
Gewalt im Allgemeinen / Gewaltabwehr	10%	125
Verkehrs-, Strassensicherheit	9%	112
politische Stabilität	9%	102
Krieg / Frieden	6%	71
Überfremdung / Ausländer	5%	60
Armee, Militär	4%	53
Freiheit / Demokratie	4%	52
Umweltschutz / Umweltzerstörung	4%	44
Arbeitslosigkeit	3%	37
Asylsuchende	2%	27
Netz von Freunden / Bekannten	1%	15
Landesverteidigung	1%	13
Heimatzugehörigkeit	1%	10
Internationales, organisiertes Verbrechen	1%	9
Versicherungen	1%	8
Neutralität	<1%	5
anderes	16%	193
Keine Angabe	16%	70

3. Wie ist denn das für unsere Gesellschaft, unseren Staat als Ganzes? Was bedeutet da für Sie „Sicherheit“? Können Sie mir wieder einige Stichwörter nennen?

(sortiert nach Anzahl der Nennungen)

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
Polizei / innere Sicherheit	19%	231
politische Stabilität	18%	220
wirtschaftliche/finanzielle Sicherheit	18%	212
soziale Sicherheit, Alterssicherung/AHV	16%	186
Armee, Militär	11%	132
Kriminalität in der Schweiz	9%	112
Arbeitsplatzsicherheit	7%	87
Freiheit / Demokratie	6%	69
Krieg / Frieden	5%	64
Familie / Sicherheit in der Familie	5%	59
Gewalt im Allgemeinen / Gewaltabwehr	5%	57
Überfremdung / Ausländer	5%	55
Asylsuchende	3%	41
Neutralität	3%	37
Verkehrs-, Strassensicherheit	3%	30
Umweltschutz / Umweltzerstörung	2%	29
Arbeitslosigkeit	2%	23
Landesverteidigung	1%	14
Heimatzugehörigkeit	1%	14
Internationales, organisiertes Verbrechen	1%	11
Netz von Freunden / Bekannten	1%	7
Versicherungen	<1%	5
anderes	13%	152
keine Angabe	13%	161

4. Wie glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren aussehen wird? Besser und entspannter, eher düsterer und gespannter oder etwa gleich wie heute?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
eher besser und entspannter	8%	94	8%	84
bleibt etwa so wie heute	40%	480	47%	478
eher düsterer und gespannter	51%	610	41%	413
weiss nicht	1%	10	3%	30
keine Angabe	<1%	6	<1%	4

5. Wie sehen Sie die nähere Zukunft – also etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
sehr optimistisch	5%	61
eher optimistisch	63%	753
eher pessimistisch	27%	320
sehr pessimistisch	3%	41
weiss nicht	1%	16
keine Antwort	1%	9

6. Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der Europäischen Union (EU) beitreten: Wie glauben Sie würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land in der näheren Zukunft verlaufen? Eher besser, gleich oder eher schlechter?

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
eher besser verlaufen	34%	404
gleich verlaufen	30%	354
eher schlechter verlaufen	33%	401
weiss nicht	3%	33
keine Angabe	<1%	8

7. Angenommen, es wird in 10 Jahren über einen Beitritt von der Schweiz zur EU abgestimmt. Was glauben Sie, wie wird die Mehrheit dann stimmen? Die Vorlage wird:

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
ganz sicher angenommen	27%	325
ziemlich sicher angenommen	52%	628
ziemlich sicher abgelehnt	13%	154
ganz sicher abgelehnt	4%	48
weiss nicht	3%	37
keine Angabe	1%	8

8. Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, die ich Ihnen jetzt vorlese, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- a) Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	22%	267	32%	323
eher einverstanden	31%	370	25%	248
eher nicht einverstanden	25%	297	17%	175
gar nicht einverstanden	21%	254	23%	232
weiss nicht	1%	9	3%	28
keine Antwort	<1%	4	<1%	3

- b) Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	28%	332	40%	407
eher einverstanden	41%	493	30%	299
eher nicht einverstanden	18%	211	13%	132
gar nicht einverstanden	11%	137	14%	144
weiss nicht	1%	16	3%	26
keine Antwort	1%	12	<1%	1

- c) Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EU beitreten. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	18%	210	21%	208
eher einverstanden	28%	330	20%	205
eher nicht einverstanden	23%	278	22%	223
gar nicht einverstanden	24%	286	27%	275
weiss nicht	5%	66	8%	76
keine Antwort	2%	31	2%	22

- d) Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	19%	227	24%	239
eher einverstanden	24%	283	26%	263
eher nicht einverstanden	28%	338	26%	264
gar nicht einverstanden	28%	330	22%	221
weiss nicht	1%	17	2%	16
keine Antwort	<1%	6	1%	6



e) Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	25%	305	32%	321
eher einverstanden	36%	431	35%	353
eher nicht einverstanden	21%	256	19%	189
gar nicht einverstanden	15%	179	11%	110
weiss nicht	2%	21	3%	28
keine Antwort	1%	9	1%	8

f) Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	33%	400	43%	436
eher einverstanden	42%	503	34%	348
eher nicht einverstanden	16%	185	12%	121
gar nicht einverstanden	6%	77	6%	65
weiss nicht	2%	26	3%	35
keine Antwort	1%	10	<1%	4

g) Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	28%	334	35%	349
eher einverstanden	36%	427	27%	270
eher nicht einverstanden	19%	224	19%	195
gar nicht einverstanden	14%	177	15%	151
weiss nicht	2%	27	3%	33
keine Antwort	1%	12	1%	11

h) Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	59%	709	56%	568
eher einverstanden	21%	255	23%	231
eher nicht einverstanden	12%	144	10%	102
gar nicht einverstanden	6%	70	9%	90
weiss nicht	1%	17	1%	14
keine Antwort	1%	6	<1%	4

i) Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	12%	147	17%	174
eher einverstanden	20%	234	16%	159
eher nicht einverstanden	28%	333	25%	248
gar nicht einverstanden	37%	446	38%	385
weiss nicht	2%	25	3%	32
keine Antwort	1%	16	1%	11

j) Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	33%	395	37%	370
eher einverstanden	38%	453	34%	342
eher nicht einverstanden	17%	208	16%	164
gar nicht einverstanden	8%	95	7%	74
weiss nicht	3%	33	5%	48
keine Antwort	1%	17	1%	11

k) Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	4%	50	9%	88
eher einverstanden	8%	90	9%	89
eher nicht einverstanden	19%	227	17%	175
gar nicht einverstanden	68%	812	64%	642
weiss nicht	1%	15	1%	12
keine Antwort	<1%	7	<1%	3

l) Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	26%	306	27%	270
eher einverstanden	23%	274	19%	188
eher nicht einverstanden	29%	348	26%	265
gar nicht einverstanden	20%	235	25%	248
weiss nicht	1%	20	3%	30
keine Antwort	1%	18	1%	8

m) Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	8%	101	13%	127
eher einverstanden	16%	189	13%	130
eher nicht einverstanden	35%	425	32%	325
gar nicht einverstanden	37%	446	38%	387
weiss nicht	2%	20	3%	35
keine Antwort	2%	18	<1%	5

9. Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zuviel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
viel zu viel	16%	195	18%	184
zu viel	37%	440	32%	321
gerade richtig	37%	447	38%	386
zu wenig	5%	58	4%	45
viel zu wenig	1%	12	0%	0
weiss nicht	3%	33	6%	65
keine Angabe	1%	15	1%	8

10. Eine eidgenössische Volksinitiative fordert, dass die Verteidigungsausgaben halbiert werden und ein Drittel des eingesparten Geldes für internationale Friedenspolitik eingesetzt wird. Das Volk würde die Initiative am nächsten Sonntag...

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
ganz sicher annehmen	3%	33
eher annehmen	18%	180
eher ablehnen	45%	455
ganz sicher ablehnen	28%	287
weiss nicht	5%	49
keine Antwort	<1%	5

11. Eine eidgenössische Volksinitiative fordert, dass die Verteidigungsausgaben halbiert werden und ein Drittel des eingesparten Geldes für internationale Friedenspolitik eingesetzt wird. Sie selbst würden die Initiative am nächsten Sonntag...

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
ganz sicher annehmen	31%	315
eher annehmen	18%	182
eher ablehnen	16%	164
ganz sicher ablehnen	26%	261
weiss nicht	7%	70
keine Antwort	2%	17

12. Was meinen Sie zur Schweizer Armee? Halten Sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
unbedingt notwendig	26%	311	28%	287
eher notwendig	43%	518	44%	447
eher nicht notwendig	21%	250	18%	182
überhaupt nicht notwendig	9%	111	8%	82
weiss nicht	1%	6	1%	9
keine Angabe	<1%	4	<1%	2

13. Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so	33%	394
Das Militär ist ein notwendiges Übel	49%	584
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden	17%	204
weiss nicht	<1%	8
keine Angabe	1%	10

14. Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
Milizarmee ist auch in Zukunft genügend	50%	595	46%	467
Wir würden eine Berufsarmee brauchen	42%	508	45%	453
weiss nicht	5%	63	7%	73
keine Angabe	3%	34	2%	16

15. Ich habe wieder ein paar Aussagen, wie die Schweiz am besten ihre Sicherheit wahren und zu einem stabilen Frieden beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

a) Die Schweiz sollte beim Aufbau von einer europäischen Armee mitmachen. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	11%	138	20%	200
eher einverstanden	26%	306	24%	247
eher nicht einverstanden	27%	326	23%	232
gar nicht einverstanden	33%	395	28%	280
weiss nicht	2%	24	4%	43
keine Antwort	1%	12	1%	7

b) Die Schweiz sollte sich der NATO (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern. Sind Sie damit

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	15%	175	21%	215
eher einverstanden	32%	387	28%	285
eher nicht einverstanden	23%	275	20%	205
gar nicht einverstanden	23%	274	23%	232
weiss nicht	5%	64	6%	62
keine Antwort	2%	26	1%	10

c) Die Schweiz sollte der NATO beitreten. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	9%	112	14%	144
eher einverstanden	16%	186	16%	162
eher nicht einverstanden	24%	287	21%	211
gar nicht einverstanden	42%	503	40%	404
weiss nicht	6%	77	7%	71
keine Antwort	3%	36	2%	17

d) Die Schweiz sollte der UNO beitreten. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	33%	394	41%	415
eher einverstanden	30%	356	25%	248
eher nicht einverstanden	15%	177	11%	114
gar nicht einverstanden	18%	214	17%	171
weiss nicht	2%	33	5%	52
keine Antwort	2%	27	1%	9

e) Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	33%	394	41%	418
eher einverstanden	36%	434	31%	312
eher nicht einverstanden	13%	155	11%	116
gar nicht einverstanden	15%	176	13%	127
weiss nicht	2%	25	3%	28
keine Antwort	1%	17	1%	8

f) Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	21%	247	22%	223
eher einverstanden	18%	225	14%	142
eher nicht einverstanden	29%	344	30%	306
gar nicht einverstanden	30%	356	29%	292
weiss nicht	1%	14	4%	37
keine Antwort	1%	14	1%	9



g) Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	25%	304	23%	234
eher einverstanden	24%	288	25%	256
eher nicht einverstanden	20%	233	20%	200
gar nicht einverstanden	28%	337	26%	265
weiss nicht	2%	27	5%	49
keine Antwort	1%	12	<1%	5

16. Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt (z.B. medizinische Versorgung)	44%	524	43%	435
Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt (mit Möglichkeit zur Selbstverteidigung)	38%	456	34%	348
Ja, auch mit Kampfeinsätze zur Wiederherstellung vom Frieden	6%	72	8%	83
Nein, überhaupt nicht	11%	135	12%	125
weiss nicht	<1%	4	2%	16
keine Angabe	1%	9	<1%	2

17. Im Augenblick sind Schweizerinnen und Schweizer ausserhalb der Landesgrenzen im Einsatz und engagieren sich für die Friedenssicherung oder die friedliche Beilegung von Konflikten, z.B. als Beobachter oder Sanitätspersonal für die UNO, als Vertreter des Roten Kreuzes oder als Gelbmützen in Ex-Jugoslawien usw. Soll die Schweiz in Zukunft ihre Beteiligung an solchen Einsätzen eher ausbauen, im heutigen Masse beibehalten oder eher reduzieren?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
eher ausbauen	36%	437	43%	429
im heutigen Masse beibehalten	51%	615	47%	477
eher reduzieren	11%	127	8%	82
weiss nicht	1%	11	2%	17
keine Angabe	1%	10	<1%	4

18. Wir haben einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen von anderen europäischen Armeen zusammenarbeiten könnte. Sagen Sie mir bitte, ob sie sich eine solche Zusammenarbeit sehr gut, gut, eher nicht oder gar nicht vorstellen könnten.

- a) Könnten Sie sich vorstellen, dass die Schweiz ihre militärische Verteidigung zusammen mit anderen europäischen Staaten planen würde?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
könnte ich mir sehr gut vorstellen	20%	243	26%	265
könnte ich mir gut vorstellen	37%	439	36%	361
könnte ich mir eher nicht vorstellen	21%	256	18%	182
könnte ich mir gar nicht vorstellen	20%	237	16%	161
weiss nicht	2%	19	3%	29
keine Angabe	<1%	7	1%	11

- b) Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten mit Soldaten von anderen europäischen Staaten gemeinsame Manöver durchführen würden?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
könnte ich mir sehr gut vorstellen	24%	282	32%	327
könnte ich mir gut vorstellen	37%	448	34%	343
könnte ich mir eher nicht vorstellen	19%	228	16%	161
könnte ich mir gar nicht vorstellen	18%	217	15%	151
weiss nicht	1%	15	2%	17
keine Angabe	1%	11	1%	10

- c) Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten zusammen mit Soldaten anderer europäischer Staaten bei Grosskatastrophen zum Einsatz kommen würden?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1201	100%	1009
könnte ich mir sehr gut vorstellen	57%	680	66%	666
könnte ich mir gut vorstellen	35%	427	27%	269
könnte ich mir eher nicht vorstellen	3%	41	3%	32
könnte ich mir gar nicht vorstellen	3%	41	3%	30
weiss nicht	1%	6	1%	7
keine Angabe	1%	6	<1%	5

- d) Könnten Sie sich vorstellen, dass die Schweiz ihre Armee so anpassen würde, dass sie mit den Armeen von anderen europäischen Staaten besser zusammenarbeiten könnte?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1201	100%	1009
könnte ich mir sehr gut vorstellen	25%	294	34%	346
könnte ich mir gut vorstellen	42%	504	38%	384
könnte ich mir eher nicht vorstellen	17%	202	13%	128
könnte ich mir gar nicht vorstellen	13%	159	10%	98
weiss nicht	2%	28	4%	41
keine Angabe	1%	14	1%	12

- e) Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten von anderen europäischen Staaten ausgebildet würden?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1201	100%	1009
könnte ich mir sehr gut vorstellen	24%	288	37%	369
könnte ich mir gut vorstellen	38%	453	33%	334
könnte ich mir eher nicht vorstellen	20%	235	14%	140
könnte ich mir gar nicht vorstellen	16%	201	14%	144
weiss nicht	1%	13	2%	18
keine Angabe	1%	11	<1%	4

- f) Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten von anderen europäischen Staaten an einem bewaffneten Einsatz für die Friedenssicherung teilnehmen würden?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1201	100%	1009
könnte ich mir sehr gut vorstellen	14%	175	24%	239
könnte ich mir gut vorstellen	21%	248	22%	223
könnte ich mir eher nicht vorstellen	26%	306	22%	226
könnte ich mir gar nicht vorstellen	37%	438	29%	295
weiss nicht	1%	18	2%	17
keine Angabe	1%	16	1%	9

19. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert dieser Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welcher der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

a) Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	44%	522	48%	488
eher einverstanden	42%	505	35%	350
eher nicht einverstanden	9%	114	9%	92
gar nicht einverstanden	3%	36		49
weiss nicht	1%	15	2%	25
keine Antwort	1%	9	<1%	5

b) Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	24%	291	25%	249
eher einverstanden	32%	385	26%	265
eher nicht einverstanden	28%	337	27%	268
gar nicht einverstanden	14%	162	18%	182
weiss nicht	1%	16	4%	37
keine Antwort	1%	10	1%	8

c) Die Neutralität lässt eine Zusammenarbeit mit der NATO zu. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	17%	200	26%	260
eher einverstanden	36%	431	30%	302
eher nicht einverstanden	22%	259	18%	183
gar nicht einverstanden	12%	143	13%	129
weiss nicht	10%	122	11%	108
keine Antwort	3%	46	3%	27

- d) Die Neutralität sollte ein vorrangiges Ziel von unserer Aussenpolitik bleiben. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	42%	499	40%	401
eher einverstanden	29%	344	26%	259
eher nicht einverstanden	17%	202	17%	167
gar nicht einverstanden	10%	123	14%	144
weiss nicht	1%	18	3%	27
keine Antwort	1%	15	1%	11

- e) Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden		215	22%	222
eher einverstanden	28%	340	26%	266
eher nicht einverstanden	28%	339	23%	233
gar nicht einverstanden	20%	235	21%	214
weiss nicht	4%	49	6%	61
keine Antwort	2%	23	1%	13

- f) Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	17%	198	20%	200
eher einverstanden	18%	219	16%	161
eher nicht einverstanden	26%	316	24%	247
gar nicht einverstanden	35%	417	34%	348
weiss nicht	3%	37	4%	39
keine Antwort	1%	14	1%	14

- g) Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	7%	85	12%	121
eher einverstanden	20%	234	19%	192
eher nicht einverstanden	35%	417	28%	285
gar nicht einverstanden	34%	411	34%	347
weiss nicht	3%	37	5%	53
keine Antwort	1%	17	1%	11

- h) Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	19%	226	25%	252
eher einverstanden	27%	323	27%	277
eher nicht einverstanden	26%	308	19%	195
gar nicht einverstanden	21%	251	19%	195
weiss nicht	5%	67	7%	71
keine Antwort	2%	26	2%	19

- i) Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	16%	195	23%	230
eher einverstanden	22%	266	23%	228
eher nicht einverstanden	28%	333	24%	238
gar nicht einverstanden	30%	364	28%	285
weiss nicht	2%	23	2%	23
keine Antwort	2%	20	<1%	5

- j) Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität. Sind Sie damit

...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	12%	151	18%	179
eher einverstanden	23%	272	22%	218
eher nicht einverstanden	31%	367	23%	231
gar nicht einverstanden	25%	305	25%	252
weiss nicht	6%	72	10%	99
keine Antwort	3%	34	3%	30

- k) Die Neutralität bringt uns ein hohes internationales Ansehen. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	28%	330	28%	279
eher einverstanden	33%	391	30%	300
eher nicht einverstanden	24%	285	21%	213
gar nicht einverstanden	12%	152	16%	166
weiss nicht	2%	27	3%	35
keine Antwort	1%	16	2%	16

- l) Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	37%	447	37%	369
eher einverstanden	34%	401	28%	286
eher nicht einverstanden	16%	195	18%	178
gar nicht einverstanden	10%	117	12%	125
weiss nicht	2%	28	4%	44
keine Antwort	1%	13	1%	7



- m) Unsere Neutralität sollte für andere ein Vorbild sein. Wenn die Welt „schweizerischer“ wäre, gebe es weniger Kriege und Konflikte. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	26%	316	27%	271
eher einverstanden	29%	343	25%	253
eher nicht einverstanden	21%	254	20%	204
gar nicht einverstanden	20%	244	22%	218
weiss nicht	3%	31	4%	45
keine Antwort	1%	13	2%	18

- n) Wir sollten auf jeden Fall neutral bleiben, weil ein Krieg auf westeuropäischem Boden (z.B. zwischen Deutschland und Frankreich) auch in der Zukunft nicht ausgeschlossen ist.

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	26%	313	27%	270
eher einverstanden	30%	361	25%	255
eher nicht einverstanden	21%	254	21%	211
gar nicht einverstanden	19%	223	22%	220
weiss nicht	3%	32	4%	41
keine Antwort	1%	18	1%	12

- o) Ein Beitritt zur EU ist mit unserer Neutralität nicht zu vereinbaren. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	16%	190	20%	199
eher einverstanden	17%	203	15%	152
eher nicht einverstanden	30%	360	26%	262
gar nicht einverstanden	31%	375	32%	327
weiss nicht	4%	51	6%	59
keine Antwort	2%	22	1%	10

- p) Dass die Schweiz im letzten Weltkrieg geschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer militärischen Abwehrbereitschaft. Sind Sie damit ...

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
sehr einverstanden	12%	142
eher einverstanden	23%	270
eher nicht einverstanden	27%	329
gar nicht einverstanden	33%	397
weiss nicht	4%	48
keine Antwort	1%	15

- q) Dass die Schweiz im letzten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten. Sind Sie damit...

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
sehr einverstanden	23%	271
eher einverstanden	45%	542
eher nicht einverstanden	16%	186
gar nicht einverstanden	8%	102
weiss nicht	6%	70
keine Antwort	2%	30

20. Sie haben in dieser Umfrage bereits einige Fragen zur Sicherheitspolitik beantwortet. Unter Sicherheitspolitik werden alle militärischen und zivilen Massnahmen zum Schutze und zur Sicherung vom Land verstanden. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen von der nationalen Sicherheit?

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
sehr stark	15%	175
recht stark	38%	453
ein bisschen	43%	520
überhaupt nicht	3%	41
weiss nicht	<1%	1
keine Angabe	1%	10

- 21a. Wie gut kennen Sie das Abkommen mit der EU?

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
gut	28%	338
wenig	61%	731
überhaupt nicht	10%	124
keine Angabe	1%	7

- 21b. Was glauben Sie, wie würde die Mehrheit des Schweizer Volkes abstimmen, wenn das Abkommen am nächsten Sonntag zur Abstimmung käme?

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
ganz sicher annehmen	13%	155
eher annehmen	53%	634
eher ablehnen	24%	287
ganz sicher ablehnen	4%	52
Weiss nicht	4%	47
Keine Angabe	2%	25

21c. Wie würden Sie selbst stimmen, wenn das Abkommen mit der EU am nächsten Sonntag zur Abstimmung käme?

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
ganz sicher annehmen	44%	528
eher annehmen	23%	279
eher ablehnen	11%	132
ganz sicher ablehnen	11%	127
weiss nicht	8%	92
keine Angabe	3%	42

21d. Welche Auswirkungen erwarten Sie für sich selber, wenn das Abkommen angenommen würde?

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
eher positive	49%	584
eher negative	17%	203
gar keine	27%	322
weiss nicht	5%	58
keine Angabe	2%	33

22. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

a) Die nationale Souveränität sollte niemals zugunsten von einer europäischen Einigung aufgegeben werden. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	32%	385	31%	313
eher einverstanden	30%	356	23%	228
eher nicht einverstanden	21%	250	20%	203
gar nicht einverstanden	11%	137	16%	166
weiss nicht	3%	40	8%	84
keine Antwort	3%	33	1%	15

- b) Nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften und stabilen Frieden in Europa bekommen. Sind Sie damit...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	19%	222	27%	270
eher einverstanden	31%	372	26%	261
eher nicht einverstanden	29%	344	25%	253
gar nicht einverstanden	19%	231	19%	187
weiss nicht	1%	20	3%	31
keine Antwort	1%	12	1%	7

- c) Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt. Sind Sie damit ...

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
sehr einverstanden	24%	284	31%	317
eher einverstanden	41%	487	33%	334
eher nicht einverstanden	22%	264	18%	180
gar nicht einverstanden	10%	120	13%	127
weiss nicht	2%	33	4%	39
keine Antwort	1%	13	1%	12

- d) Wenn das Schweizer Militär im Kosovo eingesetzt werden könnte, so hätten wir in der Schweiz weniger Asylsuchende aus dieser Gegend. Sind Sie damit

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
sehr einverstanden	3%	34
eher einverstanden	8%	98
eher nicht einverstanden	30%	366
gar nicht einverstanden	54%	643
weiss nicht	3%	39
keine Antwort	2%	21

23a. Der Bundesrat hat entschieden, 160 freiwillige und unbewaffnete Soldaten der Schweizer Armee in den Kosovo zu schicken. Sie leisten dort v.a. Wiederaufbauhilfe. Sind Sie damit...

	1999/2	
Basis (100%)	100%	1009
sehr einverstanden	53%	536
eher einverstanden	28%	286
eher nicht einverstanden	9%	86
gar nicht einverstanden	9%	89
weiss nicht	1%	9
keine Antwort	<1%	3

23b. Die Schweizer Soldaten im Kosovo sind unbewaffnet. Die Schweizer Soldaten...

	1999/2	
Basis (100%)	100%	1009
sollten unbewaffnet bleiben	23%	237
sollten bewaffnet werden	72%	723
weiss nicht	3%	33
keine Antwort	2%	16

23c. „Durch den Einsatz des Schweizer Militärs im Kosovo werden weniger Asylsuchende aus dieser Gegend in die Schweiz kommen“. Sind Sie damit...

	1999/2	
Basis (100%)	100%	1009
sehr einverstanden	7%	71
eher einverstanden	15%	156
eher nicht einverstanden	28%	284
gar nicht einverstanden	42%	420
weiss nicht	7%	66
keine Antwort	1%	12

24a. Wenn am nächsten Sonntag noch einmal über die gleiche Blauhelm-Vorlage wie 1994 abgestimmt würde, wie würde heute die Mehrheit des Schweizer Volkes abstimmen?

	1999/2	
Basis (100%)	100%	1009
sicher annehmen	7%	66
eher annehmen	34%	342
eher ablehnen	37%	370
sicher ablehnen	15%	151
weiss nicht	7%	70
keine Antwort	1%	10

24b. Wenn am nächsten Sonntag noch einmal über die gleiche Blauhelm-Vorlage wie 1994 abgestimmt würde, wie würden Sie selbst heute stimmen?

	1999/2	
Basis (100%)	100%	1009
sicher annehmen	41%	418
eher annehmen	24%	246
eher ablehnen	12%	119
sicher ablehnen	15%	151
weiss nicht	6%	64
keine Antwort	1%	11

25a. Über die NATO-Operationen gegen Jugoslawien kann man geteilter Meinung sein: Was ist Ihre Meinung? Ich bin mit den Operationen der NATO...

	1999/2	
Basis (100%)	100%	1009
völlig einverstanden	19%	192
eher einverstanden	37%	375
eher nicht einverstanden	23%	229
gar nicht einverstanden	15%	153
weiss nicht	5%	46
keine Antwort	1%	14

25b. Haben diese Luftoperationen Ihre Meinung von der (über die...) NATO verändert oder hatte sie keinen Einfluss darauf? Meine Meinung von der NATO hat sich...

	1999/2	
Basis (100%)	100%	1009
eher verbessert	16%	163
nicht verändert	50%	509
eher verschlechtert	28%	280
weiss nicht	4%	38
keine Antwort	2%	19

26. Ich nenne Ihnen jetzt noch einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer Skala von 1 bis 10.

10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniessst.

1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen geniessst. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

10 = volles Vertrauen

1 = kein Vertrauen

a) Wie ist das mit dem Bundesrat?

	1999/1
Basis (100%)	1200
Antwortende	1200
Mittelwert	6.5
Standardabweichung	1.9

b) Wie ist das mit dem Parlament in Bern?

	1999/1
Basis (100%)	1200
Antwortende	1200
Mittelwert	5.9
Standardabweichung	1.8



c) Wie ist das mit der Polizei?

	1999/1
Basis (100%)	1200
Antwortende	1200
Mittelwert	6.7
Standardabweichung	2

d) Wie ist das mit der Armee?

	1999/1
Basis (100%)	1200
Antwortende	1200
Mittelwert	6.1
Standardabweichung	2.3

e) Wie ist das mit den Medien?

	1999/1
Basis (100%)	1200
Antwortende	1200
Mittelwert	4.8
Standardabweichung	2

f) Wie ist das mit der Schweizer Wirtschaft?

	1999/1
Basis (100%)	1200
Antwortende	1200
Mittelwert	6.3
Standardabweichung	1.7

27. Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
keine	<1%	0	<1%	2
eine Person	37%	447	29%	296
zwei Personen	46%	548	47%	473
drei Personen	10%	116	13%	135
vier Personen	6%	76	8%	77
fünf Personen	1%	11	2%	21
sechs Personen	<1%	1	<1%	4
sieben Personen	<1%	1	<1%	1
acht Personen	<1%	0	<1%	0
neun Personen	<1%	0	<1%	0
zehn oder mehr	<1%	0	<1%	0

28. Darf ich fragen, wie alt Sie sind?

	1999/1		1999/2
Basis (100%)	1200	Basis (100%)	1009
18-23	114 10%	18-24	143 14%
24-29	97 8%	25-29	78 8%
30-35	161 13%	30-34	121 12%
36-41	162 14%	35-39	105 10%
42-47	154 13%	40-44	92 9%
48-53	152 13%	45-49	60 6%
54-59	123 10%	50-54	76 8%
60-65	102 8%	55-59	107 11%
66-71	71 6%	60-64	54 5%
72-74	64 5%	65-69	48 5%
.		70+	125 12%

29. Geschlecht

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
männlich	48%	574	47%	478
weiblich	52%	626	53%	531

30. Welches ist Ihre Muttersprache?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
deutsch	71%	854	70%	704
französisch	20%	238	22%	219
italienisch	6%	73	6%	56
andere	3%	31	3%	30
keine Angabe	<1%	4	<1%	0

31. Welche der folgenden Schulen haben Sie zuletzt besucht?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
Primarschule	5%	56	4%	36
Sekundar-/Real-/Bezirks-/Handelsschule	14%	166	12%	126
Berufsschule/Gewerbeschule	48%	573	44%	441
Mittelschule/Gymnasium	11%	127	14%	141
Technikum/Seminar	7%	83	9%	94
Hochschule/Uni, Poly/ETH	14%	170	17%	171
andere	1%	22	-	-
keine Angabe	<1%	3	-	-

32. «Links, Mitte, Rechts» sind Begriffe, wo häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
0 = ganz links	1%	18	3%	31
1	1%	13	1%	11
2	3%	34	4%	37
3	7%	87	8%	80
4	12%	139	12%	119
5	38%	453	32%	321
6	11%	126	10%	102
7	11%	128	9%	93
8	6%	71	5%	50
9	<1%	8	1%	10
10 = ganz rechts	1%	14	3%	28
weiss nicht	4%	45	6%	60
keine Angabe	5%	64	<1%	0

33. Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
Ja, bin im Militär eingeteilt	16%	196
Ja, 'war' im Militär eingeteilt	25%	296
Nein, bin und war nie im Militär eingeteilt	58%	696
keine Angabe	1%	12

34. Welches ist Ihr gegenwärtiger Rang im Militär?

Basis: Befragte, welche im Militär eingeteilt sind

	1999/1	
Basis (100%)	100%	196
MFD, RDK	3%	6
Soldat, Gefreiter	65%	128
Unteroffizier	16%	31
Offizier	14%	27
keine Angabe	2%	4

35. Welches war Ihr letzter Rang im Militär?

Basis: Befragte, welche im Militär eingeteilt waren

	1999/1	
Basis (100%)	100%	296
MFD, RDK	2%	7
Soldat, Gefreiter	74%	218
Unteroffizier	15%	44
Offizier	7%	20
keine Angabe	2%	7

36. Sind Sie:

	1999/1	
Basis (100%)	100%	1200
ganztags erwerbstätig	43%	518
teilzeit-erwerbstätig (mind. 6 Stunden pro Woche)	22%	264
in Ausbildung (ohne Lehrlinge)	6%	75
nicht erwerbstätig (z.B. Hausfrau)	27%	318
zur Zeit arbeitslos	2%	19
keine Angabe	<1%	6

37. Mit welcher Partei können Sie sich am ehesten identifizieren?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	100%	1009
Christlich-Soziale Volkspartei (CVP)	9%	108	9%	94
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	13%	150	11%	115
Liberale Partei	3%	37	4%	39
Evang. Volkspartei (EVP)	1%	16	2%	18
Sozialdemokratische Partei (SPS)	19%	222	16%	165
Schweizerische Volkspartei (SVP)	11%	134	10%	103
Landesring (LDU)	<1%	4	<1%	5
Grüne (diverse)	4%	49	3%	34
Schweizer Demokraten (SD)	1%	11	1%	9
Freiheitspartei (Früher: Autopartei)	<1%	4	<1%	5
andere	2%	24	3%	32
keine	30%	362	39%	390
keine Angabe	7%	79	2%	20

38. Nehmen wir an, im Laufe von einem Jahr würden 10 Abstimmungen und Wahlen stattfinden. An wie vielen von diesen 10 Abstimmungen und Wahlen nehmen Sie normalerweise teil? Wie oft gehen Sie an die Urne?

	1999/1		1999/2	
Basis (100%)	100%	1200	1005	1009
nie	4%	49	6%	64
1mal	1%	21	2%	22
2mal	4%	47	5%	48
3mal	4%	44	4%	41
4mal	2%	29	3%	28
5mal	10%	118	13%	128
6mal	6%	66	4%	41
7mal	7%	78	5%	49
8mal	13%	155	12%	126
9mal	8%	94	8%	79
immer	41%	492	36%	363
Weiss nicht	<1%	1	2%	16
keine Angabe	<1%	6	<1%	4

Online version provided by the  
International Relations and Security Network

A public service run by the  
Center for Security Studies at the ETH Zurich  
© 1996-2004

